

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie
Schleswig-Holstein

Annekatriin Niebuhr, Volker Kotte

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Schleswig-Holstein

Annekatriin Niebuhr, Volker Kotte *

* Wir bedanken uns bei Johannes Ludsteck, der durch seine umfassenden Regressionsanalysen maßgeblich zur Entstehung dieses Berichts beigetragen hat. Für die Unterstützung bei der Bearbeitung der Studie möchte wir uns weiterhin bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem regionalen Forschungsnetz und der Regionaldirektion Nord für die vielen hilfreichen Kommentare und Hinweise sowie bei Andrea Stöckmann für ihre Recherchen und die formale Gestaltung der Studie. Der Servicebereich Statistik der Regionaldirektion hat die Untersuchung durch die Bereitstellung von Daten und Auskünfte unterstützt. Besonders möchten wir uns an dieser Stelle bei Herrn Hansen bedanken.

Kurzfassung	4
1 Einleitung	7
2 Methodische Grundzüge des Analyseansatzes	8
3 Ländersteckbrief Schleswig-Holstein	12
3.1 <i>Bevölkerung, Siedlungsstruktur und Wanderungen</i>	12
3.2 <i>Langfristiger Strukturwandel und Spezialisierung der Wirtschaft</i>	13
3.3 <i>Standortbedingungen</i>	16
3.4 <i>Beschäftigung und Arbeitsmarkt</i>	19
4 Bundesländervergleich	23
5 Regressionsergebnisse für das Land Schleswig-Holstein	30
5.1 <i>Lohneffekt</i>	32
5.2 <i>Brancheneffekt</i>	34
5.3 <i>Betriebsgrößeneffekt</i>	38
5.4 <i>Qualifikationseffekt</i>	40
5.5 <i>Standorteffekte</i>	42
6 Ergebnisse für ausgewählte Kreise und kreisfreie Städte	45
6.1 <i>Kiel</i>	45
6.2 <i>Ostholstein</i>	48
6.3 <i>Segeberg</i>	52
6.4 <i>Nordfriesland</i>	55
7 Zusammenfassung	59
Literatur	64

Kurzfassung

Die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland ist durch erhebliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Im Rahmen des Projekts „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) analysiert das regionale Forschungsnetz des IAB die Ursachen dieser Entwicklungsunterschiede, indem Einflussfaktoren des Beschäftigungswachstums auf der Ebene von Bundesländern, Kreisen und siedlungsstrukturellen Gebietstypen identifiziert werden. Als Determinanten des regionalen Beschäftigungswachstums werden allgemeine ökonomische Faktoren wie das Lohnniveau, die Branchenstruktur, die Qualifikation der Beschäftigten und die Betriebsgrößenstruktur der Region ebenso berücksichtigt wie standortspezifische Einflüsse. Die Ergebnisse des VALA-Projekts für die einzelnen Bundesländer werden als Länderberichte in der Reihe IAB regional veröffentlicht. Die vorliegende Studie stellt die Resultate für das Bundesland Schleswig-Holstein vor.

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahrzehnten tief greifende strukturelle Veränderungen durchlaufen. Der Strukturwandel war mit einer umfassenden Modernisierung der Wirtschaftsstruktur des Landes verbunden. Dennoch ist die Region nach wie vor durch einen Mangel an exportorientierten, forschungs- und wissensintensiven Unternehmen gekennzeichnet. Diese Defizite dürften sich auch in der aktuellen Beschäftigungsentwicklung des Landes niederschlagen. Im Untersuchungszeitraum der Regressionsanalyse nahm Schleswig-Holstein in der Wachstumshierarchie der westdeutschen Regionen eine Position im unteren Mittelfeld ein. In den letzten Jahren ist das Land weiter zurückgefallen. Zwischen 2001 und 2004 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 4,8% gesunken. Damit hatte Schleswig-Holstein einen deutlich stärkeren Rückgang zu verkraften als die westdeutschen Länder im Mittel (-3,8%).

Den Resultaten der Analyse zufolge profitiert das Beschäftigungswachstum in Schleswig-Holstein von einem relativ niedrigen Lohnniveau. Die Bedeutung dieses Standortvorteils sollte allerdings nicht überschätzt werden. Günstig wirkt sich in begrenztem Umfang auch die Branchenstruktur des Landes auf das Beschäftigungswachstum aus. Die regionale Wirtschaft wird in starkem Maße durch Dienstleistungsbranchen geprägt, die sich bezüglich der Arbeitsplatzentwicklung im Allgemeinen durch eine größere Dynamik auszeichnen als Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes. Alles in allem überwiegen für Schleswig-Holstein positive Beschäftigungswirkungen der sektoralen Wirtschaftsstruktur. Dieses Resultat steht im Einklang mit Ergebnissen anderer Studien, die darauf hinweisen, dass die Branchenstruktur Schleswig-Holsteins nach umfassenden strukturellen Anpassungsprozessen relativ ausgewogen ist – und damit auch die Anfälligkeit gegenüber strukturellen Krisen einzelner Branchen abgenommen hat. Bedeutender im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Land ist die positive Wirkung der Betriebsgrößenstruktur. Kein anderes westdeutsches Bundesland realisiert stärkere Impulse aufgrund einer wesentlich durch Betriebe mittlerer Größe gekennzeichneten Wirtschaft.

Ausgangspunkt für eine Beschäftigungsförderung im Lande können den Ergebnissen der Analyse folgend vor allem die Betriebe mittlere Größe sein, von denen expansive Impulse auf das Beschäftigungswachstum zu erwarten sind. Da diese Betriebe die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins prägen, besitzt eine Förderung, die etwa auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für diese Betriebsgrößenklasse abzielt, ein breites Fundament. Eine ausschließliche Konzentration auf die mittleren Betriebe würde aber möglicherweise ein wichtiges Entwicklungspotential des Landes – die Kleinbetriebe – vernachlässigen. Gerade die Kleinstbetriebe werden häufig durch vielfältige Entwicklungshemmnisse behindert. Diese Hemmnisse können eine Expansion der Kleinbetriebe und das Hineinwachsen in die dynamische mittlere Betriebsgröße verhindern.

Die Ergebnisse der Untersuchung weisen darauf hin, dass die Entwicklungshemmnisse des Landes weniger in der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur liegen als vielmehr in den geringen FuE-Aktivitäten und der schwachen Exportorientierung der Wirtschaft. Die positiven Beschäftigungseffekte der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur sollten nicht über diese Defizite der regionalen Wirtschaft hinwegtäuschen, die sich vermutlich im negativen Standorteffekt widerspiegeln, der für das Land ermittelt wird. Der Standorteffekt impliziert auch, dass Schleswig-Holstein bislang nicht von bedeutenden dauerhaften Impulsen der Wiedervereinigung sowie der Ost- und Norderweiterung der EU profitieren kann. Vom schärferen internationalen Wettbewerb im Zuge der Globalisierung und des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses ist auch die Wirtschaft in Schleswig-Holstein betroffen. Der Standorteffekt des Landes deutet darauf hin, dass die Potentiale der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung bisher nicht ausgeschöpft wurden. Wiedervereinigung und EU-Erweiterungen haben offenbar nicht zu einer signifikanten Verbesserung der großräumigen Lagegunst des Landes geführt. Vielmehr dürften in bestimmten Bereichen der Wirtschaft Auswirkungen eines verstärkten Wettbewerbs durch Standorte im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern oder in Osteuropa überwiegen. Dies deutet beispielsweise die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein an. Insbesondere Mecklenburg-Vorpommern ist im Hinblick auf den Tourismus mit ähnlichen natürlichen Standortvorteilen ausgestattet wie Schleswig-Holstein, was sich in der Entwicklung des Gastgewerbes in Schleswig-Holstein seit Anfang der 90er Jahre recht deutlich widerspiegelt. So hat sich der Anteil des Landes an allen Erwerbstätigen im deutschen Gastgewerbe seit Anfang der 90er Jahre von 4,2% auf 3,9% im Jahr 2003 reduziert. Eine vergleichsweise ungünstige Entwicklung ist aktuell auch in anderen für das Land wichtigen Bereichen wie etwa der Medizintechnik zu beobachten, wo zwischen 1999 und 2004 mehr als 7% der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein abgebaut wurden, während sich die Branche bundesweit durch eine deutliche Expansion auszeichnete. Im Rahmen der vorliegenden Studie lässt sich allerdings nicht beantworten, inwieweit diese Entwicklungstendenzen unmittelbar auf die zunehmende Konkurrenz ostdeutscher und osteuropäischer Standorte zurückzuführen sind.

Kritisch ist darüber hinaus vor allem der für Schleswig-Holstein ermittelte negative Qualifikationseffekt zu beurteilen, der auf ein schwerwiegendes Defizit in der Humankapitalausstattung hinweist. Der recht ausgeprägte negative Qualifikationseffekt, der Schleswig-Holstein insgesamt und fast alle Regionen des Landes kennzeichnet, ist vor allem angesichts des anstehenden demographischen Wandels als äußerst problematisch einzuschätzen. Schon heute wird das Land den Regressionsergebnissen zufolge in seiner Wachstumsdynamik durch das Defizit in der Humankapitalausstattung behindert. Auch in den letzten Jahren konnte Schleswig-Holstein hier im westdeutschen Vergleich keinen Boden gut machen. Zwar nahm zwischen 2001 und 2004 die Zahl der hoch qualifizierten Arbeitskräfte im Land um 2,2% zu. Im Mittel fiel das Beschäftigungswachstum dieser Qualifikationsgruppe aber in Westdeutschland um zwei Prozentpunkte höher aus. Lediglich in Hessen und Rheinland-Pfalz war die Veränderungsrate niedriger. Es steht zu befürchten, dass diese Situation durch die anstehenden demographischen Veränderungen verschärft wird.

Zwar weisen die Resultate der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein darauf hin, dass die Einwohnerzahl im Land vermutlich erst ab 2020 sinken wird. Aber schon ab 2013 ist mit einer Abnahme der Erwerbspersonen zu rechnen. Zudem ist schon gegenwärtig eine Alterung der Bevölkerung zu beobachten, die insbesondere auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrifft. Zudem wird für Schleswig-Holstein eine unzureichende Attrahierung und Bindung hoch qualifizierter Fachkräfte festgestellt. Es müssen daher frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um zunehmenden

Wachstumseinbußen infolge eines sich vertiefenden Humankapitaldefizits entgegenzuwirken. Um einem Fachkräftemangel zu begegnen, sind zum einen aus rein quantitativer Sicht Maßnahmen geeignet, die auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte abzielen. Zur Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials sind Politikinstrumente geeignet, welche z.B. auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit etwa durch eine Verkürzung der Ausbildungs- und Studienzeiten ausgerichtet sind. Bei Reformen im Bildungswesen ist allerdings dem Aspekt Rechnung zu tragen, dass eine kürzere Ausbildungsdauer zu keinem Rückgang des Qualifikationsniveaus führen darf. Dies wäre durch entsprechende Angebote zur Nachqualifizierung und Weiterbildung zu gewährleisten. Ein Ausbau der Weiterbildungsangebote ist auch aufgrund der Notwendigkeit erforderlich, ältere Arbeitskräfte länger im Berufsleben zu halten und ihre Kenntnisse den sich ständig wandelnden Anforderungen anzupassen. In diesem Zusammenhang ist aber auch sicherzustellen, dass sich die beruflichen Perspektiven älterer Erwerbspersonen verbessern.

Die Resultate der Analysen auf der regionalen Ebene weisen auf Unterschiede hin, die seit langem den räumlichen Strukturwandel in Schleswig-Holstein prägen. Auf der einen Seite ist zu erkennen, dass sich insbesondere die kreisfreien Städte deutlich ungünstiger entwickelt haben als alle anderen Gebiete des Landes. Unterdurchschnittlich ist daneben auch die Beschäftigungsentwicklung in den westlichen Regionen entlang der Nordseeküste. Durch eine hohe Wachstumsdynamik zeichnen sich auf der anderen Seite vor allem die Kreise im Hamburger Rand aus. Ein Prozess, der wesentlich zur Erklärung dieser Disparitäten beiträgt ist die Suburbanisierung der Beschäftigung. Die Suburbanisierung hat sich allerdings in den vergangenen Jahren deutlich abgeschwächt. Zwischen 2001 und 2004 sind keine signifikanten Unterschiede zwischen der Beschäftigungsentwicklung der kreisfreien Städte und der Landkreise mehr festzustellen. Inwieweit dieser Befund auf ein vorübergehendes Phänomen oder eine dauerhafte Veränderung hinweist, lässt sich zurzeit nicht abschließend beantworten. Die Abschwächung der Suburbanisierung dürfte zum Teil darauf beruhen, dass sich Wachstumsimpulse von Technologieschüben zunächst in den großen Agglomerationszentren manifestieren. Standorte wie Hamburg profitierten von dieser Entwicklung, während Städte geringerer Zentralität oder weniger verdichtete, ländliche Regionen auf der Verliererseite stünden. Für Schleswig-Holstein insgesamt könnte dies eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik nach sich ziehen.

Die Unterschiede in den Standorteffekten auf der regionalen Ebene deuten aber eher auf eine Fortsetzung des Suburbanisierungsprozesses hin. Die Standorteffekte lassen einen Stadt-Land-Gegensatz in der Form erkennen, dass die kreisfreien Städte des Landes durchweg negative Standorteffekte zeigen, während außerhalb der Städte positive Effekte dominieren. Dieses Ergebnis deutet auf das Vorhandensein negativer Ballungseffekte hin, die als eine wesentliche Triebfeder der Suburbanisierungstendenzen gelten. Neben den Stadt-Land-Unterschieden ist ein gewisses Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. Vor allem die Regionen im Umland der Agglomeration Hamburg weisen ausgeprägte positive Standorteffekte auf. Diese Struktur der Standorteffekte lässt erwarten, dass die Entwicklung des Landes auch in Zukunft wesentlich von der wirtschaftlichen Dynamik des Hamburger Umlands getragen wird. Unabhängig von bestehenden Suburbanisierungstendenzen ist aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung die zukünftige Entwicklung und Kooperation mit der Metropole Hamburg für den Hamburger Rand und Schleswig-Holstein insgesamt von erheblicher Bedeutung. Gerade im Hinblick auf die für Schleswig-Holstein charakteristischen Defizite im Innovationsbereich und der Humankapitalausstattung sind enge Kooperationsbeziehungen mit der Stadt Hamburg wünschenswert.

1 Einleitung

Die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland ist durch erhebliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Im Rahmen des Projekts „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) analysiert das regionale Forschungsnetz des IAB die Ursachen dieser Entwicklungsunterschiede, indem Einflussfaktoren des Beschäftigungswachstums auf der Ebene von Bundesländern, Kreisen und siedlungsstrukturellen Gebietstypen identifiziert werden. Die Ergebnisse des VALA-Projekts für die einzelnen Bundesländer werden als Länderberichte in der Reihe IAB regional veröffentlicht. Die vorliegende Studie stellt die Resultate für Schleswig-Holstein vor – ein Bundesland, das in den vergangenen Jahrzehnten einen tief greifenden strukturellen Wandel durchlaufen hat. Schleswig-Holstein hat sich von einer Region, die vorwiegend durch die Agrarwirtschaft und die Werftenindustrie geprägt wurde, zu einem Standort entwickelt, der auch durch moderne, weltweit agierende Unternehmen geprägt wird. Nach wie vor sind aber im Land forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen unterdurchschnittlich vertreten. Die Defizite in den Standortbedingungen und der Ausstattung mit dynamischen Wachstumsbranchen spiegelt die Beschäftigungsentwicklung des Landes in den letzten Jahren sehr deutlich wider. Schleswig-Holstein hatte neben Nordrhein-Westfalen zwischen 2001 und 2004 den stärksten Abbau von Beschäftigungsmöglichkeiten in Westdeutschland zu verkräften. Als problematisch erweist in diesem Zusammenhang auch, dass in den vergangenen Jahren offenbar die Beschäftigungsschwelle in Schleswig-Holstein gestiegen ist (vgl. Herrmann/Riekhoff 2004). D.h. das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das für eine Expansion der Erwerbstätigkeit erreicht werden muss, hat zugenommen und liegt zudem über dem für Westdeutschland zu beobachtenden Wert. Angesichts dieser Entwicklungstendenzen sind Erkenntnisse über die Determinanten des Beschäftigungswachstums von großer Bedeutung. Insbesondere Informationen über die Einflussfaktoren auf der regionalen Ebene sind unerlässlich für die Entwicklung passgenauer arbeitsmarktpolitischer Strategien für die Regionen des Landes. Die vorliegende Studie liefert neue Befunde zum Beschäftigungswachstum für das Land insgesamt und seine Regionen.

Die Arbeit gliedert sich insgesamt in sieben Abschnitte. Einleitend werden im Abschnitt 2 zunächst das zur Analyse verwendete Modell und die Datenbasis beschrieben. Unterschiedliche, in der Untersuchung berücksichtigte Effekte, die auf das regionale Beschäftigungswachstum wirken, werden kurz diskutiert. Anschließend werden im Abschnitt 3 im Rahmen einer deskriptiven Analyse allgemeine Informationen über die Wirtschaft Schleswig-Holsteins geliefert. Es werden die grundsätzlichen wirtschaftsgeographischen Fakten, die Wirtschaftsstruktur, die Standortbedingungen und die Arbeitsmarktsituation des Landes untersucht. Im vierten Abschnitt werden erste Ergebnisse des VALA-Analysemodells auf der Bundesländerebene vorgestellt, die eine Einordnung der anschließend diskutierten Resultate für Schleswig-Holstein in die bundesweit bestehenden Entwicklungstendenzen ermöglichen sollen. Im Abschnitt 5 werden dann die Einflussfaktoren der Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein im Detail analysiert. Mit Hilfe des VALA-Modells werden Faktoren identifiziert, die das Beschäftigungswachstum hemmen bzw. verstärken. Einzelne Determinanten der Beschäftigungsentwicklung werden ausführlich diskutiert. Betrachtet werden die Auswirkungen der Branchen-, Qualifikations- und Betriebsgrößenstruktur sowie des regionalen Lohnniveaus auf das Wachstum der Beschäftigung in Schleswig-Holstein und seinen Regionen. Ein weiterer Schwerpunkt der Analyse besteht in der Identifizierung und Interpretation von regionsspezifischen Standorteffekten. Im Abschnitt 6 werden schließlich Ergebnisse für ausgewählte Kreise und kreisfreie Städte betrachtet. Abschließend erfolgt in Abschnitt 7 eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Analyse.

2 Methodische Grundzüge des Analyseansatzes

Den methodischen Ausgangspunkt des VALA-Projekts stellt eine umfassende Untersuchung der regionalen Beschäftigungsentwicklung in Deutschland dar, die das IAB gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Zuge der so genannten ENDOR-Studie durchgeführt hat (vgl. Blien 2003a). Das VALA-Projekt ermöglicht eine noch detailliertere Analyse für einen aktualisierten Untersuchungszeitraum (1993-2001). Im Rahmen des Projekts werden die Einflussfaktoren des regionalen Beschäftigungswachstums im Rahmen einer theoriegestützten empirischen Analyse durch eine so genannte Shift-Share-Regression bestimmt. Die Regressionsmethode stellt einen wesentlichen analytischen Fortschritt gegenüber dem konventionellen Shift-Share-Ansatz dar, weil sie die Identifizierung kausaler Zusammenhänge und systematischer regionsspezifischer Effekte der regionalen Beschäftigungsentwicklung ermöglicht. Im Folgenden werden die Grundzüge des Analyseansatzes beschrieben. Die zu erklärende Variable der Analyse ist das regionale Beschäftigungswachstum. Als Datenbasis dient die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre von 1993 bis 2001. Ausgewertet werden Stichtagsdaten über sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die am 30.6. eines Jahres ermittelt werden.¹ Um Verzerrungen durch Teilzeitarbeit zu vermeiden, wurden für die Analyse die Arbeitsstunden zu Vollzeitäquivalenten zusammengefasst.² Aufgrund der nach wie vor bestehenden strukturellen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Arbeitsmärkten wurden beide Teile Deutschlands getrennt analysiert.

Die Untersuchung liefert Ergebnisse über allgemeine, d.h. insgesamt in allen westdeutschen Regionen wirksame Einflussfaktoren, und individuelle Faktoren, also Effekte, die spezifisch für die jeweils betrachtete Region sind. Da die individuellen Faktoren die besonderen Standortbedingungen der Regionen widerspiegeln, werden sie im Weiteren als Standorteffekte bezeichnet. Als allgemeine Einflussfaktoren wurden folgende Determinanten zur Erklärung des regionalen Beschäftigungswachstums herangezogen:

- die Branchenstruktur
- die Qualifikationsstruktur
- die Betriebsgrößenstruktur
- das Lohnniveau

Für die Berechnung der Effekte dieser Einflussgrößen in den einzelnen Regionen wird der für Westdeutschland insgesamt ermittelte Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Einflussfaktor und dem Beschäftigungswachstum verknüpft mit den Werten des Einflussfaktors in der jeweils betrachteten Region. Mit anderen Worten, die geschätzten Koeffizienten, die Stärke und Richtung des Zusammenhangs zwischen Einflussfaktor und Wachstum wiedergeben, werden mit den regionalen Werten der Determinanten, d.h. der erklärenden Variablen multipliziert. Es werden somit partielle Effekte betrachtet. Indem die Werte der anderen Einflussfaktoren konstant gehalten werden (*ceteris paribus* Annahme), kann die Beschäftigungswirkung eines bestimmten Faktors isoliert betrachtet werden.

¹ Die entsprechenden Lohndaten beinhalten Informationen bis zur Beitragsbemessungsgrenze und sind somit zensiert.

² Da keine genauen Angaben über Arbeitszeiten vorliegen, sondern nur eine Einteilung der Beschäftigten in die drei Gruppen bis 18 Stunden pro Woche, 18 Stunden pro Woche bis Vollzeit und Vollzeit, wurden jeweils Näherungswerte von 16, 24 und 39 Stunden pro Woche in der Analyse verwendet und diese anschließend in Vollzeitäquivalente zusammengefasst.

Brancheneffekt:

Die branchenspezifische Beschäftigungsentwicklung in Deutschland verläuft äußerst differenziert. Im Zuge des fortschreitenden strukturellen Wandels nehmen die Anteile des Produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung stetig ab, während das Gewicht des Dienstleistungssektors kontinuierlich steigt. Aufgrund der strukturellen Veränderungen sind zum einen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, z.B. im Leder- und Textilgewerbe, deutliche Schrumpfungsprozesse zu beobachten, während andererseits einige Dienstleistungsbereiche wie etwa der Telekommunikationssektor durch ein erhebliches Beschäftigungswachstum gekennzeichnet sind. Weiterhin ist vielfach eine Konzentration bestimmter Branchen in Regionen festzustellen. Infolge solcher ausgeprägten Spezialisierungen der regionalen Wirtschaft kann das Beschäftigungswachstum einer Region wesentlich durch die strukturellen Entwicklungstendenzen der sie prägenden Wirtschaftsbereiche beeinflusst werden. Im VALA-Modell werden solche Beschäftigungswirkungen der Sektorstruktur durch den so genannten Brancheneffekt abgebildet. Die Erfassung der Brancheneffekte basiert auf einer Differenzierung zwischen 28 Wirtschaftszweigen (WZ 73). Ein positiver (negativer) Brancheneffekt auf das Beschäftigungswachstum ergibt sich, wenn eine Region in starkem Maße auf expandierende (schrumpfende) Branchen spezialisiert ist. Insgesamt gibt der Brancheneffekt an, inwieweit das Beschäftigungswachstum der jeweils betrachteten Region vom durchschnittlichen Wachstum in Westdeutschland abweicht, weil sich die regionale Branchenstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Struktur unterscheidet.

Betriebsgrößeneffekt:

Die Größe von Betrieben wird beeinflusst von der Art der produzierten Güter und Dienstleistungen bzw. der damit verbundenen Produktionstechnologie. Die erheblichen Veränderungen der Produktionsprozesse, die flexible Spezialisierung von Betrieben und die abnehmenden Transportkosten haben dazu geführt, dass die durchschnittliche Betriebsgröße in den vergangenen Jahrzehnten gesunken ist. Zu dieser Entwicklung hat auch die in vielen Unternehmen zu beobachtende Auslagerung von Dienstleistungsfunktionen beigetragen. Geringere Transportkosten und Entwicklungen im Logistikbereich haben durch die Einführung von just-in-time Systemen Bedeutungsverlagerungen von großen zentralisierten hin zu kleineren dezentralen Produktionseinheiten unterstützt. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Trends auch in der Beschäftigungsentwicklung entsprechend strukturierter Betriebe widerspiegeln. Zwar kann vermutet werden, dass die Betriebsgröße nicht unabhängig von der Branche ist, und daher entsprechende Wirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung auch durch den Brancheneffekt erfasst werden. Die Ergebnisse der Analyse zeigen jedoch, dass ein von der Branchenstruktur unabhängiger Betriebsgrößeneffekt auf das Beschäftigungswachstum festzustellen ist.

Die Betriebe werden für die Schätzung in drei Größenklassen von 1-19 Beschäftigte, 20-99 Beschäftigte und mindestens 100 Beschäftigte eingeteilt.³ Der Betriebsgrößeneffekt gibt an, inwieweit sich die Beschäftigungsentwicklung in der betrachteten Region vom durchschnittlichen Wachstum in Westdeutschland unterscheidet, weil die regionale Betriebsgrößenstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Struktur abweicht.

³ Die drei Größenklassen wurden so gewählt, da es in Ostdeutschland nur sehr wenige Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten gibt, und die Ergebnisse für Ost- und Westdeutschland vergleichbar bleiben sollen.

Qualifikationseffekt:

Angesichts des fortschreitenden Strukturwandels hin zu einer Wissensgesellschaft gewinnt die Qualifikation der Arbeitskräfte, das Humankapital einer Region, als Standortfaktor zunehmend an Bedeutung. Qualifizierte Arbeitskräfte spielen bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien eine entscheidende Rolle. Zudem spezialisieren sich hoch entwickelte Industrieländer wie Deutschland im Zuge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung immer stärker auf die Produktion von humankapitalintensiven Gütern und Dienstleistungen, d.h. auf Produkte, deren Herstellung insbesondere den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte erfordert. Dies spiegelt sich auch in der Beschäftigungsentwicklung wider. In Deutschland ist eine anhaltende Verschiebung der Arbeitsnachfrage hin zu hoch qualifizierten Arbeitskräften zu beobachten. Um die Wirkungen der Arbeitskräftequalifikation auf das Beschäftigungswachstum zu erfassen, wurden im Regressionsmodell die Anteile der Unqualifizierten (Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung), der Qualifizierten (abgeschlossene Lehr- oder Anlernausbildung oder Abschluss einer Berufsfach- oder Fachschule) und der hoch Qualifizierten (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) an der Gesamtbeschäftigung als erklärende Variablen berücksichtigt. Der Qualifikationseffekt gibt Abweichungen der Region vom durchschnittlichen westdeutschen Beschäftigungswachstum an, die darauf basieren, dass sich die regionale Qualifikationsstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Struktur unterscheidet.

Lohneffekt:

Die Lohnhöhe wird in der ökonomischen Theorie als eine zentrale Determinante der Beschäftigungsentwicklung betrachtet. Löhne stellen für einen Unternehmer Kosten dar, und hohe Löhne können somit einen negativen Effekt auf die Beschäftigung haben. Relativ hohe Löhne wirken sich negativ auf das Beschäftigungswachstum aus, wenn sie dazu führen, dass die vergleichsweise teuren Arbeitskräfte durch Sachkapital, also Maschinen ersetzt werden. Ungünstig kann sich zudem auswirken, dass Unternehmen in Hochlohnregionen gegenüber Firmen in Regionen mit niedrigeren Lohnkosten im Nachteil sind. Die Lohnhöhe darf jedoch nicht allein unter dem Kostengesichtspunkt betrachtet werden. Vom Lohneinkommen gehen möglicherweise auch signifikante Nachfrageeffekte aus, welche wiederum die Beschäftigungsentwicklung expansiv beeinflussen können. Hohe Löhne können zudem auch Ausdruck einer überdurchschnittlichen Produktivität der Arbeitnehmer sein und Qualifikationsunterschiede widerspiegeln. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass zu relativ hohen Löhnen auch ein hohes regionales Preisniveau beitragen kann. Auf einen solchen Zusammenhang deuten etwa die systematischen Lohnunterschiede zwischen Städten und ländlichen Regionen hin.

Um die Auswirkungen des Lohnniveaus auf die Beschäftigungsentwicklung möglichst genau bestimmen zu können, wurden diese auf die Löhne wirkenden Faktoren in der Analyse berücksichtigt. Das regionale Lohnniveau wurde in einem ersten Schritt von Einflüssen bereinigt, die von der Qualifikationsstruktur, der Firmengrößenstruktur, der Branchenstruktur, dem Durchschnittsalter der Beschäftigten und dem Anteil männlicher Beschäftigter ausgehen. Kontrolliert wurde auch für die zwischen ländlichen Regionen und Städten existierenden Unterschiede. Ermittelt wurde dann im zweiten Analyseschritt der Effekt des so bereinigten Relativlohnlevels auf das regionale Beschäftigungswachstum.

Der ausgewiesene Lohneffekt ergibt sich schließlich, indem der für den Relativlohn ermittelte Koeffizient, der den Zusammenhang zwischen Lohn und Beschäftigung wiedergibt, mit dem jeweiligen regionalen Relativlohn verknüpft wird. Zu beachten ist hierbei, dass sich der gesamte Lohneffekt als Summe von branchenspezifischen Effekten ergibt. Damit wird bei der Berechnung der Effekte zum einen berücksichtigt, dass die Arbeitsnachfrage in einigen Branchen relativ stark auf hohe Löhne rea-

giert, während in anderen Wirtschaftszweigen die Beschäftigungsentwicklung weniger lohnkostensensitiv ist. In die Schätzung der Lohneffekte geht ein, welches Gewicht Branchen mit einer ausgeprägten oder nur schwachen Lohnsensibilität in der regionalen Wirtschaft haben. Dominieren in einer Region Wirtschaftszweige, deren Beschäftigungsentwicklung sehr stark durch das Lohnniveau beeinflusst wird, ergibt sich daher bei einem hohen Relativlohn ein vergleichsweise ausgeprägter negativer Effekt auf das Beschäftigungswachstum.

Standorteffekt:

Der Standorteffekt fängt systematische regionspezifische Wirkungen auf das Beschäftigungswachstum ein, die vom relativen Lohnniveau, den Branchen-, Qualifikations- und Betriebsgrößenstrukturen nicht erfasst werden. In den Standorteffekten kommen somit alle regionalen Standortbedingungen zum Ausdruck, die nicht über die anderen erklärenden Variablen des Modells abgebildet werden. Solche regionalen Standortfaktoren können die Nähe zu großen Absatz- und Beschaffungsmärkten, die Infrastrukturausstattung der Region, die großräumige Erreichbarkeit des Standortes oder vorhandene Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen (FuE) sein. Eine Rolle kann in diesem Zusammenhang auch die Effektivität der regionalen und lokalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik spielen. Schließlich können sich einmalige Ereignisse, die aber anhaltende Auswirkungen auf die regionale Beschäftigungsentwicklung haben, im Standorteffekt niederschlagen. Solche exogenen Ereignisse können etwa in der Öffnung einer Grenze oder der Schließung eines für die Region wichtigen Betriebes bestehen.

Der Standorteffekt lässt sich als branchenübergreifende Abweichung des regionalen Beschäftigungswachstums von der durchschnittlichen westdeutschen Veränderungsrate interpretieren. Dieser Effekt kann weiter in bundesland-, kreis- und siedlungsstrukturspezifische Komponenten zerlegt werden. Im insgesamt für eine Region ausgewiesenen Standorteffekt sind alle systematischen Einflüsse erfasst – auch solche, die im gesamten Bundesland oder in allen Regionen desselben Siedlungsstrukturtyps wirksam sind. Letztere können als spezielle Standorteffekte für die Bundesländer bzw. die siedlungsstrukturellen Kreistypen ausgewiesen werden. Soll ausschließlich der für einen Kreis spezifische Standorteffekt ermittelt werden, müssen dementsprechend die Bundesland- oder Kreistypeinflüsse vom gesamten regionalen Standorteffekt abgezogen werden. Um die Darstellung der Resultate übersichtlich zu halten, wurden im Folgenden lediglich der bundeslandspezifische Effekt für Schleswig-Holstein und die hiervon bestehenden Abweichungen auf der Kreisebene betrachtet.

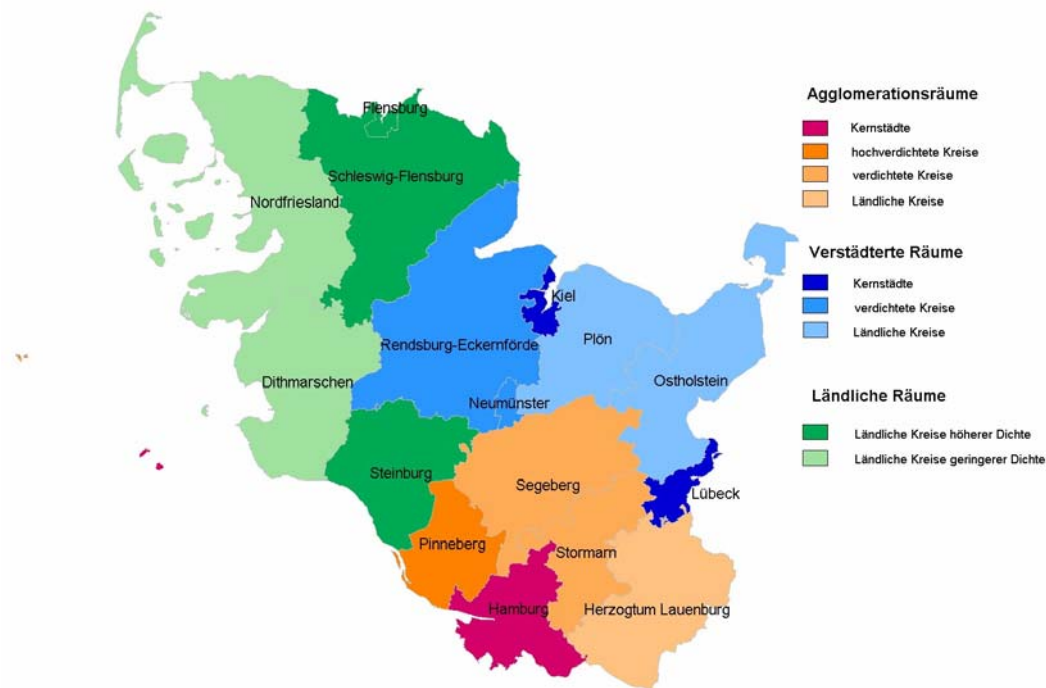
3 Ländersteckbrief Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein, das nördlichste Bundesland Deutschlands, umfasst eine Fläche von 15.763 km². Das Land wird geprägt durch seine Lage zwischen Nord- und Ostsee. Insgesamt besitzt Schleswig-Holstein eine Küstenlänge von mehr als 800 km (vgl. Statistikamt Nord 2004a). Zur Küstenlänge tragen in erheblichem Maße die zahlreichen zu Schleswig-Holstein gehörenden Inseln bei – neben der Ostseeinsel Fehmarn vor allem die Nordseeinseln Amrum, Föhr, Helgoland, Nordstrand, Pellworm und Sylt sowie mehrere kleine Halligen. Während das Land im Osten und Westen durch Nord- und Ostsee begrenzt wird, ist im Norden die dänische Region Sønderjyllands Amt unmittelbar benachbart. Im Süden grenzt Schleswig-Holstein an die Elbe und die Bundesländer Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Das Klima des Landes ist aufgrund der Küstenlage von maritimen Einflüssen bestimmt und zeichnet sich durch häufige Wetterwechsel, milde Winter und das Vorherrschen nordwestlicher Winde aus.

Schleswig-Holstein untergliedert sich in elf Landkreise (Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Nordfriesland, Ostholstein, Pinneberg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg, Segeberg, Steinburg und Stormarn) und vier kreisfreie Städte (die Landeshauptstadt Kiel, Flensburg, Lübeck und Neumünster).

3.1 Bevölkerung, Siedlungsstruktur und Wanderungen

Gegenwärtig weist Schleswig-Holstein eine Bevölkerung von rund 2.819.000 Einwohnern auf (Jahresdurchschnitt 2003). Mit einer Bevölkerungsdichte von 179 Einwohnern je km² zählt Schleswig-Holstein gemeinsam mit Niedersachsen und Bayern zu den am dünnsten besiedelten Ländern in Westdeutschland. Allerdings weisen die meisten ostdeutschen Bundesländer zum Teil noch weitaus geringere Verdichtungsgrade auf. Trotz der relativ geringen Bevölkerungsdichte ist die Siedlungsstruktur des Landes äußerst differenziert. Entlang der Nordseeküste dominieren ländliche Räume mit teilweise sehr niedriger Einwohnerdichte, während im Osten des Landes vorwiegend verstädterte Räume zu finden sind. Die Zentren der verstädterten Räume an der Ostseeküste sind die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck. In deren Umland finden sich sowohl verdichtete als auch ländliche Kreise. Der südliche Landesteil wird geprägt durch die Metropolregion Hamburg. Aufgrund ihrer Nähe zum Ballungszentrum Hamburg sind die Kreise im Hamburger Umland – das Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn – dem Agglomerationsraum Hamburg zuzuordnen. Hinsichtlich der Besiedlungsdichte bestehen im nördlichen Hamburger Umland allerdings beträchtliche Unterschiede. Es gibt sowohl ländlich geprägte Regionen im Herzogtum Lauenburg als auch hochverdichtete Gebiete im Kreis Pinneberg (vgl. Abb. 1).

Abb.1: Siedlungsstruktur Schleswig-Holsteins

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000).

In den vergangenen 60 Jahren ist die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins gemessen an den enormen demographischen Veränderungen der unmittelbaren Nachkriegszeit nur unwesentlich gestiegen. Gegenwärtig liegt die Einwohnerzahl um etwa 200.000 über dem Bevölkerungsstand im Jahr 1946. Zwischen 1939 und 1946 ist die Bevölkerung dagegen aufgrund der vom zweiten Weltkrieg ausgelösten Flüchtlingsströme um mehr als 1 Million Menschen gestiegen. In keinem anderen Bundesland fiel der Zuwachs so stark aus wie in Schleswig-Holstein (vgl. Hirschfeld 1995). Bis Mitte der 80er Jahre hat die Bevölkerungsentwicklung des Landes wesentlich durch Wanderungsgewinne, insbesondere die Zuwanderung aus Hamburg profitiert. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre konnten die Wanderungsgewinne die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung jedoch nicht mehr kompensieren. Seit 1989 verzeichnet Schleswig-Holstein wieder zunehmende Einwohnerzahlen, bedingt in starkem Maße durch die Wiedervereinigung und die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Staaten bzw. die dadurch ausgelösten Wanderungsströme.

3.2 Langfristiger Strukturwandel und Spezialisierung der Wirtschaft

Herrmann (1992) weist darauf hin, dass die Lage Schleswig-Holsteins zwischen Nord- und Ostsee, die relativ große Bedeutung der Landwirtschaft und das Fehlen größerer Agglomerationszentren wesentlich dazu beigetragen haben, die Vorstellung eines Agrar- und Ferienlandes zu prägen. Dies steht aber im Widerspruch zur gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur des Landes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Sektorstruktur Schleswig-Holsteins beträchtlich verändert. Die Bedeutung des primären Sektors und des Verarbeitenden Gewerbes hat kontinuierlich abgenommen, während das Gewicht des Dienstleistungsbereichs enorm gestiegen ist. 1950 war noch annähernd ein Viertel der Erwerbstätigen im Land im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei beschäftigt (vgl. Hirschfeld 1995), im Jahr 2003 waren es lediglich noch 3,5%. Trotz des dramatischen Bedeutungsverlustes der Agrarwirtschaft besitzt der Bereich im Land nach wie vor größeres Gewicht als im Bundesdurchschnitt. Bundesweit waren 2003 im primären Sektor rund 2,5% der Arbeitskräfte tätig. Die Agrarwirtschaft weist zudem in

Schleswig-Holstein eine vergleichsweise hohe Produktivität auf. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen lag 2003 um fast 30% über dem Bundesdurchschnitt. Nur Mecklenburg-Vorpommern erzielt bundesweit in dieser Hinsicht ein besseres Ergebnis.

Weniger gleichförmig verlief die langfristige Entwicklung des Produzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein. In den 50er und zu Beginn der 60er Jahre hat sich der Erwerbstätigenanteil des Sektors noch bis auf annähernd 38% im Jahr 1961 erhöht. Im Verlauf der 70er Jahre wurde der Industrialisierungsprozess jedoch auch in Schleswig-Holstein endgültig von der zunehmenden Tertiärisierung der Wirtschaft abgelöst. Von rund 41% im Jahr 1950 hat sich der Anteil des Dienstleistungssektors bis 2003 auf mehr als 75% erhöht. Im Gegensatz dazu entfallen auf das Produzierende Gewerbe nur noch 21% der Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein. Damit ist der industrielle Bereich deutlich unterrepräsentiert. Im Mittel sind rund 27% der Erwerbstätigen in Deutschland im Produzierenden Gewerbe beschäftigt. Das geringe Gewicht des industriellen Sektors ist vor allem auf den traditionell geringen Stellenwert des Verarbeitenden Gewerbes im Land zurückzuführen. 2003 entfielen auf diesen Wirtschaftsbereich nur noch etwa 14% der Erwerbstätigen (Bundesdurchschnitt: 20%). Das Verarbeitende Gewerbe ist zudem durch eine relativ geringe Produktivität gekennzeichnet. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen betrug 2003 lediglich 93% des bundesweiten Niveaus. Unter den westdeutschen Ländern besitzt allein der industrielle Sektor im Saarland eine geringere Produktivität.

Das geringe Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes trägt maßgeblich zur unterdurchschnittlichen Exportorientierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bei. Im Jahr 2003 erreichte die Exportquote, d.h. der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt, in Schleswig-Holstein 17,5%. Bundesweit liegt der Anteil dagegen bei mehr als 31%. Die Wirtschaftsstruktur des Landes wird erheblich durch die Produktion nicht-handelbarer Güter und Dienstleistungen geprägt, also Branchen die vorwiegend auf die Versorgung des lokalen Marktes ausgerichtet sind. Neben dem relativ kleinen industriellen Sektor ist die niedrige Exportquote auf eine schwache Exportintensität des Verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen. Auch die deutliche Steigerung der Exportaktivität seit Anfang der 90er Jahre konnte den Rückstand in der Exportorientierung des Landes nicht verringern, weil das Wachstum der Exporte in Schleswig-Holstein mit +78% zwischen 1991 und 2003 weniger dynamisch verlief als in Deutschland insgesamt (+96%). Für Schrader/Laaser (2005) erklären sich diese Ergebnisse dadurch, dass die Außenhandelsstrukturen des Landes nach wie vor stark von einzelnen Unternehmen abhängen und damit auf einem schmalen Fundament stehen.

Leicht unterdurchschnittlich ist mit 5,8% auch der Anteil des Baugewerbes (Bundesdurchschnitt: 6%). Ein sehr hohes Gewicht besitzt dagegen der Dienstleistungsbereich in Schleswig-Holstein. 2003 waren mehr als 75% aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsunternehmen beschäftigt (Bundesdurchschnitt: 70,4%). Damit weist Schleswig-Holstein den höchsten Dienstleistungsanteil aller Flächenländer auf. Nur die drei Stadtstaaten sind noch stärker auf Dienstleistungsbranchen spezialisiert. Zur überdurchschnittlichen Bedeutung des Dienstleistungsbereichs im Land tragen verschiedene Branchen bei. Relativ stark vertreten ist der Sektor Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern mit einem Beschäftigungsanteil von 17,5% – bundesweit arbeiten in diesem Bereich dagegen nur 15,3%. Eine Spezialisierung weist Schleswig-Holstein zudem im Gastgewerbe auf. 5,8% der Erwerbstätigen entfallen auf den Fremdenverkehrssektor (Bundesdurchschnitt: 4,7%). In starkem Maße tragen auch die öffentlichen Dienstleistungen zum überdurchschnittlichen Gewicht des tertiären Bereichs im Lande bei. 9% der Erwerbstätigen entfallen auf den Sektor Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung. Damit liegt der Anteil mehr als zwei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (6,9%). Lediglich in der Bundeshauptstadt Berlin und einigen ostdeutschen Bundesländern ist das Gewicht des

öffentlichen Dienstleistungsbereichs noch höher. Der dynamisch wachsende Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen besitzt dagegen mit 10,7% einen unterdurchschnittlichen Beschäftigungsanteil im nördlichsten Bundesland (Bund: 12,2%).

Auch innerhalb des industriellen Sektors ist es im Zeitablauf zu erheblichen Bedeutungsverschiebungen zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen gekommen. So ist die Entwicklung der Werftindustrie in Schleswig-Holstein durch einen anhaltenden Bedeutungsverlust gekennzeichnet. Mit mehr als 17.000 Arbeitskräften war der Schiffbau in Schleswig-Holstein 1980 noch einer der größten Arbeitgeber im Verarbeitenden Gewerbe. 2003 umfasste der Wirtschaftszweig nur noch rund 6.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – das entspricht weniger als 1% der Gesamtbeschäftigung. Damit entfallen auf Schleswig-Holstein aber rund ein Viertel aller in diesem Bereich bundesweit Beschäftigten. Neben dem Schiffbau sind vor allem in der Textilindustrie im Zuge des Strukturwandels Beschäftigungsmöglichkeiten verloren gegangen (vgl. Hirschfeld 1995, Herrmann 1992). Mit weniger als 1.600 Beschäftigten spielt das Textilgewerbe als Arbeitgeber gegenwärtig keine zentrale Rolle mehr. Gewachsen ist in den vergangenen Jahrzehnten dagegen insbesondere der Maschinenbau im Land. Noch zu Beginn der 80er Jahre waren im Maschinenbau etwa ebenso viele Arbeitskräfte tätig wie im Werftenbereich. 2003 zählt der Wirtschaftszweig Maschinenbau mit fast 28.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern in der Region und ist mehr als viermal so groß wie die Schiffbauindustrie. Rund 3,5% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte sind damit in Schleswig-Holstein in Maschinenbauunternehmen beschäftigt. Das Land weist aber trotz des enormen Bedeutungsgewinns der Branche keine besondere Spezialisierung in diesem Bereich auf – bundesweit erreicht der Maschinenbau einen Beschäftigungsanteil von mehr als 3,8%.

In einem engen Zusammenhang mit der immer noch überdurchschnittlichen Bedeutung des primären Sektors steht die Spezialisierung des Landes auf das Ernährungsgewerbe. Mehr als 22.000 Arbeitskräfte waren 2003 in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt – das sind rund 2,8% der Beschäftigten im Land (Bundesdurchschnitt: 2,5%). Auch die Ernährungsindustrie hat allerdings im Zeitverlauf in beträchtlichem Umfang Arbeitsplätze eingebüßt. Anfang der 80er Jahre arbeiteten noch fast 35.000 Menschen in Betrieben des Ernährungsgewerbes. Einen weiteren Branchenschwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe besitzt Schleswig-Holstein mit dem Bereich Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, in dem 2003 annähernd 13.000 Arbeitskräfte beschäftigt waren. Mit einem Beschäftigungsanteil von 1,6% ist der Wirtschaftszweig im Land leicht überdurchschnittlich vertreten (Bundesdurchschnitt: 1,48%). Besondere Bedeutung kommt dabei dem Bereich der Medizintechnik zu, auf den rund 6.400 Beschäftigte entfallen. Die regionalen Schwerpunkte der Branche liegen im Osten des Landes, im Großraum Lübeck und in Kiel (wmp consult 2003). Kritisch zu bewerten ist, dass in der Medizintechnik als einem der innovativen, international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbereiche des Landes in jüngster Vergangenheit – entgegen dem Bundestrend – in erheblichem Umfang Arbeitsplätze abgebaut wurden. So sank die Zahl der Beschäftigten zwischen 1999 und 2004 um mehr als 7%, während bundesweit die Zahl der Arbeitskräfte um fast 10% stieg.

Hirschfeld (1995) führt die strukturellen Verschiebungen innerhalb des industriellen Sektors in Schleswig-Holstein zurück auf den technologischen Wandel, der sich in der Entwicklung neuer Produkte und Produktionsprozesse niederschlägt. Für Branchen, die ausgereifte Produkte vorwiegend mit standardisierten Verfahren herstellen, gewinnen vor allem die Lohnkosten als Standortfaktor an Relevanz. Unter Kostengesichtspunkten weist Schleswig-Holstein – wie auch Deutschland insgesamt – Standortnachteile gegenüber anderen Regionen z.B. in Mittel- und Osteuropa auf. Arbeitsintensive Produktionen wie etwa die Textilindustrie sind daher in den vergangenen Jahrzehnten in Regionen mit

niedrigeren Lohnkosten abgewandert. Durch die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft wurde diese Entwicklung noch beschleunigt. Standorte wie Schleswig-Holstein, die im weltweiten Standortwettbewerb vergleichsweise hohe Lohnkosten aufweisen, sind mehr denn je auf so genannte humankapitalintensive Branchen angewiesen, d.h. Wirtschaftszweige, die in erster Linie hoch qualifizierte Arbeitskräfte einsetzen. Hochentwickelte Volkswirtschaften besitzen Wettbewerbsvorteile bei der Entwicklung neuer Technologien und der Produktion humankapital- und forschungsintensiver Güter, weil die Ausstattung mit FuE-Einrichtungen und Humankapital in diesen Ländern wesentlich besser ist als in weniger entwickelten Niedriglohnregionen. Mit der fortschreitenden Standardisierung des Produktionsprozesses im Zuge des Lebenszyklus von Gütern, verlieren Hochlohnstandorte an Attraktivität. Es kommt zu Standortverlagerungen und Beschäftigungsabbau. Andere Wirtschaftszweige, die vorwiegend humankapital- und forschungsintensive Güter produzieren, gewinnen daher in hoch entwickelten Ökonomien im Zuge des technologischen und strukturellen Wandels an Bedeutung. Dies spiegelt sich in der wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins wider: Wirtschaftszweige, die in erster Linie humankapitalintensive Produkte herstellen, wie die Medizintechnik oder die Elektrotechnik, haben ihr Gewicht innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erhöhen können. Entsprechende Entwicklungstendenzen sind auch innerhalb bestimmter Wirtschaftszweige zu beobachten. So hat sich auch der Schiffbau in Schleswig-Holstein in Richtung des relativ humankapitalintensiven Spezialschiffbaus spezialisiert.⁴

Die Prägung der Wirtschaftsstruktur durch die Küstenlage und die wirtschaftliche Einbindung in den Ostseeraum zeigt sich im industriellen Bereich wie auch im tertiären Sektor. Der Handel ist aufgrund der Seehäfen und der zahlreichen internationalen Seeverbindungen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Schleswig-Holstein. Deutlich stärker als im Bundesgebiet ist auch der Bereich Schifffahrt in Schleswig-Holstein vertreten – der Beschäftigungsanteil ist viermal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Absolut besitzt die Branche allerdings nur ein geringes Gewicht mit etwa 3.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wesentlich größere Bedeutung kommt dem Gastgewerbe zu. Im Jahr 2003 arbeiteten fast 70.000 Erwerbstätige im Fremdenverkehrsbereich. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Gesamtwirtschaft noch höher einzuschätzen. Festzustellen ist allerdings, dass der Tourismus in Schleswig-Holstein seit Anfang der 90er Jahre gegenüber anderen Fremdenverkehrsregionen an Boden verloren hat. So sank der Anteil des Landes an der gesamten Wertschöpfung des Gastgewerbes in Deutschland von 4% in 1991 auf 3,6% in 2002. Zurückzuführen ist die Entwicklung vor allem auf die zunehmenden Marktanteile der ostdeutschen Länder.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahrzehnten einen tief greifenden strukturellen Wandel durchlaufen hat. Dennoch stehen Schwerpunkte der Wirtschaftsstruktur häufig nach wie vor in einem engen Zusammenhang mit den natürlichen Standortgegebenheiten des Landes – mit den klimatischen Gegebenheiten, der Bodenqualität und insbesondere der Küstenlage.

3.3 Standortbedingungen

Die Standortbedingungen einer Region stellen die entscheidenden Determinanten der Beschäftigungsentwicklung und der Arbeitsmarktlage dar. Unterschiedliche Standortfaktoren beeinflussen die Standortwahl von Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit die Schaffung und den Erhalt von

⁴ Vgl. hierzu auch Klodt (1987) und Hirschfeld (1995).

Beschäftigungsmöglichkeiten. In der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung wird eine Vielzahl von Faktoren diskutiert. Zentrale Bereiche stellen in diesem Zusammenhang die Verfügbarkeit und die Preise von Produktionsfaktoren – von Arbeit, Kapital und Boden dar. Auch die Erreichbarkeit von Absatzmärkten ist ein wesentlicher Faktor für den Unternehmenserfolg. Für den Produktionsprozess selbst als auch für den Vertrieb der hergestellten Güter und Dienstleistungen spielt darüber hinaus die Infrastrukturausstattung einer Region eine wichtige Rolle. Agglomerationsvorteile, die auf der Verdichtung von Bevölkerung, Unternehmen und verschiedenen Aktivitäten basieren, zählen ebenfalls zu den bedeutenden Standortfaktoren. Vorteile der Verdichtung können in der Nähe vieler Zuliefererbetriebe, spezialisierter Dienstleistungsangebote oder vielfältiger Möglichkeiten zum Wissensaustausch insbesondere durch Face-to-Face-Kontakte in Verdichtungsräumen bestehen. Den Ballungsvorteilen stehen unter Umständen Agglomerationsnachteile gegenüber, die z.B. aus Infrastrukturengpässen, hohen Mieten und Bodenpreisen oder einer starken Umweltbelastung in Ballungsräumen resultieren (Maier/Tödting 2001).

Der Stellenwert von Standortfaktoren variiert zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen, d.h. je nach Art des Produkts und der eingesetzten Produktionstechnologie kommt bestimmten Faktoren besondere Bedeutung zu. Im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels hat sich zudem das Gewicht der unterschiedlichen Faktoren verändert. Waren in der vorindustriellen Zeit aufgrund der großen Bedeutung des primären Sektors vor allem „first nature“ Bedingungen wie klimatische Verhältnisse sowie die Verfügbarkeit und Qualität von Boden von Bedeutung, sind im Zuge der Industrialisierung verstärkt die Nähe zu Rohstoffvorkommen und Arbeitskosten in den Mittelpunkt gerückt. In den letzten Jahrzehnten hat die Bedeutung von „second nature“ Bedingungen, insbesondere der Stellenwert von Agglomerationseffekten zugenommen. Neuere regionalökonomische Modelle betonen neben Agglomerationsvorteilen vor allem die Bedeutung von Humankapital und Innovationsprozessen für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen (vgl. Martin/Ottaviano 2001, Baldwin/Forslid 2000).⁵ Zudem ist festzustellen, dass vermehrt auch so genannte weiche Standortfaktoren wie das Wirtschaftsklima eines Standorts oder der Freizeitwert einer Region die Standortentscheidungen von Unternehmen beeinflussen. (vgl. Maier/Tödting 2001, Niebuhr/Stiller 2004).

Eine Standortanalyse von Wolf et al. (2004) zeigt, dass Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen, die Umweltqualität, den Ausbaustand des Telekommunikationsnetzes sowie die Anbindung an Wasserwege günstige Standortbedingungen aufweist. Allerdings zählen diese Faktoren, den Resultaten der Studie zufolge, etwa bei der Standortwahl von Großunternehmen nicht zu den zentralen Determinanten. Von größerer Bedeutung sind die im Land bestehenden Standortdefizite, die aus Sicht der Unternehmen in erster Linie in der unterdurchschnittlichen Erreichbarkeit von Absatzmärkten, der unzureichenden Anbindung an das Straßennetz sowie der begrenzten Verfügbarkeit von Facharbeitskräften bestehen. Letzteres ist vor allem angesichts des zunehmenden Stellenwerts des Humankapitals etwa im Hinblick auf Innovationsprozesse und die Anwendung neuer Technologien nicht unproblematisch. Das Defizit in der Humankapitalausstattung zeigt sich in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. In Schleswig-Holstein ist der Beschäftigungsanteil der hoch Qualifizierten (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) mit 5,2% niedriger als in allen anderen Bundesländern. Der Anteil der ungelerten Arbeitskräfte fällt dagegen mit fast 26% deutlich höher als der Bundes-

⁵ Entsprechende Ansätze verknüpfen Zusammenhänge wie sie in der so genannten neuen Wachstumstheorie diskutiert werden mit Mechanismen der neuen ökonomischen Geographie. Auf der Grundlage dieser Modelle können die Wirkungszusammenhänge zwischen FuE-Aktivitäten, der Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte, der Ballung wirtschaftlicher Aktivitäten und dem wirtschaftlichen Wachstum untersucht werden.

durchschnitt aus. Über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder liegt der Anteil der Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Mit rund 69% fällt Schleswig-Holstein allerdings hinter den ostdeutschen Ländern zurück, die bei den qualifizierten Beschäftigten in der Regel Beschäftigungsanteile von deutlich mehr als 70% aufweisen. Als problematisch ist weiterhin die jüngste Entwicklung der hoch qualifizierten Beschäftigten im Land zu beurteilen. Zwar fiel das Wachstum der Beschäftigtengruppe zwischen 2001 und 2004 in Schleswig-Holstein mit 2,2% etwas höher aus als im Bundesdurchschnitt (2,1%). Hinter der durchschnittlichen Entwicklung in Westdeutschland (4,2%) bleibt das Land aber deutlich zurück.

Erreichbarkeitsmaße, die als Indikatoren für die Nähe zu Absatz- und Beschaffungsmärkten dienen und in die sowohl die Qualität der Verkehrsinfrastruktur als auch die räumliche Verteilung der Kaufkraft einfließen, bestätigen die Resultate der Studie von Wolf et al. (2004). Schleswig-Holstein und die anderen norddeutschen Bundesländer fallen beim Standortfaktor „Marktnähe“ hinter den Gebieten im Süden und Westen des Bundesgebietes zurück. Die süd- und westdeutschen Regionen profitieren von ihrer günstigen Lage zu den großen deutschen und westeuropäischen Bevölkerungs- und Wirtschaftszentren. Dieser Nachteil hinsichtlich der großräumigen Lage wird nicht durch die Anbindung Schleswig-Holsteins an die großräumigen Verkehrsnetze kompensiert – mit entsprechenden Konsequenzen für die Erreichbarkeit von Kaufkraft. Infolge der letzten EU-Erweiterungsrunden könnte sich die großräumige Lagegunst Schleswig-Holsteins allerdings verbessert haben, weil die Bedeutung der Märkte im Nordosten Europas im Zuge der Integration zugenommen haben dürfte (vgl. Niebuhr/Stiller 2003).⁶

Auch im Hinblick auf den Umfang innovativer Aktivitäten und die Ausstattung mit FuE-Einrichtungen sind die Gegebenheiten in Schleswig-Holstein als eher ungünstig einzuschätzen. Die Forschungsintensität, d.h. der Anteil der FuE-Ausgaben von Privatwirtschaft und öffentlichen Sektor am Bruttoinlandsprodukt (BIP), erreichte in Schleswig-Holstein 2001 nur 1,2%. Damit befindet sich das Land gemeinsam mit dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern am unteren Ende der Skala. Im Mittel erreichten die FuE-Ausgaben in Deutschland einen Anteil von 2,6% am BIP. Die geringe Forschungsintensität im Lande ist unter anderem auf die unterdurchschnittliche Ausstattung mit forschungsintensiven Industrien zurückzuführen. Der Beschäftigungsanteil forschungsintensiver Industrien betrug 2002 in Schleswig-Holstein 8,6% – das sind rund 2,5 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Eine Rolle dürfte in diesem Zusammenhang auch der geringe Besatz mit öffentlichen Forschungseinrichtungen, insbesondere im Bereich der angewandten Forschung spielen. Aufgrund der geringen Forschungsintensität werden in Schleswig-Holstein nur vergleichsweise wenige Innovationen generiert. Die Patentintensität war mit 22 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner im Jahr 2002 in keinem anderen westdeutschen Bundesland niedriger. Im Mittel wurden in Deutschland 63 Patente je 100.000 Einwohner angemeldet (vgl. Keller et al. 2004).

Die Lohnkosten, die auch im Rahmen der Regressionsanalyse als eine Determinante des regionalen Beschäftigungswachstums berücksichtigt wurden, zählen wie Bodenpreise oder die Infrastrukturausstattung zu den klassischen harten Standortfaktoren. Die Arbeitskosten liegen in Schleswig-Holstein 2004 gemessen an den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer bei 94% des Bundesdurchschnitts. In keinem anderen westdeutschen Bundesland sind die Lohnkosten gegenwärtig niedriger. Die Lohnkosten sind zudem in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren nur unterdurchschnittlich gestiegen. Zwischen 2001 und 2004 haben die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im

⁶ Verschiedene Indikatoren zur Erreichbarkeit deutscher Regionen werden durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zur Verfügung gestellt (<http://www.bbr.bund.de/>).

Land um 2,9% zugenommen, bundesweit dagegen um 3,1%. Der Standortvorteil, den Schleswig-Holstein im Bereich der Arbeitskosten gegenüber anderen deutschen Regionen besitzt, bleibt auch erhalten, wenn Produktivitätsunterschiede berücksichtigt werden. Die Lohnstückkosten (Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität⁷) liegen im nördlichsten Bundesland 2004 bei rund 96% des Bundesdurchschnitts. Lediglich in Hessen und Hamburg sind die Lohnstückkosten geringer als in Schleswig-Holstein.

Inwieweit die bestehenden Standortdefizite in den Bereichen FuE, Verkehrsanbindung und Marktnähe die Entwicklungsaussichten des Landes insbesondere in Bezug auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beeinträchtigen, wird im Abschnitt 5 ausführlicher diskutiert. Der im Zuge der Regressionsanalyse ermittelte Standorteffekt kann weiteren Aufschluss über das Zusammenwirken unterschiedlicher Standortbedingungen im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Land geben.

3.4 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein kaum verändert. Zwischen 1991 und 2004 nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Land lediglich um 0,4% zu. Damit hebt sich die Entwicklung im Land zwar leicht positiv von der Veränderung in Deutschland insgesamt ab (-0,03%). Im Vergleich mit den anderen westdeutschen Bundesländern schneidet Schleswig-Holstein aber ungünstig ab. In den westdeutschen Ländern nahm die Erwerbstätigkeit im Mittel um mehr als 4% zu. Bemerkenswert ist, dass Schleswig-Holstein bei der Entwicklung des BIP im gleichen Zeitraum besser abgeschnitten hat. Mit einem Wachstum von fast 13% liegt das Land im Mittelfeld – noch vor Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Bei der Erwerbstätigenentwicklung liegt dagegen mit Bremen nur ein westdeutsches Bundesland hinter Schleswig-Holstein.⁸ Dieser Zusammenhang steht im Einklang mit einem aus Arbeitsmarktsicht problematischen Befund von Herrmann/Riekhoff (2004), die feststellen, dass in den vergangenen Jahren offenbar die Beschäftigungsschwelle in Schleswig-Holstein gestiegen ist. D.h. das Wachstum des BIP, das für eine Expansion der Erwerbstätigkeit erreicht werden muss, hat zugenommen und liegt zudem über dem für Westdeutschland zu beobachtenden Wert. Allerdings beschränkt sich dieses ungünstige Resultat den Ergebnissen zufolge auf zwei Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein: das Verarbeitende Gewerbe und den Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. In der Veränderung der Beschäftigungsschwelle spiegelt sich zum einen ein relativ starker Anstieg der Arbeitsproduktivität wider. Teilweise basiert also die Zunahme der Beschäftigungsschwelle durchaus auf positiven Entwicklungstendenzen. Auf der anderen Seite ist der Befund nach Ansicht der Autoren aber auch Ausdruck geringerer Beschäftigungsimpulse. In diesem Zusammenhang sind bestehende Kapazitätsreserven von Bedeutung. Bei relativ schwachen Nachfrageimpulsen können notwendige Produktionsausweitungen über bestehende Kapazitäten und eine Erhöhung der Arbeitsintensität, d.h. eine Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden. Da zudem sektorspezifische Beschäftigungsschwellen in Deutschland erheblich voneinander abweichen, dürfte die durchschnittliche Schwelle für eine Region nicht unwesentlich auch durch die Branchenstruktur beeinflusst werden. Ergebnisse in Buscher et al. (2000) zeigen, dass die Beschäftigungsschwelle für das Baugewerbe geringer ist als für den Sektor Handel und Verkehr. Der höchste Wert wird für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland ermittelt. Die Schwellen für das

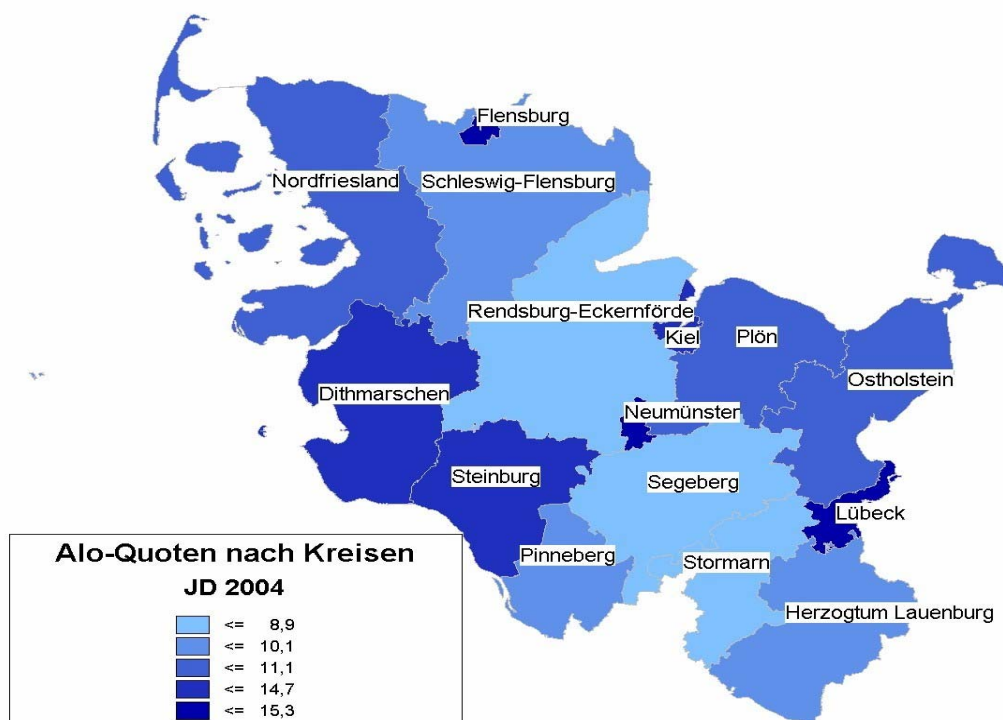
⁷ Es wird das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Beziehung gesetzt zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

⁸ Auswertungen auf der Grundlage von Daten aus der VGR der Länder (http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis_VGR/).

Verarbeitende Gewerbe und den Bereich Handel und Verkehr sind darüber hinaus durch erhebliche Schwankungen im Zeitablauf gekennzeichnet.⁹

Im Einklang mit der schwachen Beschäftigungsentwicklung seit Anfang der 90er Jahre steht die für westdeutsche Verhältnisse überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Lande. Im Jahresdurchschnitt 2004 betrug die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein 11,1% (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen), in Westdeutschland 9,4%. Vom Landesdurchschnitt weichen die regionalen Arbeitsmarktbedingungen in starkem Maße nach oben und unten ab. Eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit ist insbesondere im Hamburger Umland und im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu beobachten (vgl. Abb. 2). In diesen Regionen liegt die Arbeitslosenquote unter 10%. Deutlich angespannter ist die Arbeitsmarktlage vor allem in den kreisfreien Städten mit Quoten zwischen 14,7% in Kiel und 15,3% in Flensburg und Lübeck. Zu Beginn des Jahres 2005 sind die Arbeitslosenquoten infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in allen Regionen Schleswig-Holstein deutlich gestiegen. Auf die regionalen Disparitäten im Land hat sich die Arbeitsmarktreform bislang aber nicht ausgewirkt. So wiesen auch im Mai 2005 die kreisfreien Städte mit 19,4% eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit auf als die Landkreise mit 10,9% (vgl. Regionaldirektion Nord 2005).

Abb. 2: Regionale Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein (Jahresdurchschnitt 2004)



Ein zentrales Kennzeichen des Arbeitsmarktes im nördlichsten Bundesland ist die ausgeprägte Saisonabhängigkeit. Aufgrund der überdurchschnittlichen Bedeutung von Branchen wie der Bauwirtschaft, dem Fremdenverkehr und der Landwirtschaft, die in starkem Maße durch den Einsatz von Saisonarbeitskräften geprägt werden, sind die Arbeitsmarktbedingungen durch relativ markante saisonale Schwankungen gekennzeichnet. Auf diese Bereiche entfielen 2003 in Schleswig-Holstein rund 12,6%

⁹ Unterschiede in den Beschäftigungsschwellen auf der internationalen Ebene können zudem durch die Ausgestaltung von Güter- und Arbeitsmarktregulierungen beeinflusst werden. Siehe hierzu Walwei (2002).

aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Damit liegt der Beschäftigtenanteil der stark saisonabhängigen Wirtschaftszweige mehr als 2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Aufgrund dieser Spezialisierung fällt die Variation der monatlichen Arbeitslosenquoten im Jahresverlauf – gemessen am Variationskoeffizienten – in Schleswig-Holstein höher als im Bundesdurchschnitt aus. Auch anhand der Spannbreite der Quoten ist die ausgeprägte Saisonabhängigkeit des Landes zu erkennen. So war die Differenz zwischen dem Höchst- und dem Tiefststand der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein in 2004 um 40% höher als in Deutschland insgesamt.

Die relativ hohe Saisonabhängigkeit dürfte auch dazu beitragen, dass die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein in den vergangenen 15 Jahren im Allgemeinen geringer war als in Westdeutschland oder dem Bundesdurchschnitt. Allerdings hat das Land diesen Vorteil seit Ende der 90er Jahre sukzessiv eingebüßt. Noch 1999 war die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein um annähernd 3 Wochen kürzer als im Mittel der westdeutschen Länder. Zwischen 1999 und 2004 hat jedoch eine fast vollständige Angleichung stattgefunden. 2004 dauerte eine Arbeitslosigkeitsperiode in Schleswig-Holstein 35,3 Wochen, in Westdeutschland 35,4 Wochen. Parallel dazu ist eine Angleichung bei den Anteilen der Langzeitarbeitslosen am Gesamtbestand zu beobachten. Im Jahr 2000 wies das Land noch einen um 4 Prozentpunkte geringeren Anteil als Westdeutschland auf. Bis 2004 hat sich dieser Abstand auf einen Prozentpunkt reduziert. Gegenwärtig sind in Schleswig-Holstein etwa 34% der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.

Ein wesentliches Merkmal des Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein besteht in der engen Verflechtung mit der Stadt Hamburg. Mehr als 137.000 Beschäftigte mit Wohnort in Schleswig-Holstein hatten 2004 einen Arbeitsplatz in Hamburg. Damit pendelt rund jeder fünfte Beschäftigte mit Wohnsitz im nördlichsten Bundesland in die Hansestadt. Nach wie vor ist die Arbeitskräftemobilität zwischen den beiden Bundesländern damit vorwiegend durch die zentripetale Mobilität in Richtung des Agglomerationszentrums Hamburg gekennzeichnet. Durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus der Kernstadt in das Hamburger Umland löst sich dieses dominierende Muster der Pendlerverflechtung aber zunehmend auf. Es existieren inzwischen auch beachtliche Pendlerströme aus Hamburg in die benachbarten Regionen Schleswig-Holsteins – 2004 fast 44.000 Beschäftigte. Das sind rund 5,6% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.¹⁰

Während der südliche Landesteil durch äußerst intensive Pendlerverflechtungen mit den angrenzenden Bundesländern – insbesondere mit Hamburg – gekennzeichnet ist, hemmt die Grenze mit Dänemark nach wie vor die Arbeitskräftemobilität im Norden des Landes. Dabei sollte gerade aufgrund der deutlichen Unterschiede in der Höhe der Arbeitslosigkeit beiderseits der Grenze ein nicht unwesentliches Potential für Arbeitskräftewanderungen und grenzüberschreitendes Pendeln bestehen. So wies Schleswig-Holstein mit einer Quote von 8,7% in 2003 eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit auf als die unmittelbar angrenzende dänische Region Sønderjyllands Amt mit 5,6%.¹¹ Die EU Kommission führt die geringe grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität in Europa auf immer noch bestehende administrative und gesetzliche Hemmnisse (insbesondere im Hinblick auf Besteuerung und Sozialversicherungssysteme), Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede zurück (vgl. Commission of the European Communities 2002). Analysen zur deutsch-dänischen Grenzregion weisen darauf hin, dass das grenz-

¹⁰ Angaben basieren auf Stichtagsdaten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30.06.2004.

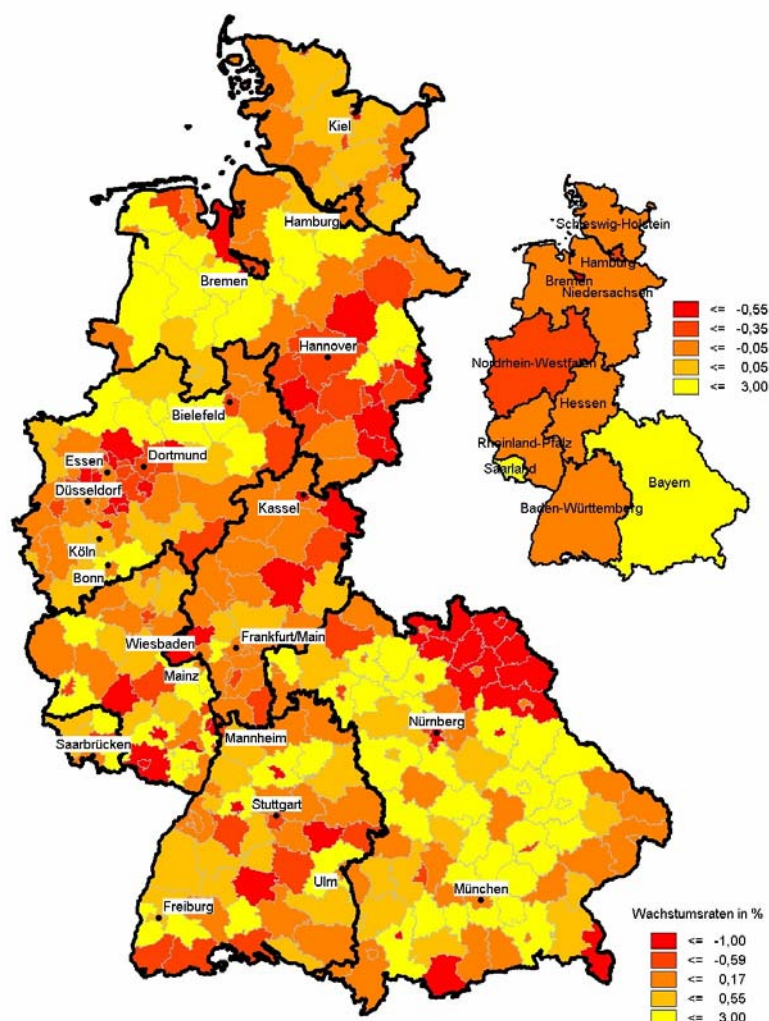
¹¹ Die hier ausgewiesene Arbeitslosenquote für Schleswig-Holstein basiert auf EU-weit vergleichbaren Daten aus der Regionaldatenbank von EUROSTAT. Sie weicht von den entsprechenden Angaben der Bundesagentur für Arbeit ab.

überschreitende Pendleraufkommen beim Abbau aller noch bestehenden Hemmnisse etwa um das Zehnfache steigen müsste. Charakteristisch ist zudem für die Arbeitskräftemobilität im Grenzraum, dass ein nicht unwesentlicher Teil der grenzüberschreitenden Pendlerverflechtungen auf einen Wohnortwechsel zurückzuführen ist und nicht auf eine aktive Arbeitsplatzsuche jenseits der Grenze. Das bedeutet, der Arbeitsort dieser Grenzpendler in Deutschland (Dänemark) wird beibehalten, während der Wohnort nach Dänemark (Deutschland) verlagert wird (vgl. Hansen/Nahrstedt 2000).

4 Bundesländervergleich

Im Folgenden werden erste Resultate des Analysemodells für die westdeutschen Bundesländer im Überblick dargestellt. Der Abschnitt soll eine Einordnung der detaillierten Ergebnisse für Schleswig-Holstein in den westdeutschen Kontext ermöglichen. Im Überblick der westdeutschen Bundesländer fällt auf, dass im Untersuchungszeitraum zwischen 1993 und 2001 mit Bayern (+0,15%) und dem Saarland (+0,07%) lediglich zwei Länder eine positive Beschäftigungsentwicklung durchlaufen haben. Der größte Beschäftigungsverlust mit einem durchschnittlichen jährlichen Abbau von 0,37% ist unter den Flächenländern für Nordrhein-Westfalen zu beobachten. In der ungünstigen Entwicklung schlägt sich vermutlich nach wie vor die Standortkrise des Ruhrgebiets nieder. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen sowie Niedersachsen und Schleswig-Holstein weisen mäßige Arbeitsplatzverluste auf. Sehr negative Entwicklungstendenzen zeigen sich dagegen in den Stadtstaaten Bremen (-1%) und Hamburg (-0,38%). In diesem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der engen räumlichen Abgrenzung der Stadtstaaten in diesen Veränderungsdaten auch die Suburbanisierung von Arbeitsplätzen widerspiegelt, welche das Beschäftigungswachstum aller Städte im Beobachtungszeitraum nicht unwesentlich beeinflusst.

Abb. 3: Regionale Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland 1993-2001

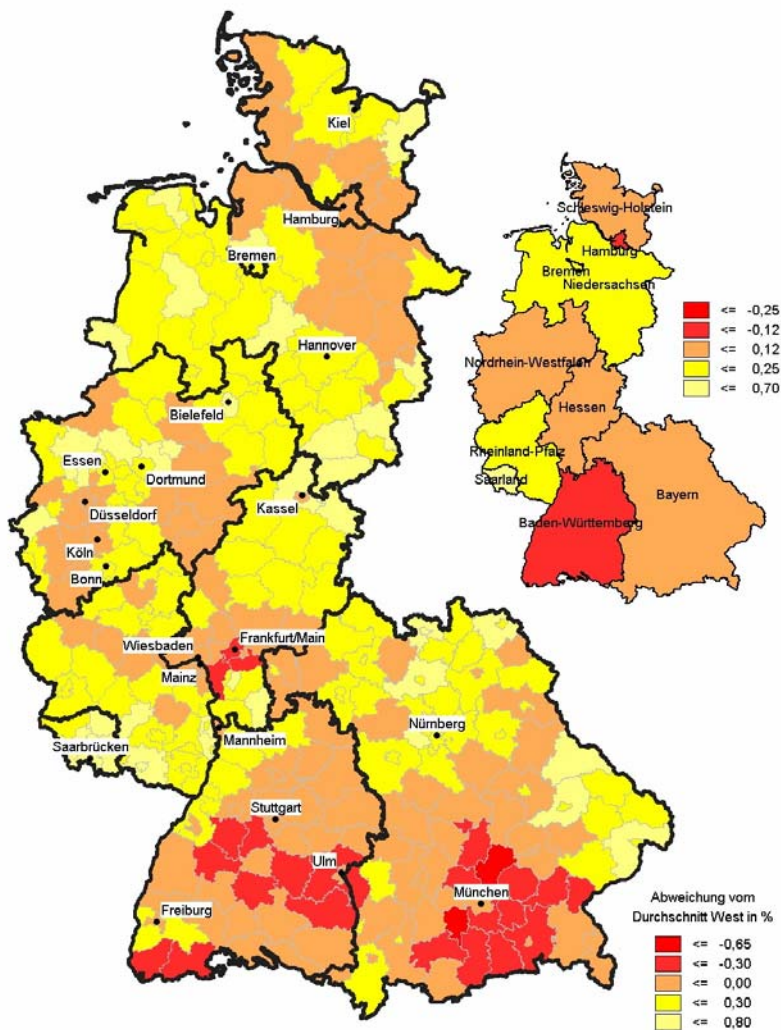


Die Differenzen zwischen den Bundesländern werden deutlich von der Heterogenität innerhalb der Länder dominiert (vgl. Abb. 3). In allen Bundesländern finden sich gleichermaßen Regionen mit deutlichen Beschäftigungszuwächsen und Gebiete, die einen starken Beschäftigungsabbau zu verkraften hatten. So überdeckt beispielsweise die insgesamt günstige Entwicklung in Bayern, dass die Regionen im Nordosten Bayerns aufgrund massiver Arbeitsplatzverluste bezüglich der Arbeitsmarktentwicklung am unteren Ende der Skala aller westdeutschen Kreise anzusiedeln sind. Ebenso ist zu erkennen, dass auch in Nordrhein-Westfalen einige Regionen nördlich des Ruhrgebiets entgegen dem Landestrend eine recht positive Entwicklung im Beobachtungszeitraum durchlaufen haben, während die Beschäftigungsentwicklung im Ruhrgebiet und im Bergischen Land durch die anhaltende Strukturkrise geprägt wird. Entsprechende Wachstumsunterschiede sind auch für die anderen Flächenländer festzustellen. Insgesamt schneiden die Kernstädte in den Flächenländern (insbesondere die Ruhrgebietsstädte, Mannheim, Stuttgart, Hannover) ähnlich ungünstig ab wie Hamburg und Bremen, doch werden hier die Verluste der Agglomerationszentren aufgrund der Abgrenzung der Stadtstaaten nicht durch die zumeist recht expansive Entwicklung im Umland der Ballungszentren kompensiert. Daher weisen die Flächenländer insgesamt eine günstigere Entwicklung auf als die Stadtstaaten.

Lohneffekte

Im Rahmen der Regressionsanalyse wird ein negativer Effekt des Lohnniveaus auf das regionale Beschäftigungswachstum ermittelt. Der Lohneffekt, also die gewichtete Summe aus der Wirkung des regionalen Lohnniveaus auf die Beschäftigungsentwicklung aller Branchen, weist eine gewisse Nord-Süd-Systematik auf. Negative Effekte eines relativ hohen Lohnniveaus werden für die süddeutschen Länder Bayern, Baden-Württemberg und Bayern ermittelt (vgl. Abb. 4). Den stärksten negativen Effekt weist jedoch die Hansestadt Hamburg mit -0,24 Prozentpunkten auf. Dieses Ergebnis impliziert, dass die Beschäftigungsentwicklung in Hamburg aufgrund eines relativ hohen Lohnniveaus um 0,24 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Wachstum hoch verdichteter Ballungszentren in Westdeutschland liegen müsste. Der günstigste Lohneffekt ergibt sich für das Saarland mit +0,61 Prozentpunkten. Auch in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wirkt sich das Relativlohniveau insgesamt beschäftigungsfördernd aus. Hochlohnregionen finden sich dagegen vor allem in Süddeutschland in und um München, in einigen Gebieten Baden-Württembergs und im Großraum Frankfurt. Vielfach sind Regionen mit eher ungünstiger Beschäftigungsentwicklung durch einen positiven Lohneffekt gekennzeichnet, während in Gebieten mit einer insgesamt expansiven Entwicklung ein hohes Lohnniveau häufig dämpfend auf das Beschäftigungswachstum wirkt. In diesen Regionen muss es also andere Einflussfaktoren geben, welche die negative Wirkung eines relativ hohen Lohnniveaus in Bezug auf die Beschäftigungsentwicklung überkompensieren.

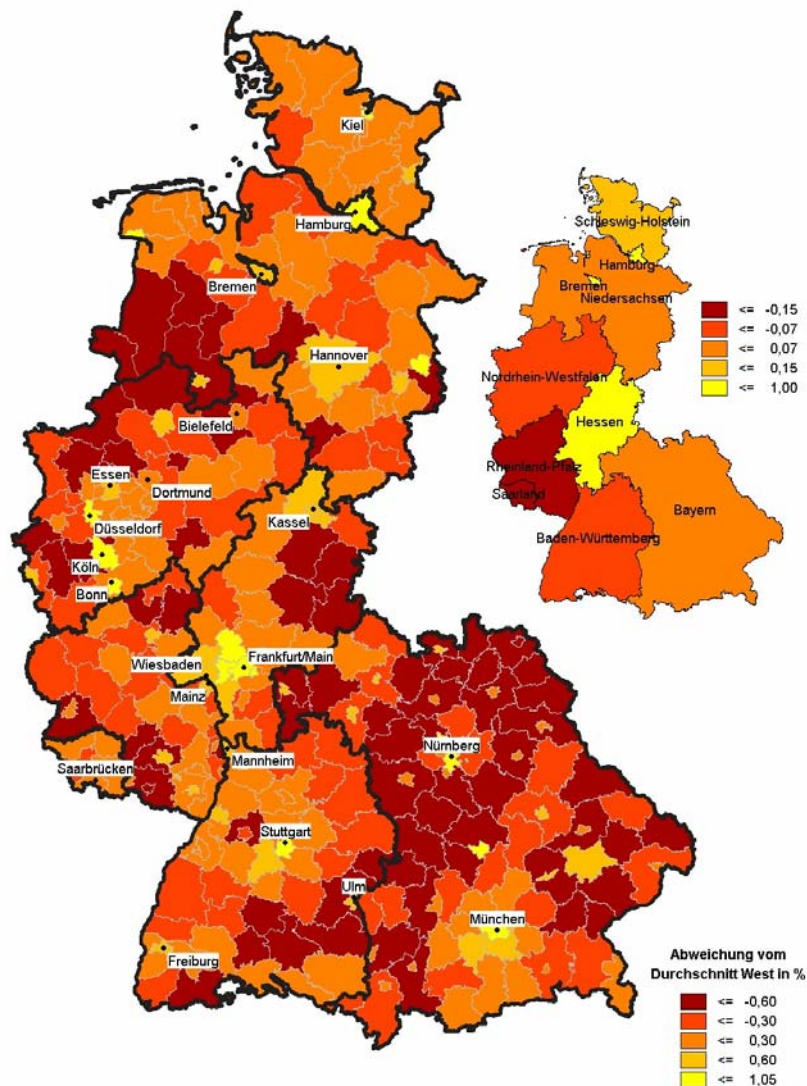
Abb. 4: Lohneffekte in westdeutschen Regionen



Brancheneffekte

Während das Lohnniveau eher mittelfristige Auswirkungen auf die Beschäftigung hat, spielt langfristig vor allem die Branchenstruktur eine gewichtige Rolle. Der Brancheneffekt fällt insbesondere für das Saarland (-0,17 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (-0,25 Prozentpunkte) deutlich negativ aus, während die Branchenstruktur beispielsweise in Hessen positiv auf das Beschäftigungswachstum wirkt. Auffällig ist, dass insbesondere Ballungszentren einen positiven Brancheneffekt aufweisen (vgl. Abb. 5). Auf der Länderebene spiegelt sich dies in den recht ausgeprägten positiven Brancheneffekten der Stadtstaaten Bremen (+0,41 Prozentpunkte) und Hamburg (+0,81 Prozentpunkte) wider. Die primäre Ursache dieser Unterschiede ist in dem in Agglomerationen stark überrepräsentierten tertiären Sektor zu sehen. Die Kernstädte fungieren in der räumlichen Arbeitsteilung in der Regel als Dienstleistungszentren für die benachbarten, weniger verdichteten Gebiete.

Abb. 5: Brancheneffekte in westdeutschen Regionen

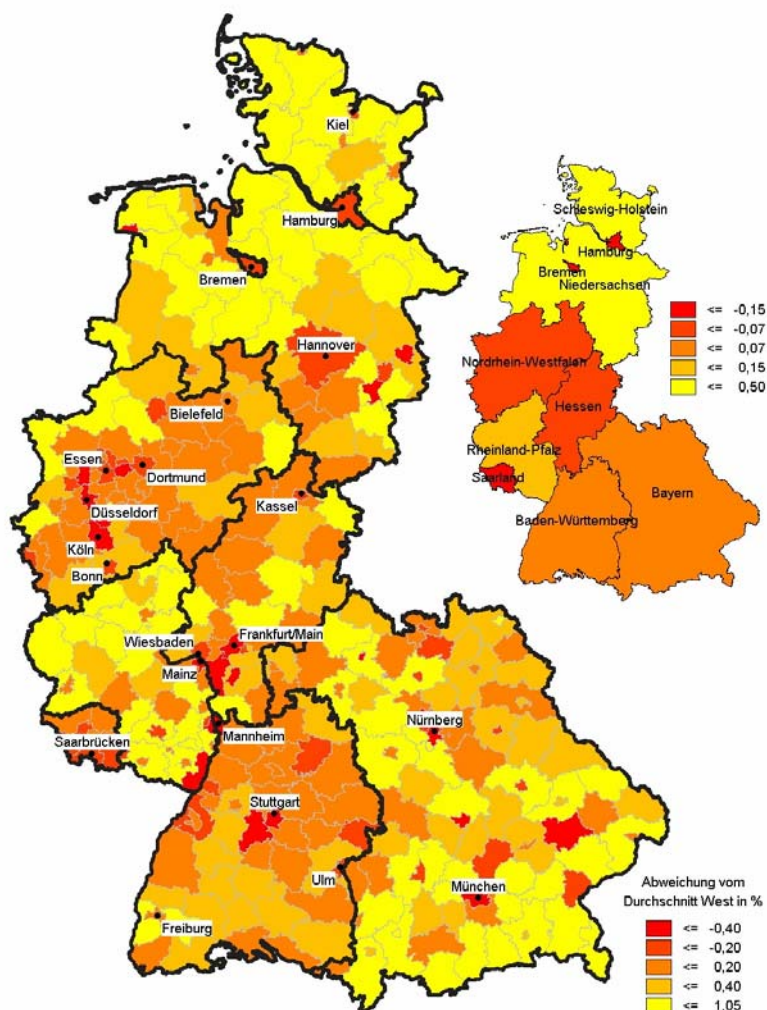


Hamburg weist im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt Spezialisierungen in den Branchen Verkehr/Nachrichten, Kredit/Versicherung und freizeit- sowie wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen auf, während in Bremen ebenfalls der Bereich Verkehr/Nachrichten stark vertreten ist. Daneben existiert mit dem Fahrzeugbau aber auch ein Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe. Ausnahmen vom Stadt-Land-Muster des Brancheneffekts bilden die Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes, deren Struktur noch immer von Krisensektoren (z.B. Bergbau, Leder/Textil) geprägt wird und die auch den Brancheneffekt für Nordrhein-Westfalen (-0,12 Prozentpunkte) dominieren. Im Fall von Rheinland-Pfalz spielt die Spezialisierung des Kreises Ludwigshafen auf die chemische Industrie eine gewichtige Rolle im Hinblick auf den negativen Gesamteffekt der Wirtschaftsstruktur. Der positive Beschäftigungseffekt der Spezialisierung, der für Hessen ermittelt wird, dürfte einerseits auf die im Rhein-Main-Gebiet stark vertretenen wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen zurückzuführen sein. Andererseits wirkt sich in diesem Fall auch das vergleichsweise geringe Gewicht schrumpfender Branchen wie z.B. der Metallverarbeitung oder des Baugewerbes aus.

Betriebsgrößeneffekte

Insgesamt ergibt sich aus der Betriebsgrößenstruktur ein im Vergleich zu anderen erklärenden Variablen eher geringer Einfluss auf das Beschäftigungswachstum westdeutscher Regionen. Positiv schneiden beim Betriebsgrößeneffekt vor allem die norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein (+0,37 Prozentpunkte) und Niedersachsen (+0,16 Prozentpunkte) ab (vgl. Abb. 6). Darüber hinaus wird für Rheinland-Pfalz ein positiver Effekt der Betriebsgrößenstruktur ermittelt. Insbesondere Schleswig-Holstein profitiert davon, dass Firmen mittlerer Größe in der Region stark überrepräsentiert sind, während das Gewicht großer Betriebe, das sich dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung auswirkt, weit unterdurchschnittlich ist. Negativ fällt der Betriebsgrößeneffekt für das Saarland, Hessen, Nordrhein-Westfalen und vor allem die Stadtstaaten aus. Den stärksten negativen Effekt weist Hamburg mit -0,33 Prozentpunkten auf. Auch der Betriebsgrößeneffekt ist also ebenso wie die Wirkung der Branchenstruktur durch systematische Stadt-Land-Gegensätze gekennzeichnet. Während die Städte beim Brancheneffekt jedoch in der Regel gut abschneiden, wirkt der Betriebsgrößeneffekt vorwiegend negativ auf das Wachstum in den Kernstädten, weil sie häufig Standort von Großbetrieben sind.

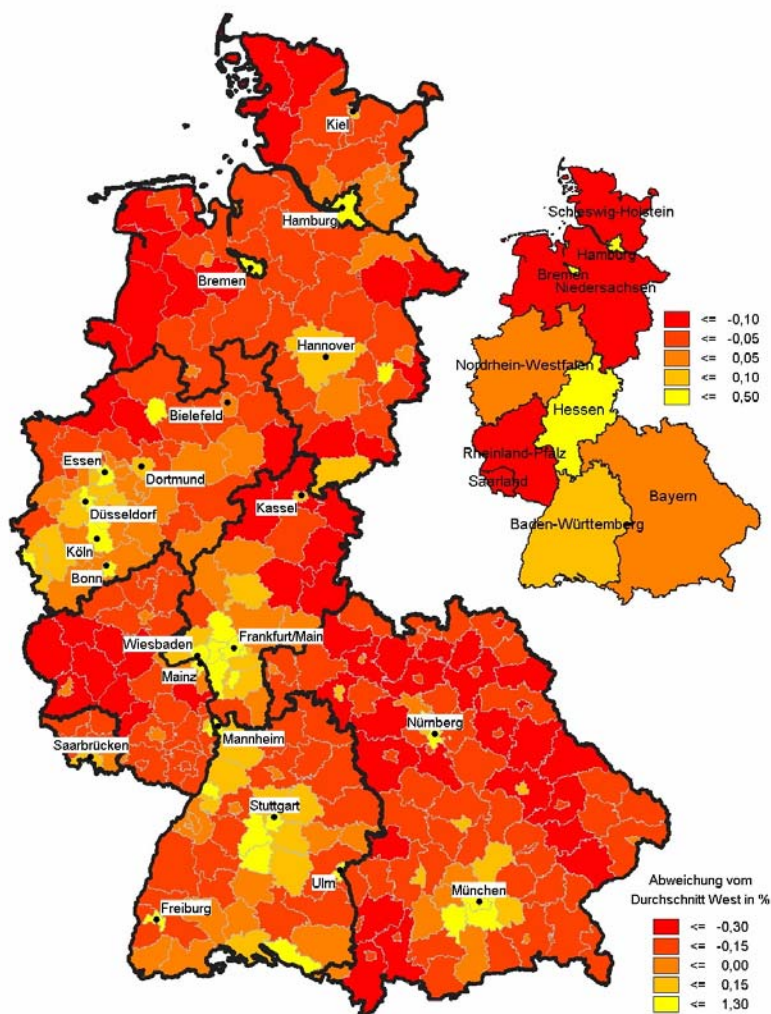
Abb. 6: Betriebsgrößeneffekte in westdeutschen Regionen



Qualifikationseffekt

Auch die Qualifikationsstruktur liefert nur einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Erklärung des regionalen Beschäftigungswachstums in Westdeutschland. Der günstigste Effekt unter den Flächenländern tritt in Hessen (+0,18 Prozentpunkte) auf, welches vom hohen Anteil der hoch Qualifizierten im Großraum Frankfurt profitiert. Der positive Effekt für Baden-Württemberg basiert dagegen in erster Linie auf der Region um Stuttgart, während der positive Effekt für Bayern aus der günstigen Qualifikationsstruktur in und um München resultiert. Ein schwach positiver Effekt ist noch für Nordrhein-Westfalen zu beobachten, wobei auch hier Kernstädte den Ausschlag für die Gesamtwirkung geben. Neben der Präsenz von Universitäten oder Forschungseinrichtungen in Kernstädten kann auch die Ansiedlung von forschungs- und wissensintensiven Unternehmen in deren Nähe als Ursache für den hohen Anteil hoch Qualifizierter angeführt werden. Zudem spielt auch die Wirtschaftsstruktur in diesem Zusammenhang eine Rolle. So sind wirtschaftsbezogene Dienstleistungen, die in starkem Maße auf den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen sind, vorwiegend in den Agglomerationszentren angesiedelt. Aus diesen Gründen schneiden auch beim Qualifikationseffekt die Stadtstaaten recht positiv ab. Ansonsten ergibt sich auf der Kreisebene ein relativ homogenes Bild mit geringen Abweichungen in beide Richtungen.

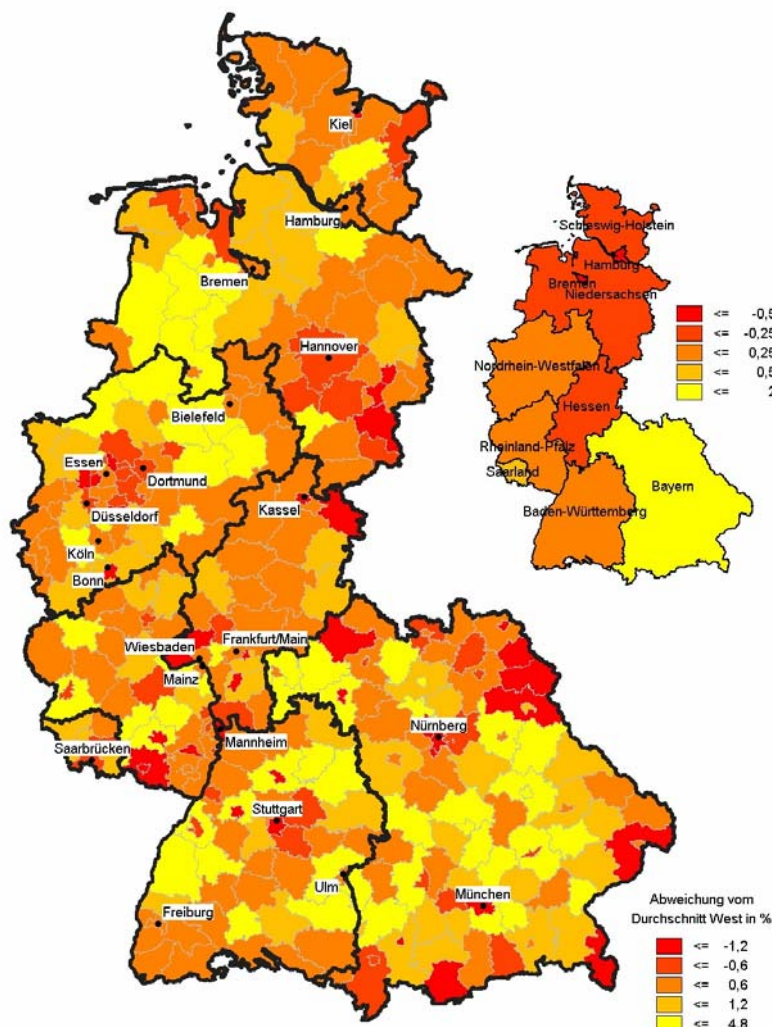
Abb. 7: Qualifikationseffekte in westdeutschen Regionen



Standorteffekte

Die Standorteffekte zeigen, dass die Wirkung der sonstigen Standortbedingungen auf das Beschäftigungswachstum relativ ausgeprägt ist. Die Effekte schwanken zwischen -1,72 und +0,53 Prozentpunkten. Auf der Bundeslandebene schneidet Bayern mit +0,53 Prozentpunkten am günstigsten ab. Auch in Baden-Württemberg (+0,18 Prozentpunkte) und dem Saarland (+0,40 Prozentpunkte) dominieren expansive Impulse der landesspezifischen Standortbedingungen auf das Beschäftigungswachstum. Für Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen werden leicht negative Standorteffekte ermittelt. Etwas deutlicher fällt die negative Wirkung in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus. Die räumliche Struktur der Standorteinflüsse ist somit durch ein gewisses Nord-Süd-Gefälle gekennzeichnet (vgl. Abb. 8). Auch in Bremen und Hamburg wirken die nicht explizit in der Regressionsanalyse berücksichtigten Standortbedingungen sehr dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung. Die Standorteffekte auf der Kreisebene verdeutlichen, dass die stark negativen Standorteffekte der Stadtstaaten letztlich Standortnachteile widerspiegeln, die mehr oder weniger deutlich offenbar in fast allen Kernstädten Deutschlands wirksam sind. Während die Kernstädte zumeist negative Standorteffekte aufweisen, bietet insbesondere das Umland offensichtlich recht günstige Standortbedingungen. Für die umliegenden Kreise ergeben sich in der Regel positive regionsspezifische Standorteinflüsse auf das Beschäftigungswachstum, die tendenziell mit abnehmender Verdichtung steigen.

Abb. 8: Standorteffekte in westdeutschen Regionen



5 Regressionsergebnisse für das Land Schleswig-Holstein

Von 1993 bis 2001 nahm die Beschäftigung in Schleswig-Holstein durchschnittlich um 0,22% pro Jahr ab. Damit fiel der Abbau von Arbeitsplätzen im Land etwas stärker als im Durchschnitt der westdeutschen Länder (-0,19%) aus. Das VALA-Modell bildet die Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein relativ präzise ab. Das Modell projiziert eine jährliche Veränderungsrate von -0,26%.¹² Auf der regionalen Ebene ist die Beschäftigungsentwicklung durch eine enorme Spannbreite gekennzeichnet (vgl. Tab. 1).¹³ Die stärksten Verluste von Beschäftigungsmöglichkeiten hatte die Stadt Kiel mit -1,11% zu verkraften. In allen kreisfreien Städten des Landes hat die Beschäftigung im Analysezeitraum erheblich abgenommen. Auf der anderen Seite ist eine Reihe von Regionen durch deutliche Beschäftigungszuwächse gekennzeichnet. Besonders günstig fiel die Entwicklung in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde (+0,46%) und Segeberg (+0,42%) aus.

Tabelle 1: Regionales Beschäftigungswachstum und Modellprojektion 1993-2001

Typ	Kreis/Stadt	Beschäftigungswachstum 1993-2001 (in %)	
		Beobachtung	Projektion des Modells ^{a)}
Kreisfreie Stadt	Flensburg	-0,65	-0,75
	Kiel	-1,11	-1,28
	Lübeck	-0,98	-1,01
	Neumünster	-0,95	-0,90
Kreis	Dithmarschen	-0,10	-0,29
	Herzogtum		
	Lauenburg	0,24	0,15
	Nordfriesland	0,05	-0,07
	Ostholstein	-0,42	-0,42
	Pinneberg	0,19	0,57
	Plön	0,27	0,48
	Rendsburg-Eckernförde	0,46	0,10
	Schleswig-Flensburg	0,26	0,60
	Segeberg	0,42	0,79
	Steinburg	-0,49	-1,02
	Stormarn	0,12	-0,28

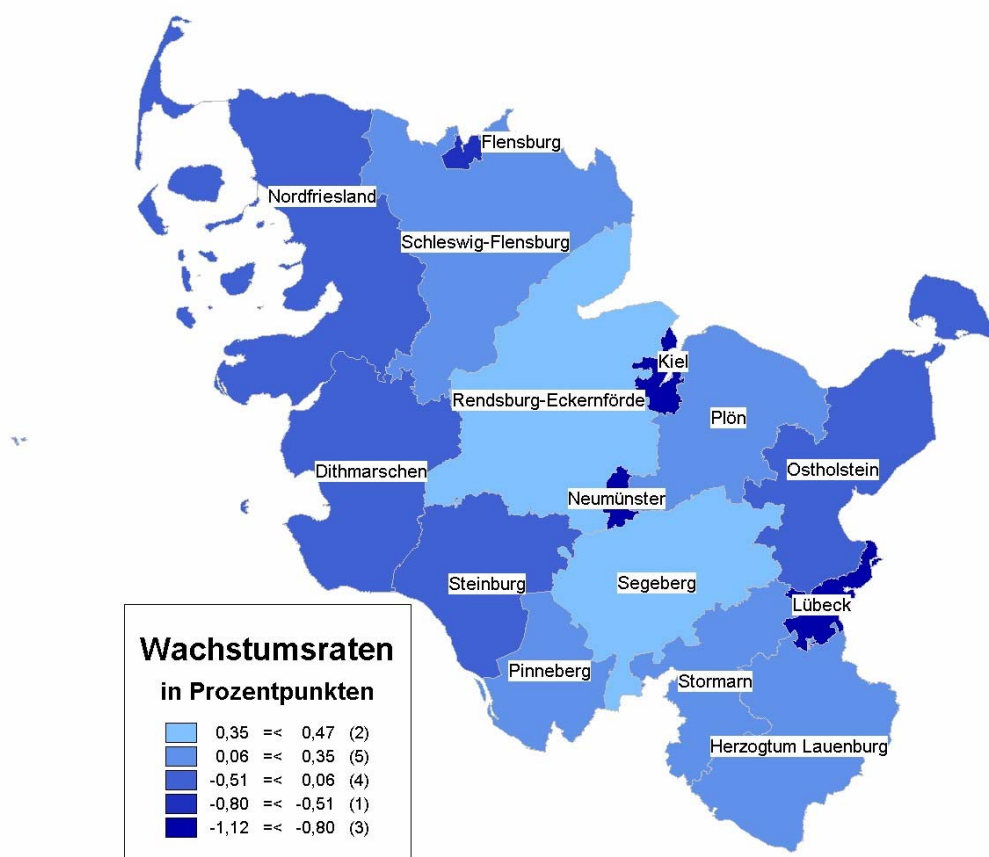
Anmerkung: a) Hypothetischer, vom Modell projizierter Wert für das Beschäftigungswachstum der Region, der sich aufgrund der ermittelten Wirkungszusammenhänge ergeben würde.

¹² Aktuell stellt sich die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Schleswig-Holstein ungünstiger dar. Zwischen 2001 und 2004 ist die Zahl der Beschäftigten um rund 4,8% gesunken. Unter den westdeutschen Bundesländern wies allein Nordrhein-Westfalen (-5,0%) in diesem Zeitraum ausgeprägtere Arbeitsplatzverluste auf. Schleswig-Holstein, das im Analysezeitraum die Beschäftigungsdynamik betreffend noch eine mittlere Position einnahm, ist damit in der Rangfolge der Bundesländer in den letzten Jahren um einige Plätze abgerutscht. Die Angaben basieren auf Stichtagsdaten zum 30.06. aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Im Gegensatz zu den in das VALA-Modell einfließenden Daten handelt es sich hierbei nicht um Vollzeitäquivalente.

¹³ Alle Ergebnisse auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte sind in einer Tabelle im Anhang zusammengefasst.

Die regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung weisen gewisse Regelmäßigkeiten auf, die Hinweise auf die hinter den Wachstumsunterschieden stehenden Prozesse liefern können. Zum einen ist festzustellen, dass sich die kreisfreien Städte wesentlich ungünstiger entwickelt haben als alle anderen Regionen des Landes. Eine positive Veränderung der Beschäftigung ist vor allem in den Kreisen des Hamburger Rands zu beobachten. Und schließlich ist zu erkennen, dass die Regionen an der Nordseeküste in ihrer Wachstumsdynamik nach unten von den anderen Landkreisen abweichen (vgl. Abb. 9). Eine zentrale Rolle für die Erklärung dieser Disparitäten spielt die Suburbanisierung der Beschäftigung, die das regionale Beschäftigungswachstum in Schleswig-Holstein seit langem prägt. Infolge der Verlagerungstendenzen von Arbeitsplätzen aus den Kernstädten in die Umlandregionen entwickeln sich die geringer verdichteten Gebiete im Umland der Städte besser als die Städte selbst. Die Suburbanisierung ist auch eine wesentliche Komponente der günstigen Entwicklung in den Kreisen des Hamburger Umlands. Und schließlich dürften die Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Landesteilen außerhalb der Kernstädte ebenfalls zumindest teilweise mit den bestehenden Suburbanisierungstendenzen zu erklären sein. Die größeren kreisfreien Städte sind ausschließlich im Osten des Landes lokalisiert. Daher profitieren vorwiegend die geringer verdichteten Gebiete im östlichen Landesteil von den Verlagerungstendenzen aus den Agglomerationszentren.

Abb.9: Beschäftigungswachstum in den Regionen Schleswig-Holsteins 1993-2001



Die Befunde bezüglich der räumlichen Disparitäten bestätigen die Resultate anderer Arbeitsmarktanalysen Schleswig-Holsteins. Herrmann/Riekhof (2004) kommen zu dem Ergebnis, dass der Hamburger Rand den wichtigsten Entwicklungsmotor des Landes darstellt. Eine wesentliche Triebfeder des räumlichen Strukturwandels im Land besteht daher in der Suburbanisierung innerhalb der Metropolregion

Hamburg. Ende der 90er Jahre hat sich der Suburbanisierungsprozess allerdings merklich abgeschwächt. Darauf weisen auch die regionalen Wachstumsunterschiede zwischen den Städten und Landkreisen in Schleswig-Holstein am aktuellen Rand zwischen 2001 und 2004 hin. In diesem Zeitraum verringerte sich die Beschäftigung in den kreisfreien Städten um 4,85%, in den Landkreisen um 4,84%. Die stärksten Arbeitsplatzverluste werden nicht mehr für die Städte ermittelt – besonders Kiel schneidet in den letzten Jahren mit einem Rückgang von weniger als 4% vergleichsweise günstig ab. Die gravierendsten Beschäftigungseinbrüche von mehr als 9% ergeben sich außerhalb der Städte in den Landkreisen Dithmarschen und Plön. Inwieweit die Abschwächung der Suburbanisierung eine dauerhafte Veränderung des räumlichen Strukturwandels im Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein/Hamburg darstellt oder lediglich ein vorübergehendes, konjunkturbedingtes Phänomen, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschließend beantworten.

5.1 Lohneffekt

Ein signifikanter Effekt des regionalen Lohnniveaus auf die Beschäftigungsentwicklung wird bundesweit im Rahmen der Regressionsanalyse lediglich für 8 Wirtschaftszweige ermittelt. Es ergeben sich fast ausschließlich negative Wirkungen hoher Löhne auf das Beschäftigungswachstum der betreffenden Branchen.¹⁴ Lediglich für den Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung stellt sich ein positiver Koeffizient des Lohnniveaus ein. Insofern dominiert offenbar der Kostenaspekt hoher Löhne. Als lohnkostensensitiv erweisen sich den Resultaten zufolge insbesondere der Bergbau, die chemische Industrie, der Fahrzeugbau, der Bereich Ernährung/Tabak, das Baugewerbe sowie die Bereiche Verkehr/Nachrichten und Erziehung/Unterricht. Für Schleswig-Holstein resultiert aus den branchenspezifischen Lohneffekten in Verbindung mit der Wirtschaftsstruktur des Landes und einem leicht unterdurchschnittlichen Relativlohn ein geringer positiver Lohneffekt (+0,05 Prozentpunkte). Zum recht moderaten Lohneffekt trägt vermutlich bei, dass besonders lohnkostensensitive Bereiche wie der Bergbau, die chemische Industrie oder der Fahrzeugbau in der Wirtschaft des Landes nur ein vergleichsweise niedriges Gewicht besitzen. Andererseits sind aber die Beschäftigungsanteile des Ernährungsgewerbes, der Bauindustrie und des Bereichs Verkehr/Nachrichten in Schleswig-Holstein höher als im Mittel der westdeutschen Länder. Zudem ist das relative Lohnniveau im Land, d.h. die Lohnhöhe bereinigt um die Wirkungen der Qualifikations-, Firmengrößen- und Branchenstruktur, vergleichsweise niedrig. Zu beachten ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass dieser Standortvorteil im westdeutschen Vergleich überraschend gering ausfällt. Lediglich für die dynamischen süddeutschen Bundesländer Hessen, Bayern und Baden-Württemberg sowie für die Hansestadt Hamburg ergeben sich höhere Relativlöhne als in Schleswig-Holstein. Selbst in Nordrhein-Westfalen ist das bereinigte Lohnniveau dagegen niedriger als im nördlichsten Bundesland.

Diese Konstellation wäre auf der Grundlage neuerer regionalökonomischer Theorien nicht zu erwarten. In Modellen der neuen ökonomischen Geographie, die zur Erklärung der Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten im Raum herangezogen werden, ist eine zentrale Determinante des regionalen Lohnniveaus das Marktpotential der Region, d.h. die Erreichbarkeit von Kaufkraft. Mit zunehmendem Marktpotential steigt diesen Modellen zufolge die Entlohnung der Arbeitskräfte (vgl. Head/Mayer 2004). Regionen mit einem hohen Marktpotential stellen für Unternehmen relativ attraktive Standorte dar. Insofern geht von der relativ intensiven Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ein lohnsteigernder Effekt aus. Zudem sind die Unternehmen in diesen Regionen auch in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, weil die Betriebe aufgrund ihres günstigen Marktzugangs Skalenvorteile realisieren können und in

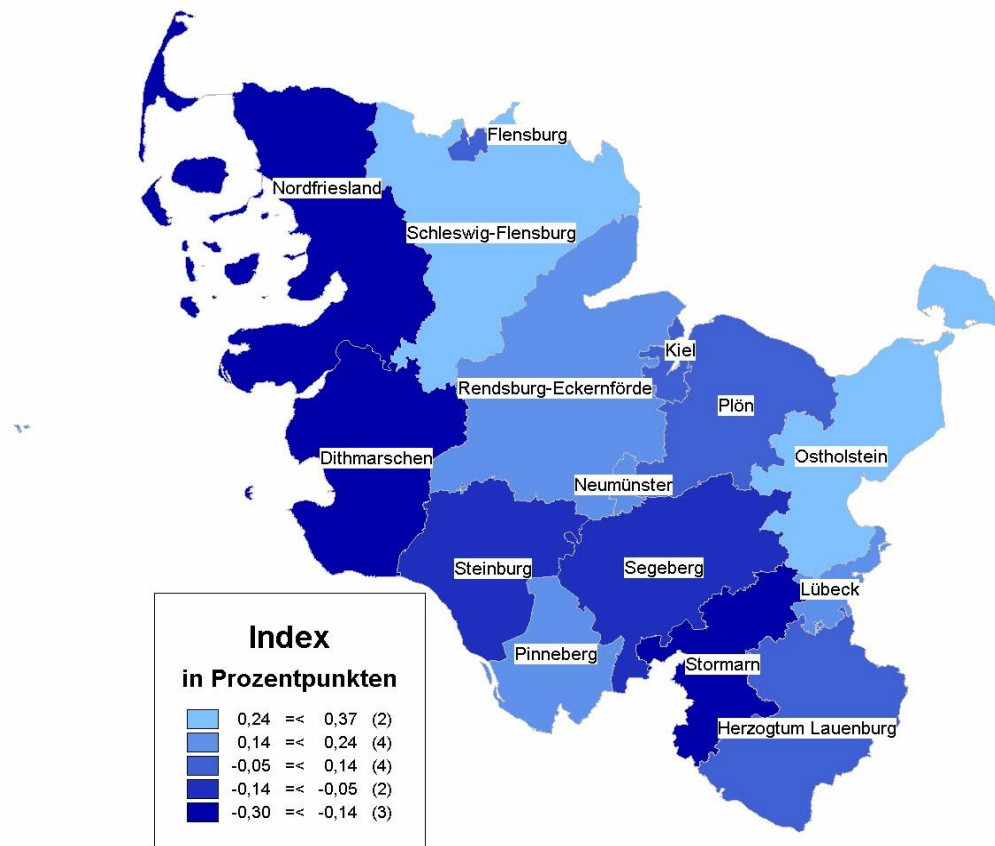
¹⁴ Signifikanz bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%.

geringerem Umfang Transportkosten anfallen. Die Skalenvorteile basieren darauf, dass bei einem größeren Output eine kostengünstigere Produktion möglich ist (vgl. Maier/Tödting 2001). Dementsprechend wäre zu erwarten, dass sich Nordrhein-Westfalen, das aufgrund seiner Bevölkerungsdichte und der zentralen Lage im europäischen Wirtschaftsraum ein relativ hohes Marktpotential aufweist, durch ein höheres Lohnniveau auszeichnet als Schleswig-Holstein. Die Erreichbarkeit von Kaufkraft ist infolge der peripheren Lage und der geringen Verdichtung im nördlichsten Bundesland wesentlich niedriger.¹⁵

Auch die auf der regionalen Ebene zu beobachtenden Lohneffekte scheinen zunächst im Widerspruch zu den Aussagen der neuen ökonomischen Geographie zu stehen. So weisen die hoch verdichteten kreisfreien Städte – mit Ausnahme Flensburgs – aufgrund unterdurchschnittlicher Relativlöhne positive Lohneffekte auf (vgl. Abb. 10). Gerade für die sehr dünn besiedelten Regionen an der Westküste ergeben sich dagegen negative Beschäftigungswirkungen infolge eines vergleichsweise hohen Lohnniveaus. Nordfriesland (-0,15 Prozentpunkte) und Dithmarschen (-0,29 Prozentpunkte) sind durch recht deutliche negative Lohneffekte gekennzeichnet. Der scheinbare Gegensatz zur Theorie ist vermutlich teilweise darauf zurückzuführen, dass der Lohn in Abweichung vom Durchschnitt des jeweiligen siedlungsstrukturellen Gebietstyps dargestellt wird. Agglomerationsbedingte Einflüsse auf das Lohnniveau wurden auf diesem Wege eliminiert. Im Gegensatz dazu zeigen sich offenbar gewisse Agglomerationseinflüsse auf das Lohnniveau in einigen Kreisen des Hamburger Rands. Die Hansestadt Hamburg weist das höchste Relativlohniveau aller westdeutschen Bundesländer auf. Das hohe Lohnniveau strahlt hier möglicherweise auf angrenzende Regionen aus. Vor allem in den Kreisen Stormarn und Segeberg liegt das Relativlohniveau deutlich über dem mittleren Niveau siedlungsstrukturell vergleichbarer Gebiete. Entsprechend ungünstig fällt hier der Lohneffekt mit -0,27 bzw. -0,14 Prozentpunkten aus. Für das Herzogtum Lauenburg ergibt sich demgegenüber nur ein schwach negativer Lohneffekt trotz der Lage im Agglomerationsraum Hamburg. Im Fall Lauenburgs wirkt sich möglicherweise die Nähe Mecklenburg-Vorpommerns auf das Lohnniveau und die damit verbundenen Beschäftigungseffekte aus. Ähnliche Effekte könnten auch in den benachbarten Regionen Lübeck und Ostholstein wirksam sein. Ostholstein zeichnet sich durch das niedrigste Relativlohniveau im Land aus und auch in Lübeck bewegt sich das bereinigte Lohnniveau erheblich unter der für vergleichbare Kernstädte üblichen Höhe. Die Beschäftigungsentwicklung profitiert daher in diesen Gebieten von deutlich positiven Lohneffekten (Lübeck: +0,21, Ostholstein: +0,36 Prozentpunkte). Dieser Befund steht im Einklang mit den Resultaten einer Untersuchung von Buettner/Rincke (2004), die darauf hinweisen, dass in den westdeutschen Regionen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze das Lohnniveau relativ zu anderen westdeutschen Regionen infolge der Grenzöffnung Anfang der 90er Jahre abgenommen hat. Die Reduzierung des Lohnniveaus führen die Autoren auf das mit der einsetzenden Arbeitskräftemobilität zwischen Ost- und Westdeutschland zunehmende Arbeitsangebot in den westdeutschen Regionen zurück. Die Bedeutung des Erwerbsspersonspotentials in Mecklenburg-Vorpommern für die regionalen Arbeitsmärkte in Schleswig-Holstein zeigt sich sehr deutlich in den Pendlerverflechtungen. Von den annähernd 22.000 Arbeitskräften, die aus Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004 nach Schleswig-Holstein pendeln, arbeiten allein rund 14.000 in Lübeck, Ostholstein und Lauenburg (Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen, Stand: 30.06.2004).

¹⁵ Verschiedene Erreichbarkeitsmaße, die zur Abbildung des Marktpotentials der Regionen in der erweiterten EU geeignet sind, finden sich im aktuellen Kohäsionsbericht der EU; vgl. Europäische Kommission (2004).

Abb. 10: Regionale Struktur des Lohneffekts



5.2 Brancheneffekt

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins übt einen leicht positiven Effekt auf das Beschäftigungswachstum aus – der Brancheneffekt beträgt +0,08 Prozentpunkte. Lediglich Hessen und die Stadtstaaten Hamburg und Bremen schneiden beim Brancheneffekt günstiger ab als Schleswig-Holstein. Der positive Impuls, der von der Wirtschaftsstruktur ausgeht, basiert darauf, dass die regionale Wirtschaft in stärkerem Maße durch expandierende und weniger stark durch schrumpfende Branchen geprägt wird als die westdeutsche Wirtschaft im Mittel. Von einem Großteil der 28 in der Regressionsanalyse berücksichtigten Wirtschaftszweige geht bundesweit ein signifikanter Beschäftigungseffekt aus. Lediglich für die Land- und Forstwirtschaft, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die haushalts- und gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen werden keine signifikanten Wirkungen ermittelt.¹⁶ Grundsätzlich werden die branchenspezifischen Beschäftigungseffekte gekennzeichnet durch die fortschreitende Tertiärisierung der Wirtschaft. Von fast allen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes gehen negative Impulse auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Die einzige Ausnahme stellt hier der Fahrzeugbau dar. Von einer Spezialisierung auf den Fahrzeugbau geht den Ergebnissen zufolge ein positiver Effekt auf das Beschäftigungswachstum aus. Im Gegensatz dazu wirkt sich ein hoher Beschäftigungsanteil des Baugewerbes dämpfend auf die Entwicklung der regionalen Beschäftigung aus. Innerhalb des tertiären Sektors fallen die Befunde differenzierter aus. Negative Koeffizienten ergeben sich für den Handel, den Bildungsbereich und die öffentlichen Dienstleistungen. Bis auf die haushalts- und gesellschaftsbezogenen Dienstleistungsbranchen, für die keine signifikanten Wirkungen festge-

stellt werden können, gehen ansonsten von Spezialisierungen im Dienstleistungsbereich expansive Wirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung aus.

Der für Schleswig-Holstein insgesamt leicht positive Brancheneffekt basiert auf der starken Prägung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch Dienstleistungsbereiche. Aufgrund des vergleichsweise geringen Gewichts des Verarbeitenden Gewerbes sind die meisten Wirtschaftszweige, von denen in Westdeutschland erhebliche negative Effekte auf das Beschäftigungswachstum ausgehen, in Schleswig-Holstein unterproportional vertreten (vgl. Tabelle 2). Vom Bergbau über den Maschinenbau bis hin zum Leder- und Textilgewerbe sind – gemessen an den westdeutschen Verhältnissen – keine Spezialisierungen der regionalen Wirtschaft auf schrumpfende Industriebranchen festzustellen. Positiv wirkt sich daneben der überdurchschnittliche Beschäftigungsanteil einiger stark wachsenden Wirtschaftszweige aus. Hierzu zählen in Schleswig-Holstein insbesondere das Gesundheits- und Sozialwesen, das Gastgewerbe und der Bereich Verkehr und Nachrichten. Belastend ist für die Beschäftigungsentwicklung dagegen das vergleichsweise große Gewicht einiger stark schrumpfender Bereiche wie der Ernährungsindustrie, des Baugewerbes und der öffentlichen Dienstleistungen. Ungünstig wirkt sich auf das Wachstum zudem die fehlende Spezialisierung des Landes in mehreren stark expandierenden Wirtschaftszweigen aus. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang vor allem dynamische Dienstleistungsbereiche wie die wirtschafts- und freizeitbezogenen Dienstleistungen.¹⁷ Alles in allem überwiegen für Schleswig-Holstein aber die positiven Beschäftigungsimpulse aus der Wirtschaftsstruktur. Dieses Resultat steht im Einklang mit den Ergebnissen einer Analyse von Herrmann (1992), der zu der Einschätzung gelangt, dass die Branchenstruktur Schleswig-Holsteins nach Abschluss der umfangreichen strukturellen Anpassungsprobleme relativ ausgewogen ist – und damit auch die Anfälligkeit gegenüber strukturellen Krisen einzelner Branchen abgenommen hat. Die wesentlichen Entwicklungshemmnisse liegen daher nicht in der sektoralen Wirtschaftsstruktur des Landes.

¹⁶ Signifikanz bis zu einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%.

¹⁷ Zu den freizeitbezogenen Dienstleistungen zählen z.B. Theater und Kinos, Bibliotheken, Verlage, Rundfunk- und Medienanstalten usw.

Tabelle 2: Branchenstruktur und Beschäftigungseffekte der Spezialisierung

<i>Branchen mit positivem Beschäftigungseffekt, in Schleswig-Holstein über dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder</i> (+ +)				<i>Branchen mit positivem Beschäftigungseffekt, in Schleswig-Holstein unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder</i> (+ -)			
	1	2	3		1	2	3
<i>Land- u. Forstwirtschaft</i>	1,44	0,70	0,65	<i>Freizeitbezogene Dienstleistungen</i>	1,03	-0,33	1,50**
<i>Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen</i>	2,44	0,23	0,20	<i>Fahrzeugbau</i>	3,21	-2,01	1,07**
<i>Verkehr, Nachrichten</i>	5,33	0,17	0,71**	<i>Kredit u. Versicherungen</i>	3,34	-0,91	1,49**
<i>Gastgewerbe</i>	3,53	1,15	0,80*	<i>Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleist.</i>	7,17	-0,84	6,31**
<i>Gesundheits- u. Sozialwesen</i>	10,61	2,01	2,68**				

<i>Branchen mit negativem Beschäftigungseffekt, in Schleswig-Holstein über dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder</i> (- +)				<i>Branchen mit negativem Beschäftigungseffekt, in Schleswig-Holstein unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder</i> (- -)			
	1	2	3		1	2	3
<i>Haushaltsbezogene Dienstleistungen</i>	1,12	0,30	-1,33	<i>Bergbau</i>	0,04	-0,54	-8,20**
<i>Energiewirtschaft</i>	1,34	0,19	-1,47**	<i>Musikinstrumente, Schmuck, Spielwaren</i>	0,04	-0,14	-4,27**
<i>Papier, Druck</i>	2,27	0,53	-1,65**	<i>Feinkeramik, Glas</i>	0,31	-0,25	-1,61*
<i>Ernährung, Tabak</i>	3,72	0,71	-2,21**	<i>Leder, Textil</i>	0,46	-1,00	-6,92**
<i>Baugewerbe</i>	8,83	1,42	-3,44**	<i>Gewinnung Steinen Erden</i>	0,84	-0,07	-4,07**
<i>Handel</i>	16,70	2,72	-0,58**	<i>Gummi- und Kunststoffwaren</i>	1,25	-0,62	-0,45
<i>Gebietskörperschaften, Sozialversicherung</i>	8,77	2,82	-0,41**	<i>Metallerzeugung u. -verarbeitung</i>	1,34	-2,10	-1,61**
				<i>Holzgewerbe</i>	1,19	-0,66	-2,55**
				<i>Chemische Industrie</i>	1,91	-0,72	-2,61**
				<i>Erziehung, Unterricht</i>	2,72	-0,23	-0,43*
				<i>Maschinenbau</i>	3,87	-0,51	-0,66**
				<i>Büromaschinen, EDV, Elektrotechnik, Optik</i>	5,18	-2,03	-0,51**

Anmerkungen: **Spalte 1:** Anteil der Beschäftigten der Branche an allen Beschäftigten im Land

Spalte 2: Abweichung des Anteils der Beschäftigten der Branche im Land vom durchschnittlichen Anteil in Westdeutschland

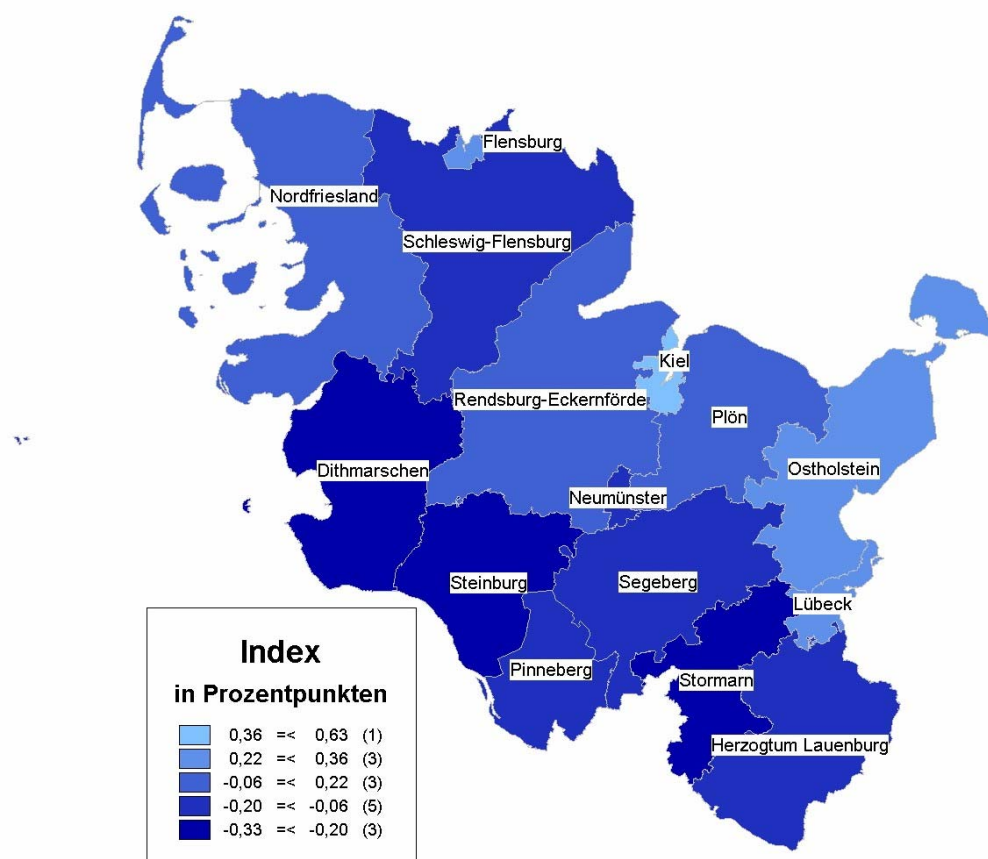
Spalte 3: Beschäftigungseffekt einer Spezialisierung (überdurchschnittlicher Beschäftigungsanteil) auf die betreffende Branche – geschätzter Branchenkoeffizient

** Koeffizient signifikant auf 1%-Niveau

* Koeffizient signifikant auf 5%-Niveau

Auf der regionalen Ebene weist der Brancheneffekt eine nicht unerhebliche Streuung auf. Die stärksten positiven Beschäftigungseffekte erzielt die Landeshauptstadt Kiel aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur (+0,62 Prozentpunkte). Am anderen Ende der Skala wirkt sich die Wirtschaftsstruktur den Analyseergebnissen zufolge besonders in Dithmarschen (-0,33 Prozentpunkte) und Steinburg (-0,25 Prozentpunkte) nachteilig auf die Arbeitsnachfrage aus. Ein Kennzeichen der räumlichen Struktur des Brancheneffekts in Schleswig-Holstein besteht in den systematischen Unterschieden zwischen den Kernstädten und den Landkreisen. Die Städte weisen in der Regel deutlich positive Brancheneffekte auf (vgl. Abb. 11). Die einzige Ausnahme ist Neumünster mit einem leicht negativen Brancheneffekt (-0,07 Prozentpunkte). Für Neumünster dürfte sich ungünstig auswirken, dass die Region einen im Vergleich zu anderen Kernstädten großen Bausektor besitzt und zudem auch Spezialisierungen im Verarbeitenden Gewerbe (u.a. im Maschinenbau, Metallerzeugung und -verarbeitung). Hinzu kommt eine relativ schwache Ausstattung mit wachstumsstarken Dienstleistungen wie den wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen und dem Bereich Kredit/Versicherungen, die im Allgemeinen für städtische Lokalisationen typisch sind. Im Hinblick auf den Brancheneffekt profitieren die kreisfreien Städte im Land in der Regel also von der auch bundesweit zu beobachtenden Spezialisierung auf dynamische Dienstleistungsbranchen, während schrumpfende Branchen nur schwach vertreten sind.

Abb. 11: Regionale Struktur des Brancheneffekts



Auffällig sind die durchgehend negativen Brancheneffekte im Hamburger Umland. Die Wirkung der Wirtschaftsstruktur auf das Beschäftigungswachstum schwankt hier zwischen -0,07 Prozentpunkten im Herzogtum Lauenburg bis hin zu -0,23 Prozentpunkten in Stormarn. In diesen Resultaten zeigt sich das vergleichsweise große Gewicht des industriellen Sektors im Hamburger Rand. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Erwerbstätigen insgesamt lag 2002 im Hamburger Rand mit 19,6% um

fast 5 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Der Dienstleistungsanteil fällt demgegenüber mit 69,5% relativ niedrig aus – auch im Vergleich mit den anderen Landkreisen (72,6%). Die Branchenstruktur der unmittelbar an Hamburg angrenzenden Kreise dürfte einerseits durch die Rolle Hamburgs als wichtigstem Standort zentraler Dienstleistungsangebote in Norddeutschland erheblich beeinflusst werden. Aufgrund der geographischen Nähe können die Dienstleistungsangebote der Stadt auch im Umland genutzt werden. Andererseits spiegelt der hohe Anteil des Verarbeitenden Gewerbes wahrscheinlich die Attraktivität des Umlands für entsprechende Betriebe wider, die letztlich eine wesentliche Triebfeder der Verlagerungsprozesse aus Hamburg in die umliegenden Regionen darstellt. Ergebnisse von Stäglin et al. (2000) weisen darauf hin, dass die Tendenz zum Standortwechsel im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs deutlich stärker ausgeprägt ist als im Dienstleistungssektor.

5.3 Betriebsgrößeneffekt

Auch die Betriebsgrößenstruktur wirkt sich auf die regionale Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland aus. Den Ergebnissen des VALA-Modells zufolge gehen von einem hohen Beschäftigungsanteil der Firmen mittlerer Größe (20-99 Beschäftigte) positive Impulse auf das regionale Wachstum aus, während sich eine Prägung durch Großbetriebe (mehr als 99 Beschäftigte) ungünstig auf die Beschäftigungsentwicklung auswirkt. Dieses Resultat steht weitgehend im Einklang mit Ergebnissen empirischer Untersuchungen auf der Firmenebene, die einen negativen Zusammenhang zwischen der Firmengröße und dem Beschäftigungswachstum feststellen. Kleinere Unternehmen weisen demnach ein höheres Wachstumspotential als große auf (vgl. Almus/Nerlinger 1999). Vom Anteil kleinerer Betriebe (1-19 Beschäftigte) geht allerdings den vorliegenden Resultaten zufolge kein signifikanter Beschäftigungseffekt aus. Hierin könnte sich widerspiegeln, dass die Wettbewerbsfähigkeit kleiner Betriebe durch vielfältige Entwicklungshemmnisse (knappe Finanzmittel, mangelnde FuE-Aktivitäten etc.) behindert wird. Auswirken kann sich in diesem Zusammenhang auch eine geringe Exportorientierung infolge begrenzter Möglichkeiten, Größenvorteile zu nutzen. Aktuelle Analysen auf der Grundlage des IAB Betriebspanels weisen darauf hin, dass gerade Kleinstbetriebe in Schleswig-Holstein große Leistungsdefizite haben. Zudem ist festzustellen, dass der Anteil der Betriebe, die von einer öffentlichen Förderung profitieren, mit der Betriebsgröße zunimmt (Gedeon et al. 2004).

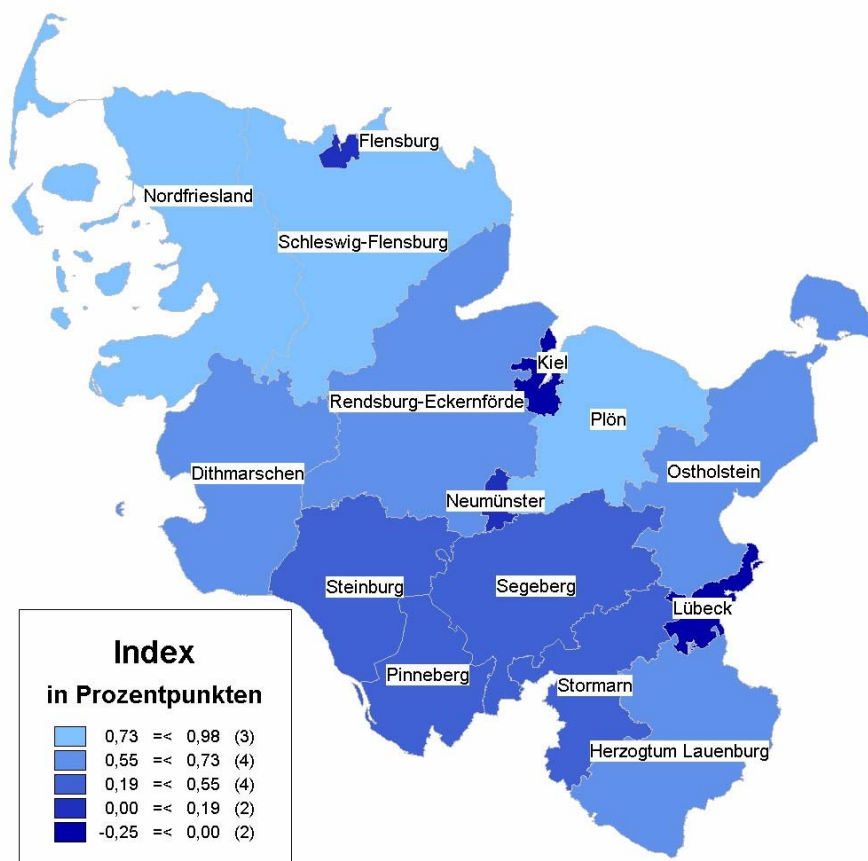
Tabelle 3: Betriebsgrößenstruktur Schleswig-Holstein

Kleine Betriebe (1-19 Beschäftigte)		Mittlere Betriebe (20-99 Beschäftigte)		Große Betriebe (> 100 Beschäftigte)	
Anteil in Schleswig- Holstein (in %)	Abweichung zu Westdeutsch- land (Prozent- punkte)	Anteil in Schleswig- Holstein (in %)	Abweichung zu Westdeutsch- land (Prozent- punkte)	Anteil in Schleswig- Holstein (in %)	Abweichung zu Westdeutsch- land (Prozent- punkte)
32,5	+6,5	28,6	+4,2	38,9	-10,7

Die Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein profitiert den Ergebnissen der Regressionsanalyse zufolge ganz erheblich von der Betriebsgrößenstruktur des Landes. Mit einem Beschäftigungsanteil von lediglich 38,9% in Großbetrieben weist das Land mit Abstand den niedrigsten Anteil aller westdeutschen Bundesländer auf. Der Anteil liegt um mehr als 10 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Mittelwert (vgl. Tabelle 3). Günstig wirkt sich im Hinblick auf das Beschäftigungswachstum zudem die relativ große Bedeutung der mittleren Betriebe im Land aus, auf die mehr als 28% der sozi-

alversicherungspflichtigen Beschäftigung entfällt. Aus diesen strukturellen Besonderheiten resultiert der ausgeprägte positive Betriebsgrößeneffekt für Schleswig-Holstein (+0,37 Prozentpunkte). Kein Bundesland profitiert in stärkerem Maße von seiner Betriebsgrößenstruktur als Schleswig-Holstein. Dieser positive Beschäftigungsimpuls ist auch für fast alle Regionen des Landes zu beobachten. Allein für die Städte Kiel (-0,25 Prozentpunkte) und Lübeck (-0,09 Prozentpunkte) werden leicht negative Betriebsgrößeneffekte ermittelt, die vor allem auf den vergleichsweise hohen Beschäftigungsanteilen von Großbetrieben (> 50%) beruhen dürften. Von den 10 größten Unternehmen im Land haben allein 7 ihren Sitz in einer der beiden Städte (vgl. HSH Nordbank 2004). Besonders starke positive Wirkungen der Betriebsgrößenstruktur ergeben sich dagegen in den Landkreisen Nordfriesland (+0,97 Prozentpunkte) und Plön (+0,88 Prozentpunkte), in denen Großbetriebe als Arbeitsgeber eine weit unterdurchschnittliche Rolle spielen, während überdurchschnittlich viele Beschäftigte auf Betriebe mittlerer Größe entfallen.

Abb. 12: Regionale Struktur des Betriebsgrößeneffekts



Die regionalen Disparitäten des Betriebsgrößeneffekts in Schleswig-Holstein sind durch zwei wesentliche Unterschiede gekennzeichnet (vgl. Abb. 12). Erstens bestehen systematische Unterschiede zwischen den Städten und den Landkreisen. Zweitens ist ein gewisses Nord-Süd-Gefälle erkennbar – unter den Landkreisen erzielen die Gebiete im Hamburger Rand relativ schwache positive Betriebsgrößeneffekte. Im Hamburger Umland sind zum einen die mittleren Betriebe, von denen Beschäftigungsimpulse ausgehen, leicht unterrepräsentiert. Zudem trägt auch der vergleichsweise große Bestand von Betrieben mit mehr als 99 Beschäftigten zu dem für die Landesverhältnisse eher schwachen Betriebsgrößeneffekt bei. Die Regionen im Hamburger Rand besitzen zumeist höhere Beschäftigungsanteile in

Großbetrieben als die anderen Kreise des Landes. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Einschätzung, dass das nördliche Hamburger Umland offenbar ein bevorzugter Standort für Großunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ist. Aber auch für Großbetriebe aus dem Bereich der Unternehmens- und Finanzdienstleistungen bietet der Hamburger Rand offenbar attraktive Standortbedingungen (vgl. HSH Nordbank 2004).

5.4 *Qualifikationseffekt*

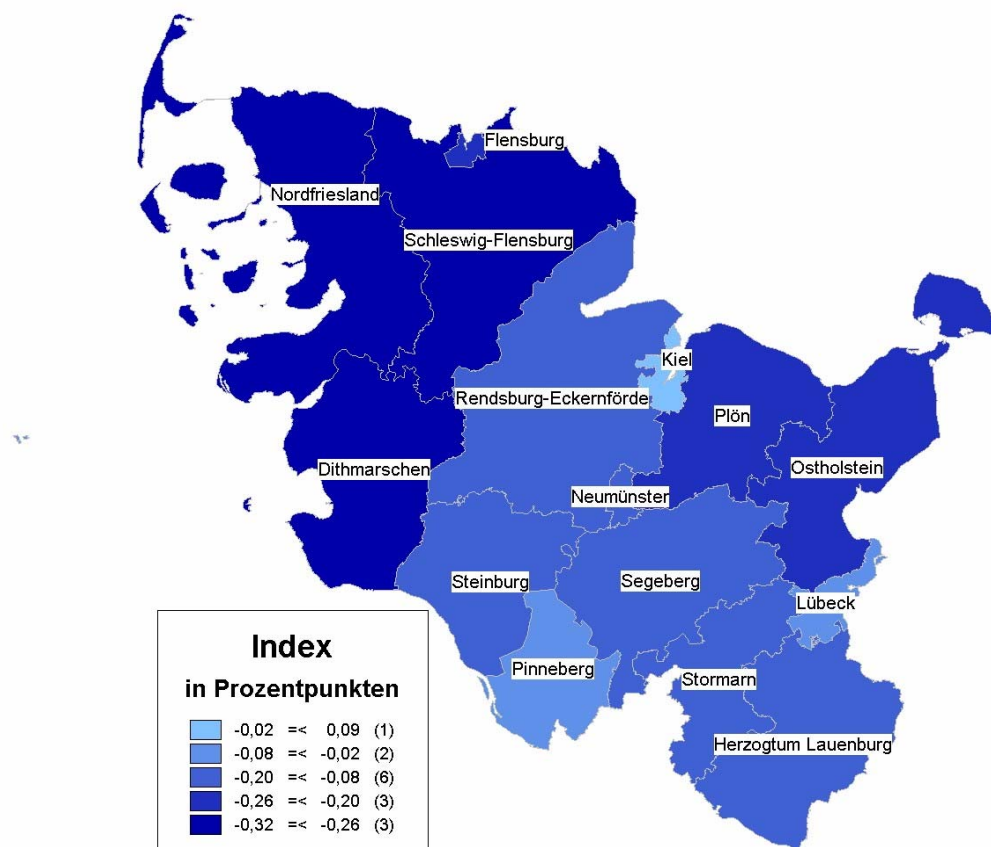
Im Rahmen der Regressionsanalyse wird eine positive Wirkung der Ausstattung mit hoch qualifizierten Arbeitskräften auf das regionale Beschäftigungswachstum in Westdeutschland ermittelt. Überraschend ist das Resultat für das mittlere Qualifikationsniveau. Vom Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte geht ein signifikant negativer Effekt auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Keinen bedeutenden Einfluss hat den Ergebnissen zufolge dagegen der Anteil der Arbeitskräfte ohne Qualifikation. Der positive Wachstumsimpuls, der von den Beschäftigten mit Fachhochschul- und Universitätsabschluss ausgeht, steht im Einklang mit dem hohen Stellenwert, der dem Humankapitals in der neueren wirtschaftswissenschaftlichen Forschung für das wirtschaftliche Wachstum beigemessen wird. Für die Entwicklung neuer Güter und Produktionsverfahren, die für den langfristigen Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen unerlässlich sind, ist der Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte von größter Bedeutung. Hoch qualifizierte Beschäftigte spielen zudem für die Umsetzung neuer Technologien und die damit verbundenen Wachstumsimpulse eine zentrale Rolle. Schwieriger stellt sich die Interpretation des negativen Beschäftigungseffekts dar, der offenbar vom mittleren Qualifikationsniveau ausgeht. Diesem Resultat kann eine mangelhafte Abbildung der tatsächlichen Qualifikationsunterschiede durch die drei Qualifikationsgruppen zugrunde liegen. Eine inhaltliche Erklärung des negativen Koeffizienten könnte auf der Existenz eines qualifikationsverzerrenden technischen Fortschritts basieren, der zu einem höheren Bedarf an Hochqualifizierten führt, während die Nachfrage nach Arbeitskräften ohne Berufsausbildung und mit einem mittleren Ausbildungsniveau abnimmt. Möglicherweise spiegelt der negative Einfluss aber auch strukturelle Veränderungen wider, die aus der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft resultieren. So könnte die zunehmende internationale Arbeitsteilung dazu führen, dass vermehrt auch kapitalintensive Produktionsprozesse, in denen vorwiegend Arbeitskräfte mit einem mittleren Qualifikationsniveau eingesetzt werden, in Westdeutschland ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und Arbeitsplätze abbauen. Die Entstehung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten konzentriert sich dagegen in Branchen, die humankapitalintensive Güter herstellen. Die westdeutschen Regionen spezialisieren sich demzufolge immer stärker auf Produkte, die den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte erfordern (vgl. auch Abschnitt 3.2).

Für Schleswig-Holstein wird auf der Grundlage der Regressionsergebnisse ein recht ausgeprägter negativer Qualifikationseffekt (-0,14 Prozentpunkte) ermittelt. In keinem anderen westdeutschen Bundesland wirkt sich die Qualifikationsstruktur ungünstiger auf das Beschäftigungswachstum aus als in Schleswig-Holstein. Die negative Beschäftigungswirkung der Qualifikationsstruktur basiert zum einen auf einer geringen Ausstattung mit hoch qualifizierten Arbeitskräften. Der Anteil der Hochqualifizierten an allen Beschäftigten liegt mit 5,2% in Schleswig-Holstein um mehr als zwei Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.¹⁸ Weiterhin geht vom relativ hohen Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte

¹⁸ Aktuelle Ergebnisse auf der Grundlage des IAB-Betriebspanels lassen vermuten, dass die geringe Ausstattung mit hoch qualifizierten Arbeitskräften in Schleswig-Holstein weniger auf den Strukturen im Verarbeitenden Gewerbe basiert, als vielmehr durch den Bereich der privaten Dienstleistungen bedingt ist und auf der vergleichsweise geringen Bedeutung höherwertiger Dienstleistungsanbieter im Land zurückzuführen ist. Vgl. Gedeon et al. (2004)

ein dämpfender Effekt auf das Beschäftigungswachstum aus. In Schleswig-Holstein entfallen auf die mittlere Qualifikationsebene fast 69% aller Beschäftigten. Im Mittel ergibt sich für die westdeutschen Bundesländer ein Anteil von 67,6%. Fast alle Regionen tragen zum schlechten Abschneiden des Landes beim Qualifikationseffekt bei. Lediglich in der Landeshauptstadt Kiel geht ein leicht positiver Effekt von der Qualifikation der Arbeitskräfte auf das Beschäftigungswachstum aus (+0,08 Prozentpunkte). Hier wirken sich vermutlich die Existenz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie der Sitz der Landesregierung aus. Überraschend ist, dass selbst die anderen Hochschulstandorte im Land, insbesondere die kreisfreien Städte Lübeck und Flensburg, keine positiven Qualifikationseffekte realisieren können. Moderat fallen die negativen Wirkungen der Qualifikationsstruktur in der Hansestadt Lübeck und im Hamburger Umland aus. Ausgeprägte negative Impulse gehen vor allem in den ländlichen Regionen der Westküste, in Dithmarschen und Nordfriesland vom unterdurchschnittlichen Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte aus. Allein aufgrund der Qualifikationsstruktur müsste das Beschäftigungswachstum in diesen Kreisen um mehr als 0,3 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen westdeutschen Entwicklung liegen. Es besteht zwar ein systematischer Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den geringer verdichteten Regionen derart, dass die Städte in der Regel besser abschneiden als die unmittelbar an sie angrenzenden Gebiete. Insgesamt fallen die regionalen Disparitäten in dieser Hinsicht aber erstaunlich gering aus. Deutlicher ist ein Nord-Süd-Gefälle des Qualifikationseffekts innerhalb des Landes erkennbar (vgl. Abbildung 13).

Abb.13: Regionale Struktur des Qualifikationseffekts



Der negative Qualifikationseffekt, der Schleswig-Holstein insgesamt und fast alle Regionen des Landes kennzeichnet, ist vor allem angesichts des anstehenden demographischen Wandels als äußerst problematisch einzuschätzen. Schon heute wird das Land den Regressionsergebnissen zufolge in sei-

ner Wachstumsdynamik durch ein Defizit in der Humankapitalausstattung behindert. Es steht zu befürchten, dass diese Situation durch die demographischen Veränderungen und den damit drohenden Fachkräftemangel verschärft wird. Sowohl die rein quantitative Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials als auch der Alterungsprozess können zu einem Fachkräftemangel beitragen. So diskutieren Fertig/Schmidt (2003) die Hypothese einer mit zunehmendem Alter sinkende Produktivität der Arbeitskräfte, die darauf zurückzuführen sei, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten der älteren Erwerbsbevölkerung häufig nicht den sich ständig wandelnden Anforderungen ihrer Tätigkeiten angepasst werden. Börsch-Supan (2003) vertritt die Auffassung, dass negative Wachstumseffekte des demographischen Wandels allein über höhere Investitionen in Humankapital verhindert werden können. Zwar weisen die Resultate der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein darauf hin, dass die Einwohnerzahl und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Land vermutlich erst ab 2020 unter das momentane Niveau sinken werden. Aber schon gegenwärtig ist eine Alterung der Erwerbsbevölkerung zu beobachten. Wird zurzeit die Erwerbsbevölkerung noch durch die Gruppe der 35- bis 50-Jährigen geprägt, werden die 50- bis 60-Jährigen nach 2010 zunehmend an Gewicht gewinnen. Mit den jährlich kleiner werdenden Schulabgangskohorten wird es immer schwieriger, Defizite in der Bildungsstruktur auszugleichen.

Zudem ist zu erwarten, dass die demographischen Veränderungen nicht einheitlich alle Regionen des Landes in gleichem Maße betreffen. Relativ früh und ausgeprägt wird sich der Rückgang der Erwerbspersonenzahl voraussichtlich in den Städten und in den Kreisen des Hamburger Umlands einstellen. In den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins dürfte die Abnahme und Alterung des Erwerbspersonenpotentials moderater ausfallen (vgl. DSN 2004). Der demographische Wandel führt zu einer Angleichung des Humankapitalniveaus, weil in Regionen mit hoher Humankapitalausstattung der Rückgang der Erwerbsbevölkerung schneller erfolgt als in Regionen, in denen eher ein niedriges Humankapital vorhanden ist. Darum ist in allen Regionen des Landes eine Verschärfung des Qualifikationsdefizits zu erwarten.

5.5 Standorteffekte

Der Standorteffekt fasst Einflüsse auf das Beschäftigungswachstum zusammen, die nicht über die anderen erklärenden Variablen des Modells, also das relative Lohnniveau, die Branchen-, Firmengrößen- und Qualifikationsstrukturen im Land erfasst werden. Die Standorteffekte auf der Kreis- und Bundeslandebene weisen dementsprechend auf Standortbedingungen hin, die nicht explizit im Rahmen des Regressionsansatzes berücksichtigt werden konnten. Die Ausprägung der Standorteffekte kann durch einzelne Standortfaktoren entscheidend beeinflusst werden. In der Regel dürfte aber ein bestimmter Standorteffekt auf eine Kombination verschiedener Faktoren zurückzuführen sein, so dass eine eindeutige Identifizierung relevanter Standortbedingungen nicht möglich ist. Potentielle Einflussfaktoren, die sich in den Standorteffekten niederschlagen können, sind beispielsweise die Marktnähe, die Infrastrukturausstattung, die großräumige Erreichbarkeit des Standortes oder vorhandene FuE-Einrichtungen. Eine Rolle kann auch die regionale und lokale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik spielen.

Für Schleswig-Holstein insgesamt ergibt die Analyse einen schwach signifikanten, negativen Standorteffekt in Höhe von -0,33 Prozentpunkten. Damit schneidet Schleswig-Holstein schlechter als alle anderen westdeutschen Flächenländer ab. Lediglich für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen (-0,70 bzw. -1,72 Prozentpunkte) werden noch ungünstigere Standorteffekte ermittelt. Im negativen Standorteffekt dürften sich die verschiedenen, bereits im Abschnitt 3.3 diskutierten Standortdefizite Schles-

wig-Holsteins widerspiegeln. Die relativ dünn besiedelte Region mit ihrer peripheren Lage weist im Vergleich zu anderen Standorten in Westdeutschland und im Zentrum des europäischen Wirtschaftsraumes eine geringe Erreichbarkeit großer Absatz- und Beschaffungsmärkte auf. In verschiedenen Modellen der traditionellen und neuen Standorttheorie stellt der Marktzugang aber einen zentralen Standortfaktor dar (vgl. Maier/Tödting 2001).

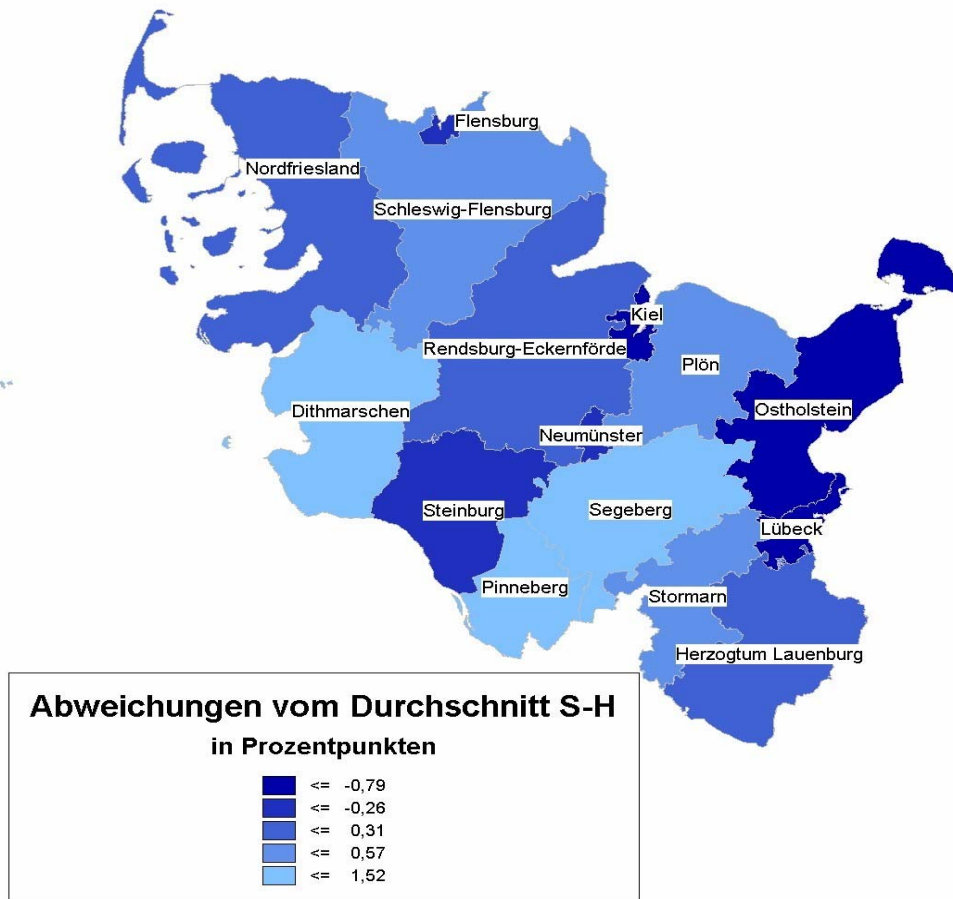
Infolge der Öffnung der Grenzen zur DDR hat Schleswig-Holstein Anfang der 90er Jahre zunächst von überdurchschnittlichen Wachstumsimpulsen profitiert. Auch mit dem EU-Beitritt der skandinavischen Länder Schweden und Finnland Mitte der 90er Jahre wurde vielfach eine signifikante Verbesserung der Standortbedingungen im Land verbunden. Die Hoffnung, dass die Wiedervereinigung und die Norderweiterung der EU eine spürbare und anhaltende Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik im Land nach sich ziehen, hat sich jedoch bislang nicht bewahrheitet. Der negative Standorteffekt deutet darauf hin, dass weder die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Länder noch die EU-Norderweiterung zu einer wesentlichen Verbesserung der großräumigen Lagegunst geführt haben. Neben den offenbar nach wie vor bestehenden Nachteilen in der großräumigen Lage dürften zum ermittelten Standorteffekt aber auch die anderen vielfach diskutierten Defizite des Landes beitragen: die schwache Exportorientierung der Wirtschaft, die geringen FuE-Aktivitäten und das daraus resultierende Innovationsdefizit.

Die Unterschiede in den Standorteffekten auf der regionalen Ebene weisen in zweierlei Hinsicht eine Systematik auf (vgl. Abb.14). Zum einen ist ein Stadt-Land-Gegensatz in der Form zu erkennen, dass die kreisfreien Städte des Landes durchweg negative Standorteffekte zeigen, während außerhalb der Städte positive Effekte dominieren. Diese Disparitäten deuten auf das Vorhandensein von negativen Agglomerationseffekten in den Städten hin, wobei die Intensität der Agglomerationsnachteile offenbar noch mit der Größe der Stadt zunimmt. Die negativen Beschäftigungswirkungen der anderweitig nicht erfassten Standortbedingungen fallen in den größeren Städten Kiel und Lübeck (-1,21 bzw. -0,79 Prozentpunkte) stärker aus als in Flensburg und Neumünster (-0,26 bzw. -0,31 Prozentpunkte). Die Agglomerationsnachteile können in starken Umweltbelastungen, Engpässen in der Nutzung der lokalen Infrastruktur, knappen Gewerbeflächen oder relativ hohen Preisen für Produktionsfaktoren bestehen (Maier/Tödting 2001). Diese negativen Agglomerationseffekte behindern offenbar in den kreisfreien Städten des Landes die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Beschäftigungsentwicklung in bestehenden Betrieben.

Zweitens ist ein gewisses Nord-Süd-Gefälle des Standorteffektes derart zu beobachten, dass vorwiegend die Regionen im Umland der Agglomeration Hamburg relativ ausgeprägte positive Standorteffekte aufweisen. Diese Unterschiede kennzeichnen seit langem die Entwicklung in Schleswig-Holstein – die wirtschaftliche Dynamik des Landes wird in starkem Maße vom Wachstum des Hamburger Umlands getragen. Die unmittelbar an Hamburg angrenzenden Regionen profitieren dabei in vielfältiger Weise von der Nähe des Ballungszentrums. So ist das Umland ein bevorzugtes Ziel von Unternehmensverlagerungen aus der Hansestadt Hamburg. Herrmann (1992) argumentiert, dass mit den Verlagerungstendenzen in den 80er Jahren auch eine Modernisierung der Industrielandschaft in den südlichen Landesteilen verbunden war. Die Attraktivität der Standorte im Umland dürfte vor allem darauf basieren, dass die in Hamburg bestehenden Agglomerationsnachteile umgangen werden, gleichzeitig aber viele Vorteile der Agglomeration auch im Umland genutzt werden. Wichtige Faktoren stellen in diesem Zusammenhang sicherlich die Verfügbarkeit und das Preisniveau von Gewerbeflächen im Umland dar. Zudem können in den Umlandkreisen verschiedene, in der gesamten Metropolregion vorhandene Standortvorteile genutzt werden. So ist etwa die Lage des internationalen Flughafen Hamburg-

Fuhlsbüttel im Norden der Stadt aus Sicht der Umlandkreise äußerst günstig (vgl. Bode/Lammers 1994).

Abb. 14: Regionale Standorteffekte



6 Ergebnisse für ausgewählte Kreise und kreisfreie Städte

Abschließend werden die Ergebnisse einiger ausgewählter Regionen in Schleswig-Holstein ausführlich vorgestellt. Um ein möglichst breites Spektrum an Entwicklungen und Effekten abzudecken, werden Regionen betrachtet, die sich bezüglich Beschäftigungswachstum und strukturellen Gegebenheiten deutlich voneinander unterscheiden. Zudem berücksichtigt die Auswahl verschiedene siedlungsstrukturelle Gebietstypen ebenso wie die Lage innerhalb des Landes, deren Stellenwert beispielsweise anhand der bereits dargestellten Unterschieden zwischen den südlichen Gebieten im Hamburger Rand und eher peripher gelegenen Regionen etwa an der deutsch-dänischen Grenze erkennbar wird.

6.1 Kiel

Die Landeshauptstadt Kiel liegt in der Mitte des Landes Schleswig-Holstein an der Ostsee. Das Stadtgebiet erstreckt sich hufeisenförmig zu beiden Seiten der weit in das Land einschneidenden Kieler Förde. Als Verwaltungs-, Dienstleistungs-, Bildungs- und Kulturzentrum des Landes Schleswig-Holstein verfügt Kiel über eine ausgebaute städtische Infrastruktur und besitzt ein näheres Einzugsgebiet von etwa einer Million Menschen. Bundesweit bekannt ist Kiel durch Segelsportereignisse („Kieler-Woche“) und als Marinestützpunkt. Durch Autobahnanschlüsse in nördliche (Flensburg-Dänemark) und südliche (Hamburg) Richtung, ICE-Anschluss, einen Regionalflughafen und den natürlichen Tiefwasserhafen mit dem Nord-Ostsee-Kanal ist die Stadt an die regionalen und überregionalen Verkehrsströme relativ gut angeschlossen.

Aufgrund der Siedlungsstruktur ist Kiel als *Kernstadt in einem verstädterten Raum* zu bezeichnen (vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005). Mit einer Einwohnerzahl von rund 230.000 und einer Bevölkerungsdichte von fast 2.000 Einwohnern pro km² verfügt Kiel über die höchste Verdichtung in ganz Schleswig-Holstein (Ordnungs- und Bürgeramt der Stadt Kiel 2005). Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings seit langem rückläufig. Lediglich im Zeitraum 2000-2003 gab es zuletzt einen leichten Bevölkerungsanstieg (Amt für Wirtschaft, Verkehr, Stadt- und Regionalentwicklung 2004). Wohnten im Jahr 1961 noch etwa 280.000 Menschen in der Landeshauptstadt, so sank die Einwohnerzahl in den folgenden Jahrzehnten sukzessive auf den heutigen Stand. Auffallend ist das hohe Niveau der kleinräumigen Wanderungen. Pro Jahr sind für die Stadt Kiel in der Summe rund 30.000 Zu- und Fortzüge zu beobachten, wobei die benachbarten Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön zu etwa einem Drittel an den Wanderungen beteiligt sind. Konnten die Kreise in der Vergangenheit zumeist von der Suburbanisierung profitieren, lässt sich seit Ende der 90er Jahre eine Umkehr des negativen in einen positiven Wanderungssaldo für die Stadt Kiel beobachten. So ist noch 1998 ein Wanderungsdefizit mit den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön von mehr als 2.700 Personen festzustellen, im Jahr 2003 dagegen ein Überschuss von rund 400 Personen. Seit dem Jahr 2001 kann Kiel auch insgesamt wieder einen positiven Wanderungssaldo verzeichnen.¹⁹

Die langfristige Entwicklung der Stadt ist stark mit dem Aufbau der Marine und der Entwicklung der Werft- und Rüstungsindustrie verbunden. Insofern lag der Schwerpunkt der Wirtschaftsstruktur traditionell im Schiffbau und dem damit verbundenen Maschinenbau sowie der Elektrotechnik. Der Strukturwandel hat allerdings zu einem erheblichen Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe ge-

¹⁹ Amt für Wirtschaft, Verkehr, Stadt- und Regionalentwicklung (2004). Zum Problem der Suburbanisierungstendenzen in der Region Kiel siehe auch Gans (1991).

führt. Die Arbeitsplatzverluste in der Industrie konnten nicht durch den expandierenden Dienstleistungssektor aufgefangen werden. Negative Wirkungen sind auch von der Strukturreform der Bundeswehr ausgegangen, bedingt durch die Reduzierung der zivilen und militärischen Dienstposten in Kiel von 12.000 zu Beginn der 90er Jahre auf 5.000 im Jahr 2001 (vgl. Amt für Wirtschaft, Verkehr, Stadt- und Regionalentwicklung 2004). Insgesamt waren 2003 in Kiel rund 145.500 Personen erwerbstätig. Dies entspricht einem Anteil von 12% an allen Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein. Aufgrund der zuvor beschriebenen strukturellen Veränderungen hatte die Stadt erhebliche Beschäftigungsverluste zu verkräften. Zwischen 1991 und 2003 sank die Zahl der Erwerbstätigen um fast 10.000 (-6,2%). Diese Entwicklung steht im Gegensatz zum Landestrend. Landesweit nahm die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum leicht um 0,5% zu.

Die Wirtschaftsstruktur Kiels wird maßgeblich durch den Dienstleistungssektor geprägt. Die Stadt in ihrer Funktion als Sitz der Landesregierung, von Bundesbehörden und großen Dienstleistungsunternehmen sowie als Forschungs- und Bildungszentrum des Landes (u.a. Christian-Albrecht-Universität, Fachhochschule Kiel, Multimedia-Campus, Leibnitz-Institut für Meereswissenschaften, Institut für Weltwirtschaft) weist mit einem Dienstleistungsanteil fast 84% an allen Erwerbstätigen die stärkste Spezialisierung auf den tertiären Sektor in Schleswig-Holstein auf. Innerhalb des Dienstleistungssektors kommt dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit einem Beschäftigungsanteil von 18,6% eine vergleichsweise große Bedeutung zu. Weit über dem Landesdurchschnitt (33%) ist auch das Gewicht der öffentlichen und privaten Dienstleister in der Stadt mit einem Erwerbstätigenanteil von fast 42%. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes fällt in Kiel auch gemessen am vergleichsweise niedrigen Landesdurchschnitt (21%) mit lediglich 16% gering aus (Bundesdurchschnitt: 27%).²⁰

Die Bedeutung Kiels als Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentrum zeigt sich besonders deutlich anhand der Pendlerverflechtungen. Insgesamt pendeln täglich fast 48.000 Personen mit Wohnsitz außerhalb des Stadtgebietes zum Arbeiten nach Kiel. Dem stehen lediglich 18.000 Auspendler entgegen. Bei den Einpendlern dominieren quantitativ die Beziehungen mit den umliegenden Kreisen Rendsburg-Eckernförde (20.000 Einpendler) und Plön (14.500 Einpendler). Sogar aus Mecklenburg-Vorpommern pendeln aber noch rund 800 Beschäftigte nach Kiel. Die Ströme der Auspendler werden ebenfalls wesentlich durch die Beziehungen mit den umliegenden Kreisen Rendsburg-Eckernförde (6.000 Auspendler) und Plön (3.500 Auspendler) geprägt. Eine relativ große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang auch noch die Hansestadt Hamburg mit fast 2.300 Arbeitskräften mit Wohnsitz in Kiel.²¹

Ergebnisse des Regressionsmodells

Im Untersuchungszeitraum ist die Beschäftigung in der Stadt Kiel im Durchschnitt um 1,11% im Jahr zurückgegangen. In keiner anderen Region des Landes fiel der Abbau von Arbeitsplätzen damit stärker aus als in der Landeshauptstadt. Auf der Grundlage der im Modell ermittelten Zusammenhänge wäre sogar ein noch etwas ausgeprägterer Rückgang von rund 1,3% zu erwarten gewesen. Zur ungünstigen Beschäftigungsbilanz der Stadt haben den Resultaten der Regressionsanalyse zufolge zwei Faktoren maßgeblich beigetragen: die dämpfende Wirkung der Betriebsgrößenstruktur und vor allem ein massiver negativer Standorteffekt. Alle anderen in der Analyse berücksichtigten Determinanten der Beschäftigungsentwicklung hatten dagegen einen positiven Einfluss auf das regionale Beschäftigungswachstum. Expansive Impulse gingen insbesondere von der durch den Dienstleistungssektor

²⁰ Angaben basieren auf Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder.

²¹ Daten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2005).

geprägten Wirtschaftsstruktur aus. Für Kiel ergibt sich ein Brancheneffekt von +0,62 Prozentpunkten. In diesem Ergebnis spiegelt sich wider, dass Kiel fast keine Spezialisierung auf Branchen des Verarbeitenden Gewerbes oder den Bausektor aufweist und der expandierende Dienstleistungsbereich die regionale Wirtschaft dominiert. Die einzige Ausnahme im Verarbeitenden Gewerbe stellt der Fahrzeugbau dar, für den positive Beschäftigungseffekte ermittelt werden und der zudem in Kiel ein überdurchschnittliches Gewicht besitzt. Da die Spezialisierung Kiel im Fahrzeugbau jedoch nicht im Bereich der Automobilindustrie liegt, sondern auf dem Schiffbau basiert, dürfte mit dieser speziellen Konstellation eine leichte Überschätzung des positiven Brancheneffekts für die Stadt verbunden sein.

Expansive Impulse der Wirtschaftsstruktur auf die Beschäftigungsentwicklung können des Weiteren aus der großen Bedeutung des Dienstleistungssektors in der Stadt abgeleitet werden. Günstig wirken sich in diesem Zusammenhang insbesondere die ausgeprägten Spezialisierungen auf die Bereiche Kredit/Versicherungen, die freizeit- und gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen, das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die äußerst dynamischen wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen aus. Allerdings gibt es auch einige Dienstleistungsbranchen, deren überdurchschnittliche Präsenz das regionale Beschäftigungswachstum abschwächt. Hierzu zählen den Resultaten der Regressionsanalyse zufolge der Handel, der Bereich Erziehung/Unterricht, die haushaltsbezogenen Dienstleistungen und der öffentliche Sektor. Einige dieser Wirtschaftszweige stellen wesentliche Schwerpunkte der Wirtschaftsstruktur Kiels dar – insbesondere von der starken Prägung durch die Bereiche Erziehung/Unterricht sowie Gebietskörperschaften/Sozialversicherung dürften negative Effekte auf die Beschäftigungsentwicklung ausgehen. Insgesamt überwiegen aber deutlich die positiven Wirkungen der Branchenstruktur in der Region Kiel.

Günstig wirkt sich auf die Beschäftigung auch ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau in der Landeshauptstadt aus. Im Hinblick auf den Lohneffekt ist allerdings auch festzustellen, dass Kiel durch ein relativ geringes Gewicht besonders lohnkostensensitiver Branchen gekennzeichnet ist. Diese sind vorwiegend im Produzierenden Gewerbe zu finden. Lediglich im Bereich Erziehung/Unterricht weist Kiel eine deutliche Spezialisierung in einer Branche auf, deren Beschäftigung signifikant negativ auf hohe Löhne reagiert. Insgesamt sollte die positive Beschäftigungswirkung des Lohnniveaus in Kiel nicht überschätzt werden. Der Lohneffekt beträgt +0,10 Prozentpunkte, d.h. aufgrund des niedrigen Relativlohns müsste das durchschnittliche jährliche Beschäftigungswachstum in Kiel um 0,10 Prozentpunkte über der mittleren Entwicklung vergleichbarer Stadtregionen liegen. Eine positive Wirkung geht grundsätzlich auch von der Qualifikationsstruktur auf die Beschäftigungsentwicklung in Kiel aus. Allerdings fällt der Effekt mit +0,08 Prozentpunkten für einen Hochschulstandort und Sitz verschiedener Forschungseinrichtungen überraschend schwach aus. Mit 9,3% zeichnet sich Kiel zwar landesweit durch den höchsten Anteil Hochqualifizierter an der Gesamtbeschäftigung aus. Weit überdurchschnittlich ist aber mit 71,2% auch der Anteil des mittleren Qualifikationsniveaus. Ein hoher Anteil von Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Ausbildung wirkt sich den Regressionsergebnissen zufolge dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung aus.

Eine vergleichsweise starke negative Wirkung geht dagegen von der Betriebsgrößenstruktur der Landeshauptstadt aus. Der Betriebsgrößeneffekt in Höhe von -0,25 Prozentpunkten basiert auf dem hohen Gewicht von Großbetrieben mit mehr als 99 Beschäftigten in der Region. Von den gemessen an der Beschäftigtenzahl zehn größten Unternehmen im Land hat die Hälfte ihren Sitz in Kiel (vgl. HSH Nordbank 2004). Fast 57% aller Beschäftigten in Kiel arbeiten in Großbetrieben. Damit liegt der Beschäftigtenanteil dieser Betriebsgrößenklasse in Kiel um mehr als sieben Prozentpunkte über dem Mittel der westdeutschen Kreise. Dämpfend wirkt sich die Betriebsgrößenstruktur auf die Arbeits-

platzentwicklung auch aus, weil die Bedeutung der mittleren Betriebe mit 20 bis 99 Arbeitskräften relativ gering ist. Nur rund 23% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in Kiel in Betrieben mittlerer Größe beschäftigt. In Westdeutschland fällt der Anteil um 1,7 Prozentpunkte höher aus, in Schleswig-Holstein sogar um fast 6 Prozentpunkte. Am Wachstumspotential dieser Betriebe kann die Stadt daher nur wenig teilhaben. Dieses Resultat ist aber keineswegs untypisch für die Kernstädte in Westdeutschland. Der Beschäftigungsanteil mittlerer Betriebe weicht in Kiel nur unwesentlich vom Durchschnittwert der Kernstädte in Räumen mit Verdichtungsansätzen ab. Und das Gewicht der Großbetriebe ist gemessen an der grundsätzlichen Bedeutung in Stadtregionen sogar unterdurchschnittlich. Das bedeutet, dass der ungünstige Effekt der Betriebsgrößenstruktur in Kiel für eine hochverdichtete Kernstadt eher moderat ausfällt.

Kiel weist schließlich den ungünstigsten Standorteffekt aller Regionen im Land auf (-1,21 Prozentpunkte). Dies weist auf ausgeprägte Agglomerationsnachteile hin, die sich auch in den anhaltenden Suburbanisierungstendenzen der Stadt und ihrer Umlandregionen widerspiegeln. Die Suburbanisierung der Bevölkerung und Beschäftigung lässt sich auf der Grundlage von Phasenmodellen der Stadtentwicklung erklären (vgl. Maier/Tödtling 2001). In diesen Modellen wird argumentiert, dass nach einer Urbanisierungsphase, in der die Industrialisierung und die Nutzung von Agglomerationsvorteilen in den schon existierenden Städten zu einer zunehmenden Konzentration der Bevölkerung und wirtschaftlicher Aktivitäten führte, Verlagerungstendenzen von den Agglomerationszentren in die Umlandregionen eintreten. Diese Suburbanisierung wird durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ermöglicht, der ein tägliches Pendeln zwischen einem Wohnort im Umland und einem Arbeitsplatz im Zentrum innerhalb einer vertretbaren Zeitspanne erlaubt. Aufgrund von zunehmend auftretenden Ballungsnachteilen sind zunächst Einwohner aus den Zentren in das Umland gewandert. In späteren Phasen der Suburbanisierung sind dann Handel und Gewerbe der mit der Bevölkerung verbundenen Nachfrage und den Arbeitskräften ins Umland gefolgt. Im Zeitablauf sind immer mehr Bereiche der Wirtschaft von den Suburbanisierungstendenzen erfasst worden. In diesem Zusammenhang wird auch von einer zunehmenden funktionalen Anreicherung der Suburbanisierung gesprochen (vgl. BBR 2000).

Inwieweit die Beschäftigungsentwicklung Kiels und seines Umlands auch in Zukunft durch die Suburbanisierung geprägt wird, ist gegenwärtig nicht abschätzbar. Aktuelle Ergebnisse von Herrmann/Riekhoff (2004) weisen auf eine Abschwächung der Suburbanisierung hin. So hat sich die Erwerbstätigkeit in Kiel mit -1,8% zwischen 2000 und 2003 sogar etwas günstiger entwickelt als in den Umlandkreisen Plön (-3,4%) und Rendsburg-Eckernförde (-1,9%). Herrmann/Riekhoff (2004) vermuten, dass die Abschwächung der Suburbanisierung zum Teil darauf beruht, dass sich Wachstumsimpulse von Technologieschüben (z.B. IuK-Technologie, Biotechnologie, Luftfahrt) zunächst in den großen Agglomerationszentren manifestieren, da diese Regionen für die neu entstehenden Unternehmen günstige Standortbedingungen bieten (FuE-Kapazitäten, hoch qualifizierte Arbeitskräfte, Agglomerationsvorteile). Weiterhin seien hochwertige Dienstleistungsangebote (Finanz- und Unternehmensdienstleistungen) durch räumliche Konzentrationsprozesse gekennzeichnet. Zentrale Dienstleistungsstandorte wie Hamburg profitierten von dieser Entwicklung, während Städte geringerer Zentralität wie Kiel und vor allem weniger verdichtete Regionen auf der Verliererseite stünden.

6.2 Ostholstein

Der Kreis Ostholstein liegt am östlichen Rand des Landes Schleswig-Holstein. Die geographische Lage Ostholsteins wird im Wesentlichen durch die Ostsee bestimmt. Das nördliche Kreisgebiet (Wagrien und die Insel Fehmarn) ragt, einer Halbinsel vergleichbar, in die Ostsee hinein. Die 185 km

lange Küstenlinie (davon ca. 50 km Sandstrände) stellt gleichzeitig die nördliche und östliche Kreisgrenze dar. An der Lübecker Bucht und auf der Insel Fehmarn liegen einige bekannte Badeorte mit zum Teil überregionaler Bedeutung (z.B. Timmendorfer Strand, Grömitz, Heiligenhafen).

Im Jahresdurchschnitt 2003 lebten rund 205.000 Menschen im Kreis Ostholstein. Die Bevölkerungsdichte ist in Ostholstein mit 147 Einwohner pro km² geringer als der Landes- und Bundesdurchschnitt (Schleswig-Holstein: 179, Bund: 231 Einwohner pro km²). Aufgrund seiner Siedlungsstruktur und der Nähe zur Stadt Lübeck ist Ostholstein der Kategorie eines *ländlichen Kreises in einem verstärkten Raum* zuzuordnen (BBR 2000). Während der Süden des Kreises unmittelbar an das Wirtschaftszentrum Lübeck angrenzt und von Suburbanisierungstendenzen profitieren konnte²², befinden sich die nördlichen Kreisgebiete in bis zu 100 km Entfernung von der Hansestadt. Der Schwerpunkt der Bevölkerungsverteilung liegt dementsprechend im Süden der Region, in der Nähe Lübecks. Rund 40% der Bevölkerung der Region leben im südlichen Kreisgebiet. Auf den nördlichen und mittleren Teil des Kreisgebietes entfallen jeweils etwa 30% der Wohnbevölkerung. Ähnlich ist die räumliche Verteilung der Beschäftigung. Im Süden des Kreises befinden sich 36% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, in der Region Mitte 35% und im Norden Ostholsteins 29%.

Ostholstein gehörte in den vergangenen Jahren zu den Regionen Schleswig-Holsteins mit einer relativ hohen Zuwanderung (Innenministerium Schleswig-Holstein 2004). Seit 1990 ist die Einwohnerzahl aufgrund positiver Wanderungssalden um fast 9% gestiegen. Bei den Zuwanderern handelt es sich zum Teil um „Ruhestandswanderer“, die nach Beendigung ihrer Berufstätigkeit Ostholstein als Wohnort wählen. Nach Angaben der Kreisverwaltung kamen über 40% der Zuwanderer in die touristisch besonders reizvollen Orte Ostholsteins aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Niedersachsen – den Hauptherkunftsgebieten der Urlauber Schleswig-Holsteins.²³ Starke Wanderungsverflechtungen bestehen auch mit der Hansestadt Lübeck und den neuen Bundesländern, hier speziell Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Zusammenhang dürften allerdings unterschiedliche Wanderungsmotive eine Rolle spielen. Die kleinräumigen Wanderungsbewegungen, d.h. die Zuwanderung aus Lübeck wird vermutlich vorwiegend auf die Verbesserung der Wohnsituation abzielen. Im Gegensatz dazu ist anzunehmen, dass die Zuwanderung aus den ostdeutschen Ländern in erster Linie arbeitsmarktbedingt ist, die Menschen also einen Arbeitsplatz in der Region gefunden haben und deshalb auch ihren Wohnort nach Ostholstein verlagern. Prognosen der weiteren Bevölkerungsentwicklung deuten darauf hin, dass bereits ab dem Jahr 2006 der positive Wanderungssaldo den negativen natürlichen Saldo aus Geburten und Sterbefälle in Ostholstein nicht mehr kompensieren kann. Den Ergebnissen zufolge wird die Einwohnerzahl zwischen 2004 und 2020 im Kreis um fast 3% abnehmen (vgl. Statistikamt Nord 2005).

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Ostholstein seit Anfang der 90er Jahre lässt vermuten, dass die Region trotz ihrer Nähe zur ehemaligen innerdeutschen Grenze – die südliche Kreisgrenze ist lediglich durch das Stadtgebiet Lübecks von Mecklenburg-Vorpommern getrennt – nur vorübergehend von positiven Grenzöffnungseffekten profitieren konnte.²⁴ Zwischen 1991 und 1995 hat sich die Erwerbstätigkeit in Ostholstein mit einem Wachstum um 3,1% erheblich dynamischer entwickelt als in Schleswig-Holstein insgesamt (-0,2%). Ab Mitte der 90er Jahre ist der Kreis jedoch in der regionalen Wachstumshierarchie deutlich zurückgefallen. Mit einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um mehr

²² Vgl. für die 90er Jahre und die aktuelle Entwicklung: Innenministerium Schleswig-Holstein (2004).

²³ Siehe Kreis Ostholstein (2004): www.kreis-oh.de (Stand 30.09.04); zum Themenkomplex der „Ruhestandswanderer“ vgl. auch Baudissin-Zinzendorf (1988).

²⁴ Vgl. zu diesem Thema auch die Ausführungen in Cnotka et al. (1994).

als 2% zwischen 1995 und 2003 schneidet der Kreis wesentlich ungünstiger ab als das Land im Mittel (+0,8%).

Die Wirtschaftsstruktur Ostholsteins wird in starkem Maße geprägt durch den Fremdenverkehr und die mit dem Tourismus verbundenen Bereiche. 2003 betrug die Zahl der Gästeübernachtungen im Kreis rund 5.668.500. Dies entspricht mehr als 27% aller Übernachtungen in Schleswig-Holstein. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs spiegelt sich auch in der Tourismusintensität wider, die mit 27,4 Übernachtungen je Einwohner im Jahresdurchschnitt 2003 erheblich über dem Landesdurchschnitt (7,3) liegt. Das große Gewicht des Gastgewerbes trägt zur überdurchschnittlichen Bedeutung des Dienstleistungssektors in der Region bei. Von den 81.000 Erwerbstätigen in Ostholstein waren 78,3% in 2003 im Dienstleistungssektor beschäftigt. Das Verarbeitende Gewerbe ist dagegen mit einem Anteil von 10,4% an allen Erwerbstätigen stark unterrepräsentiert. Die Schwerpunkte des Verarbeitenden Gewerbes im Kreis liegen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der elektrotechnischen Industrie und der Medizintechnik.

Der Umfang der Arbeitsmarktprobleme im Kreis Ostholstein entspricht etwa der Situation im Landesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 2004 11,1% (bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen). Innerhalb des Kreises ist sowohl ein Nord-Süd-Gefälle, als auch im Jahresverlauf eine ausgeprägte saisonale Komponente erkennbar. Im Süden der Region ist die Arbeitslosenquote, unabhängig von saisonalen Einflüssen, geringer als in der Mitte oder im Norden. Die stärksten saisonalen Schwankungen sind erwartungsgemäß in den Gebieten zu beobachten, die durch den Fremdenverkehr geprägt werden. Die Verflechtungen auf dem Arbeitsmarkt werden ganz erheblich durch die Hansestadt Lübeck als Wirtschaftszentrum der gesamten Region beeinflusst. Von den mehr als 21.000 Auspendlern (Stand: 30.06.2004, Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen) aus dem Kreis Ostholstein pendelten allein 55% zum Arbeiten in die Hansestadt. An zweiter Stelle steht die Metropole Hamburg mit fast 11%. Nennenswerte Pendelbewegungen sind auch noch in die Landeshauptstadt Kiel mit 5,1% und in den Kreis Stormarn mit 4,7% zu verzeichnen. Analog dazu zeigt sich auch bei der Zahl der Einpendler die starke Verflechtung mit Lübeck. Von den rund 12.000 Personen die zum Arbeiten in den Kreis pendeln, kamen allein 43% aus Lübeck. Dem folgen die Einpendler aus Mecklenburg-Vorpommern mit rund 15%, wovon allein auf den nächstgelegenen Kreis Nordwestmecklenburg 8% entfallen.

Ergebnisse des Regressionsmodells

Die Beschäftigungsentwicklung der Region Ostholstein wird durch das Analysemodell recht präzise abgebildet. Im Untersuchungszeitraum nahm die Beschäftigung im Mittel um 0,42% pro Jahr ab. Dies entspricht exakt dem Wert, der auf der Grundlage der Regressionsergebnisse für das Beschäftigungswachstum ermittelt wird. Von allen Landkreisen Schleswig-Holsteins hat sich damit zwischen 1993 und 2001 nur Steinburg mit einer Veränderungsrate von -0,49% ungünstiger als Ostholstein entwickelt. Der Beschäftigungsabbau in Ostholstein hat sich eingestellt, obwohl der Kreis von seiner Branchen- und Betriebsgrößenstruktur her durchaus Bedingungen bietet, welche das Beschäftigungswachstum fördern. Auch ein relativ niedriges Lohnniveau in Ostholstein wirkt sich günstig auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Die stärkste positive Wirkung entfaltet die Betriebsgrößenstruktur im Kreis – der Effekt beträgt +0,70 Prozentpunkte. Der positive Betriebsgrößeneffekt ist zum einen auf die weit unterdurchschnittliche Bedeutung von Großbetrieben in Ostholstein zurückzuführen. Lediglich 28% der Beschäftigung entfällt auf Betriebe mit mehr als 99 Beschäftigten. Das sind fast 22 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt der westdeutschen Regionen. Insgesamt gibt es nur wenige größere Un-

ternehmen – unter den 50 größten Betrieben des Landes haben lediglich zwei ihren Sitz in Ostholstein. Der größte privatwirtschaftliche Arbeitgeber des Kreises sind die Schwartauer Werke GmbH & Co. KGaA (Nahrungs- und Genussmittel) in Bad Schwartau mit fast 800 Beschäftigten, gefolgt von der Sparkasse Ostholstein mit rund 700 Beschäftigten (vgl. HSH Nordbank 2004). Günstig wirkt sich im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung zudem das große Gewicht der Betriebe mittlerer Größe aus. Rund 30% der Arbeitskräfte im Kreis sind in Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten angestellt. Damit liegt der Anteil um 5,8 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt.

Positive Impulse gehen auch von der Branchenstruktur der Region auf das Beschäftigungswachstum aus. Allein aufgrund der bestehenden Abweichungen von der durchschnittlichen westdeutschen Sektorstruktur wäre zu erwarten, dass die Wachstumsrate in Ostholstein um 0,26 Prozentpunkte die mittlere Veränderungsrate in Westdeutschland übersteigt. Die günstige Wirkung der Branchenstruktur auf die Beschäftigungsentwicklung ist auf die weitgehend fehlenden Spezialisierungen Ostholsteins im Produzierenden Gewerbe zurückzuführen. Lediglich die Energiewirtschaft, der Bereich Ernährung/Tabak und das Baugewerbe weisen im Kreis überdurchschnittliche Beschäftigungsanteile auf. Diese Spezialisierungen wirken dämpfend auf das Beschäftigungswachstum der Region. Es überwiegen in Ostholstein aber die expansiven Wirkungen der Branchenschwerpunkte im Dienstleistungssektor. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Spezialisierungen im Gastgewerbe sowie im Gesundheits- und Sozialwesen. Ungünstig im Hinblick auf die Arbeitsplatzentwicklung ist dagegen die überdurchschnittliche Bedeutung des schrumpfenden Bereichs Gebietskörperschaften/Sozialversicherung sowie das geringe Gewicht einiger dynamischer Dienstleistungsbranchen wie den wirtschafts- und den freizeitbezogenen Dienstleistungen zu bewerten.

Ein noch stärkerer positiver Effekt geht vom regionalen Lohnniveau auf die Beschäftigungsentwicklung in Ostholstein aus. Die Analyseergebnisse weisen darauf hin, dass in keiner anderen Region Schleswig-Holsteins das um Einflüsse der Branchen-, Qualifikations- und Betriebsgrößenstruktur bereinigte Lohnniveau niedriger ist als in Ostholstein. Aus dem relativ niedrigen Lohnniveau ergibt sich ein positiver Beschäftigungseffekt in Höhe von 0,36 Prozentpunkten. Die Lohnhöhe der Region wird vermutlich nicht unwesentlich durch die Nähe Ostdeutschlands beeinflusst. Dies legen auch die Resultate einer Studie von Buettner/Rincke (2004) nahe, die feststellen, dass in den westdeutschen Regionen im ehemaligen Zonenrandgebiet das Lohnniveau relativ zum Rest Westdeutschlands infolge der durch die Grenzöffnung ausgelösten Prozesse abgenommen hat. Die Lohnentwicklung in den grenznahen Regionen ist den Ergebnissen zufolge auf die einsetzende Arbeitskräftemobilität zwischen Ost- und Westdeutschland zurückzuführen. Dabei seien nicht so sehr Wanderungsbewegungen für die Veränderung des regionalen Arbeitsangebotes und die daraus resultierenden Effekte auf das Lohnniveau entscheidend als vielmehr die sich herausbildenden Pendlerverflechtungen zwischen ost- und westdeutschen Regionen.

Ein nicht unerheblicher negativer Effekt geht dagegen von der Qualifikationsstruktur auf das Beschäftigungswachstum in Ostholstein aus (-0,23 Prozentpunkte). Dies basiert in erster Linie darauf, dass lediglich 3,5% der Beschäftigten in der Region einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss besitzen – das sind mehr als vier Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt der westdeutschen Regionen. Die vergleichsweise geringe Humankapitalausstattung hat negative Auswirkungen auf den Erhalt bestehender Beschäftigungsmöglichkeiten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gemessen am ebenfalls negativen Standorteffekt von -0,9 Prozentpunkten fällt die Beschäftigungswirkung der regionalen Humankapitalausstattung aber moderat aus. Lediglich für die Stadt Kiel wird im Rahmen der Analyse ein noch stärkerer negativer Standorteffekt ermittelt. Zudem zeichnen sich die Landkreise in der Regel

durch positive Standorteffekte aus. Es existieren somit in Ostholstein offenbar wesentliche Standortnachteile, die das Beschäftigungswachstum hemmen, und die nicht charakteristisch für alle weniger verdichteten Regionen des Landes sind. Ein zentrales Kennzeichen der Region ist ihre Lage im ehemaligen Zonenrandgebiet. Der negative Standorteffekt könnte daher Nachwirkungen der Randlage an der ehemaligen innerdeutschen Grenze widerspiegeln. Regionen im Zonenrandgebiet waren über Jahrzehnte durch abgeschnittene Verkehrsinfrastrukturen und Absatzbeziehungen gehandikapt. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse deuten darauf hin, dass die mit dieser geographischen Lage verbundenen Standortnachteile auch heute noch in Ostholstein nachwirken. Dieses Resultat steht im Widerspruch zu aktuellen Studien, die Integrationseffekte auf der Basis von Modellen der so genannten „Neuen ökonomischen Geographie“ untersuchen. So kommen Brühlhart et al. (2004) zu der Einschätzung, dass Grenzregionen stärker als andere Regionen von Integrationsprozessen profitieren sollten, weil sich ihre Lage zu Absatz- und Beschaffungsmärkten überdurchschnittlich verbessert. Die deutsche Wiedervereinigung stellt eine noch sehr viel umfassendere Integration dar als beispielsweise der europäische Integrationsprozess. Für Ostholstein als ehemalige Grenzregion sind aber bislang keine dauerhaften positiven Impulse der Grenzöffnung erkennbar.

6.3 Segeberg

Der Kreis Segeberg liegt im südholsteinischen Raum im Schnittpunkt der Verkehrswege zwischen der Metropole Hamburg und den Städten Kiel, Neumünster und Lübeck. Er grenzt im Süden unmittelbar an Hamburg. Der Kreis ist aufgrund seiner Lage in der Metropolregion Hamburg und seiner leicht über dem Landesdurchschnitt liegenden Bevölkerungsdichte (189 Einwohnern pro km²) dem Siedlungsstrukturtyp *verdichteter Kreis in einem Agglomerationsraum* zuzuordnen (BBR 2000). Die Nähe der Hansestadt Hamburg hat entscheidenden Einfluss auf die binnenstrukturelle Gliederung des Kreisgebietes. Schwerpunkte der Besiedlung sind die westlichen und südwestlichen Gebietsteile entlang der Achse Hamburg-Kaltenkirchen. Rund 57% der Einwohner Segebergs lebten 2003 entlang dieser Achse, wobei allein auf die unmittelbar an Hamburg grenzende Stadt Norderstedt 28% der Bevölkerung entfallen (vgl. Kreis Segeberg 2005).

Segeberg profitiert im Hinblick auf seine positive Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung stark von Suburbanisierungstendenzen im Agglomerationsraum Hamburg.²⁵ Die Suburbanisierung trägt erheblich zum stabilen und relativ hohen Bevölkerungszuwachs des Kreises bei. So ist die Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 1995 bis 2003 um 8,2% gestiegen. Das ist nach dem Herzogtum Lauenburg (8,9%) die zweithöchste Wachstumsrate aller Regionen des Landes. Die Ergebnisse von Bevölkerungsprognosen lassen erwarten, dass sich die positive Bevölkerungsentwicklung Segebergs weiter fortsetzen wird. Ausgehend vom Basisjahr 2004 ist bis 2020 mit einer Zunahme der Einwohnerzahlen um 4,5% zu rechnen (Schleswig-Holstein: -0,1%). Ursächlich für das prognostizierte Bevölkerungswachstum ist der positive Wanderungssaldo. Ein weiterer zentraler Aspekt des demographischen Wandels im Kreis Segeberg ist der Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung. Der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung wird bis zum Jahr 2020 voraussichtlich um sechs Prozentpunkte auf dann 22% ansteigen. Ursache dieser Entwicklung ist die starke Zuwanderung Erwerbstätiger in den vergangenen Jahrzehnten, die in den kommenden Jahren zunehmend das Rentenalter erreichen werden (vgl. Statistikamt Nord 2005).

²⁵ Schönert (2003) kommt zu dem Ergebnis, dass Hamburg im Zeitraum von 1981-2000 durchschnittlich 6.659 Einwohner pro Jahr an das Umland verloren hat. Nach Einschätzung des Autors wird sich dieser Suburbanisierungsprozess auch in Zukunft fortsetzen.

Expandiert ist ebenso wie die Bevölkerung auch die Zahl der Erwerbstätigen im Kreis Segeberg. Gemeinsam mit den anderen Gebieten im Hamburger Rand realisierte Segeberg seit Anfang der 90er Jahre das stärkste Beschäftigungswachstum in Schleswig-Holstein. Die Erwerbstätigkeit stieg zwischen 1991 und 2003 um 7,9% (Schleswig-Holstein: 0,5%). Die wirtschaftliche Dynamik spiegelt sich auch in der Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. Segeberg zeichnet sich seit Jahren durch eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein aus. Mit einer Quote von 8,8% bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 2004 lag der Kreis deutlich unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt (Schleswig-Holstein: 11,1%; Deutschland: 11,7%).

Die Wirtschaftsstruktur des Kreises ist durch ein, gemessen am Landesdurchschnitt, großes Gewicht des Produzierenden Gewerbes gekennzeichnet. Rund 26% der Erwerbstätigen entfallen in Segeberg auf diesen Bereich (Schleswig-Holstein: 21%). In erster Linie trägt das Verarbeitende Gewerbe mit 19% an allen Erwerbstätigen zur Bedeutung des Produzierenden Gewerbes im Kreis bei (Schleswig-Holstein: 14,3%). Die relativ starke Stellung der Industrie im Kreis dürfte nicht unwesentlich durch Suburbanisierungstendenzen der Metropole Hamburg beeinflusst werden. So zeigen die Ergebnisse von Stäglin et al. (2000), dass Verlagerungsabsichten in das Hamburger Umland in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg deutlich stärker ausgeprägt sind als im Dienstleistungssektor. Branchenschwerpunkte im industriellen Bereich liegen im Maschinenbau (inkl. des Metallbaus und der Luftfahrttechnik), der Ernährungswirtschaft, der Medizintechnik und dem Gebiet Pharma/Chemie (IHK Lübeck 2003). Der Dienstleistungssektor ist dagegen in der Region nur unterdurchschnittlich vertreten. Insgesamt sind rund 71% der Erwerbstätigen in Dienstleistungsbranchen tätig. Das Land insgesamt erreicht einen um fast fünf Prozentpunkte höheren Anteil.

Die starke Verflechtung Segebergs mit der Hansestadt Hamburg zeigt sich besonders auch in den Pendlerverflechtungen. Von den insgesamt rund 45.000 Personen, die 2004 zum Arbeiten den Kreis verlassen, pendeln annähernd 62% nach Hamburg. Weitere nennenswerte Ströme bestehen mit den Regionen Pinneberg und Neumünster mit jeweils 7%. In der umgekehrten Betrachtung der Einpendler steht die Verflechtung mit Hamburg ebenfalls an erster Stelle. Von den etwa 30.000 Personen, die zu ihrem Arbeitsplatz in den Kreis Segeberg einpendeln, kommen 36% aus Hamburg, gefolgt von Pinneberg (14%), dem Kreis Stormarn (7%) und Neumünster (6%). Nennenswerte weiträumigere Pendlerbeziehungen bestehen auch mit Mecklenburg-Vorpommern. Mehr als 1.100 Arbeitskräfte mit Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Arbeitsplatz in Segeberg.²⁶

Ergebnisse des Regressionsmodells

Der Kreis Segeberg erreichte im Untersuchungszeitraum im Durchschnitt einen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 0,42% pro Jahr. Lediglich der Kreis Rendsburg-Eckernförde schnitt mit 0,46% in diesem Zeitraum besser ab. Die explizit in der Regressionsanalyse berücksichtigten Einflussfaktoren tragen nur wenig zur Erklärung der günstigen Entwicklung in Segeberg bei. Von der Branchenstruktur, dem regionalen Lohnniveau und der Qualifikationsstruktur gehen negative Impulse auf das Beschäftigungswachstum des Kreises aus. Die Größenordnung dieser Effekte sollte allerdings nicht überschätzt werden. Der stärkste negative Effekt ist mit der Humankapitalausstattung der Region verbunden. Es ergibt sich ein Qualifikationseffekt von in Höhe von -0,19 Prozentpunkten. Der Effekt ist im Wesentlichen auf den unterdurchschnittlichen Anteil von hoch qualifizierten Beschäftigten zurückzuführen. Lediglich 4,4% besitzen in Segeberg einen Fachhochschul- und

²⁶ Angaben basierend auf eigenen Berechnungen auf der Grundlage von Stichtagsdaten (30.06.2004) aus der Pendlerstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Universitätsabschluss – das sind mehr als drei Prozentpunkte weniger als im westdeutschen Durchschnitt.

Als ungünstig im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung ist auch die Wirtschaftsstruktur im Kreis zu bewerten. Im Rahmen der Analyse wird ein Brancheneffekt in Höhe von -0,15 Prozentpunkten ermittelt. Der negative Beschäftigungseffekt der Branchenstruktur basiert zum einen darauf, dass in Segeberg das Verarbeitende Gewerbe ein relativ großes Gewicht besitzt. In mehreren Wirtschaftszweigen weist die Region deutliche Spezialisierungen auf. Überdurchschnittliche Beschäftigungsanteile bestehen vor allem für die chemische Industrie, die Gewinnung von Steinen und Erden, den Maschinenbau und den Bereich Papier/Druck. Leicht überrepräsentiert ist zudem auch das Baugewerbe. All diesen Branchen ist gemein, dass mit einer entsprechenden Spezialisierung dämpfende Effekte auf die regionale Beschäftigungsdynamik verbunden sind. Wenig beschäftigungsfördernd ist die Wirtschaftsstruktur auch, weil der Kreis fast keine Spezialisierungen im Bereich der dynamisch wachsenden Dienstleistungsbereiche aufweist. Mit dem Gesundheits- und Sozialwesen gibt es in Segeberg lediglich eine Dienstleistungsbranche mit einem leicht überdurchschnittlichen Beschäftigungsanteil, von der gleichzeitig signifikante Beschäftigungsimpulsen ausgehen.

Auch der Lohneffekt fällt in Segeberg mit -0,14 Prozentpunkten negativ aus. Wie bereits im Abschnitt 5 dargelegt, sind die meisten Gebiete im Hamburger Rand durch negative Lohneffekte gekennzeichnet, weil das Relativlohniveau höher als im Durchschnitt der entsprechenden Siedlungsstrukturtypen ausfällt. Segeberg steht hier vermutlich wie auch andere Regionen im Umland der Metropole unter dem Einfluss des hohen Lohnniveaus im Agglomerationszentrum Hamburg, das auf die benachbarten Gebiete ausstrahlt. Der zentrale Faktor hinter diesen Ausstrahlungseffekten dürfte die Arbeitskräftemobilität innerhalb des gesamten Ballungsraums sein, die sich in den ausgeprägten Pendlerverflechtungen widerspiegelt. Starke Lohnunterschiede werden durch die Arbeitskräftemobilität abgebaut, so dass im Ballungsraum aufgrund der intensiven Pendlerbewegungen keine größeren Lohndifferenzen bestehen können. Erschwerend treten im Fall Segebergs neben das hohe Lohnniveau einige Spezialisierungen auf relativ lohnkostensensitive Branchen. Mit der chemischen Industrie, dem Bereich Ernährung/Tabak und dem Baugewerbe gibt es im Kreis gleich drei stark vertretene Wirtschaftszweige, für die bedeutende negative Effekte hoher Löhne auf die Beschäftigungsentwicklung festgestellt werden.

Positive Impulse gehen von der Betriebsgrößenstruktur der Region Segeberg aus. Im Rahmen der Analyse wird ein Betriebsgrößeneffekt von +0,36 Prozentpunkten ermittelt. Einschränkend bleibt allerdings festzuhalten, dass der positive Effekt in allen anderen Landkreisen Schleswig-Holstein stärker ausfällt. Dieses Resultat ist darauf zurückzuführen, dass der Beschäftigungsanteil von Großbetrieben in Segeberg mit rund 40% zwar deutlich um fast zehn Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der westdeutschen Kreise liegt, aber – abgesehen von den kreisfreien Städten – höher ist als in allen Regionen Schleswig-Holsteins. Mit der Firma Ethicon GmbH in Norderstedt (mehr als 2.100 Beschäftigten) aus dem Bereich der Medizintechnik ist einer der beschäftigungsstärksten Betriebe des Landes im Kreisgebiet angesiedelt. Unter die zwanzig größten Betriebe Schleswig-Holsteins fallen darüber hinaus noch die im Maschinenbau tätige Jungheinrich AG (Werk Norderstedt mit 1.600 Beschäftigten) und die Segeberger Kliniken Gruppe mit 1.500 Beschäftigten (vgl. HSH Nordbank 2004). Günstig wirkt sich auf das Beschäftigungswachstum im Kreis auch die überdurchschnittliche Bedeutung von Betrieben mittlerer Größe aus. Der Beschäftigungsanteil dieser Größenklasse, von der den Analyseergebnissen zufolge positive Impulse auf die Beschäftigungsentwicklung ausgehen, liegt mit rund 29% fast fünf Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt.

In noch sehr viel stärkerem Maße als der Betriebsgrößeneffekt trägt der für den Kreis identifizierte Standorteffekt in Höhe von +1,52 Prozentpunkten zur dynamischen Beschäftigungsentwicklung in Segeberg bei. Der äußerst positive Standorteffekt Segebergs steht im Einklang mit neueren Theorien zu städtischen Systemen (vgl. Maier/Tödting 2001). Hiernach profitiert Segeberg aufgrund seiner geographischen Lage von verschiedenen Impulsen, die vom Agglomerationszentrum Hamburg ausgehen. Innovationen und Wachstumsimpulse treten nicht gleichmäßig im Raum auf und breiten sich auch nicht gleichmäßig im Raum aus. In großen Ballungszentren wie Hamburg konzentrieren sich danach Innovationen und Wachstumsimpulse. Da die geographische Distanz z.B. bei der Diffusion technischer Neuerungen auch eine Rolle spielt, profitieren Gebiete in der Nähe großer Agglomerationszentren stärker von diesen Ausbreitungsprozessen als vergleichbare, weiter entfernte Regionen. Darüber hinaus dürfte sich im positiven Standorteffekt die Suburbanisierung der Beschäftigung in der Metropolregion Hamburg widerspiegeln. So besitzt etwa der Handel im Kreis Segeberg eine weit überdurchschnittliche Bedeutung als Arbeitgeber. Dies ist in starkem Maße auf Standortverlagerungen von Hamburger Handelsbetrieben zurückzuführen.²⁷ Auch die vergleichsweise große Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes im Kreisgebiet dürfte zumindest teilweise auf die Suburbanisierungstendenzen zurückführen sein.

6.4 Nordfriesland

Der Kreis Nordfriesland liegt im Nordosten Schleswig-Holsteins an der dänischen Grenze und stellt mit der Gemeinde List auf der Insel Sylt den geographisch nördlichsten Punkt der Bundesrepublik Deutschland. Nordfriesland liegt abseits der Verdichtungsräume Kiel und Hamburg sowie bedeutender Siedlungs- und Verkehrskorridore. Die Besiedlungsdichte ist weit unterdurchschnittlich. Im Jahresdurchschnitt 2003 lebten rund 166.000 Einwohner im Kreisgebiet. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von nur 81 Einwohnern je km² – damit ist Nordfriesland der am dünnsten besiedelte Kreis in Schleswig-Holstein. Dementsprechend ist Nordfriesland in der Klassifizierung der siedlungsstrukturellen Gebietstypen als *ländlicher Kreis geringer Dichte* eingestuft (BBR 2000). Die für den Kreis charakteristische geringe und dezentrale Besiedlung wird auch bei einer Betrachtung der Anzahl und Verteilung seiner Kommunen deutlich. Die einzige Stadt mit mehr als 20.000 Einwohnern ist Husum, gefolgt von mehreren Städten und Gemeinden mit 5.000 - 10.000 Einwohnern. Naturräumlich wird die Region wesentlich von der Nordsee und dem Wattenmeer geprägt. Auch die Wirtschaftsstruktur und die Kultur sind vom Leben „am und mit“ dem Meer stark beeinflusst.

Die traditionell sehr bedeutende Landwirtschaft ist immer noch ein wichtiges Standbein der Wirtschaft in Nordfriesland. Mit 5,9% aller Erwerbstätigen erreicht der primäre Sektor einen weit überdurchschnittlichen Beschäftigungsanteil im Kreis (Schleswig-Holstein: 3,5%, Deutschland: 2,4%). Das produzierende Gewerbe ist demgegenüber in der nördlichsten Region Deutschlands nur schwach vertreten. So waren 2003 nur rund 15% der Erwerbstätigen in diesem Sektor beschäftigt. Äußerst gering ist auch die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes als Arbeitgeber im Kreis. Mit nur 6,6% ist der Anteil, auch gemessen am ohnehin geringen Landesdurchschnitt (14,3%), sehr niedrig. Bundesweit ist der Erwerbstätigenanteil sogar rund dreimal so hoch (20,2%). Der Dienstleistungssektor dominiert mit rund 79% der Erwerbstätigen die Wirtschaftsstruktur Nordfrieslands. Lediglich in der Landeshauptstadt Kiel (84%) und der Hansestadt Lübeck (80%) fällt der Anteil des tertiären Sektors im Land höher aus.

²⁷ Zum Thema Standortverlagerung in das Hamburger Umland siehe auch Bode/Lammers (1994).

Schwerpunkte des Dienstleistungssektors liegen in Nordfriesland im Tourismus und der öffentlichen Verwaltung. Auf das Gastgewerbe entfallen rund 12% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung des Kreises, landesweit sind es dagegen nur etwa 4%. Der Fremdenverkehrssektor Nordfrieslands verzeichnete 2003 rund 6,7 Mio. Übernachtungen – das sind 32,5% aller Übernachtungen in Schleswig-Holstein. Die Tourismusintensität, d.h. die Zahl der Übernachtungen pro Einwohner, lag mit 40,5 weit über dem Landes- und dem Bundesdurchschnitt (7,3 bzw. 3,8). Die Summe der direkt und indirekt vom Tourismus abhängigen Arbeitsplätze im Kreis wird auf etwa 25.000 geschätzt (Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH 2002). In den letzten Jahrzehnten hat der Kreis durch den expandierenden Tourismus starke strukturelle Veränderungen erfahren. Die traditionellen Haupterwerbszweige, die Fischerei und die Landwirtschaft, wurden durch den Tourismus abgelöst mit der Folge, dass die Siedlungs- und Infrastruktur den neuen Anforderungen angepasst werden musste. Trotz der Veränderungen bleibt aus einer infrastrukturellen Betrachtung heraus die Verkehrsanbindung aber problematisch. So sind außer Sylt die Inseln und Halligen nur per Schiff, und dies überwiegend gezeitenabhängig, zu erreichen (vgl. Raum & Energie 2003).

Die periphere Lage des Kreises abseits der großen Arbeitsmarktzentren des Landes lässt sich auch an den Pendlerbewegungen ablesen. Insgesamt betrachtet sind die Pendlerverflechtungen gering. So beträgt der Anteil der Auspendler an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz im Nordfriesland nur 17%. Dies ist landesweit der niedrigste Wert. Gemessen am Anteil der Auspendler weisen die Kreise Plön (61%), Stormarn (59%) und das Herzogtum Lauenburg (58%) erheblich intensivere Pendlerverflechtungen auf.²⁸ Noch wesentlich geringer ist die Bedeutung der grenzüberschreitenden Pendlerverflechtungen mit der dänischen Nachbarregion Sønderjylland. Hansen/Nahrstedt (2000) schätzen, dass die Zahl der Grenzpendler zwischen Deutschland und Dänemark gegen Mitte der 90er Jahre etwa 2.300 Erwerbspersonen betrug. Es ist davon auszugehen, dass sich das grenzüberschreitende Pendlervolumen seitdem nicht nennenswert erhöht hat. So weist die Pendlerstatistik der Bundesagentur für Arbeit aktuell lediglich 82 sozialversicherungspflichtige Einpendler mit Wohnsitz in Dänemark für den Kreis Nordfriesland aus. Hansen/Nahrstedt (2000) sprechen daher von noch getrennten Arbeitsmärkten aufgrund von Barrieren, deren Ursachen in unterschiedlichen Steuer- und Sozialversicherungssystemen sowie Hemmnisse im sprachlichen und kulturellen Bereich liegen.

Ergebnisse des Regressionsmodells

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von +0,05% verlief die Beschäftigungsentwicklung in Nordfriesland während des Untersuchungszeitraums nur wenig dynamisch. Die meisten Landkreise Schleswig-Holsteins zeichnen sich zwischen 1993 und 2001 durch höhere Beschäftigungszuwächse aus. Aus dem Modell leitet sich mit -0,07% sogar eine noch etwas ungünstigere Einschätzung ab. Den Resultaten der Regressionsanalyse zufolge sind die Standortbedingungen der Region im Hinblick auf ihre Beschäftigungswirkungen sehr unterschiedlich zu bewerten. Ausgeprägte negative Impulse auf das Beschäftigungswachstum Nordfrieslands gehen insbesondere vom regionalen Lohnniveau und einem Defizit in der Humankapitalausstattung aus. Vor allem der negative Lohneffekt (-0,15 Prozentpunkte) ist überraschend. Im Allgemeinen wäre in einer so dünn besiedelten, peripheren Region eher ein vergleichsweise geringes Lohnniveau und dementsprechend ein positiver Effekt der Lohnhöhe auf die Beschäftigung zu erwarten. Offenbar stellt aber Nordfriesland im Vergleich mit anderen ländlichen Regionen Westdeutschlands keine ausgesprochene Niedriglohnregion dar, wenn

²⁸ Angaben basieren auf Stichtagsdaten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit – Stand 30.06.2004. Für weitere Informationen zur Pendlerverflechtung des Kreises siehe auch Raum & Energie (2003).

Einflüsse der Qualifikations-, Firmengrößen- und Branchenstruktur sowie systematische Stadt-Land-Unterschiede kontrolliert werden. Ungünstig dürfte sich in diesem Zusammenhang auch das große Gewicht des Baugewerbes in der Region auswirken – einem sehr lohnkostensensitiven Bereich.

Als noch gravierender sind jedoch im Hinblick auf die Beschäftigungswirkungen die Defizite in der Qualifikationsstruktur zu beurteilen. Allein aufgrund der unterdurchschnittlichen Humankapitalausstattung würde die Beschäftigungsentwicklung in Nordfriesland – ceteris paribus – schon um 0,32 Prozentpunkte hinter der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate in Westdeutschland zurückbleiben. Das zentrale Problem besteht hierbei in dem äußerst niedrigen Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten in der Region. Lediglich 2,9% der Beschäftigten besitzen einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. In keiner anderen Region Schleswig-Holsteins ist die Ausstattung mit Hochqualifizierten geringer. Die Beschäftigungsanteile der Ungelernten und des mittleren Qualifikationssegments sind demgegenüber leicht überdurchschnittlich. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte für das Humankapitaldefizit das Fehlen eines Hochschulstandortes in der Region spielen. Zudem ist festzustellen, dass die Wirtschaftsstruktur des Kreises in starkem Maße durch Branchen geprägt wird, die einen vergleichsweise geringen Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften haben – wie etwa das Gastgewerbe oder der Agrarbereich. Wirtschaftszweige mit einer relativ starken Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften, also z.B. die wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen, sind dagegen in Nordfriesland unterrepräsentiert. Von Bedeutung dürfte in diesem Zusammenhang auch das Fehlen eines größeren Agglomerationszentrums in der Region sein. Jüngere Erwerbspersonen müssen also für ein Fachhochschul- oder Universitätsstudium in der Regel die Region verlassen und haben nach Abschluss ihrer Ausbildung nur wenig Anreize in die Region zurückzukehren, da das Angebot an Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte sehr begrenzt ist.

Positive Impulse auf das Beschäftigungswachstum gehen von der Branchen- und der Betriebsgrößenstruktur Nordfrieslands aus. Die Wirtschaftsstruktur Nordfrieslands ist durch klein- und mittelständische Unternehmen geprägt. Unter den 50 größten Unternehmen Schleswig-Holsteins findet sich keines mit Sitz im Kreis Nordfriesland. Die größten privatwirtschaftlichen Arbeitgeber der Region sind ein Betrieb aus dem Druckgewerbe in Leck und die Vestas Deutschland GmbH, ein Hersteller von Windenergieanlagen in Husum. Beide Betriebe beschäftigten 2003 jeweils rund 600 Arbeitnehmer (HSH Nordbank, 2004). Insgesamt überwiegen in der Region die kleinen und mittleren Unternehmen. Auf Großbetriebe mit mehr als 99 Beschäftigten entfällt nur 19% der Gesamtbeschäftigung im Kreis. Lediglich der Kreis Plön weist mit rund 22% einen ähnlich geringen Anteil auf. Weit überdurchschnittlich ist dagegen die Bedeutung der Kleinbetriebe. Fast die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Nordfriesland in Betrieben mit bis zu 19 Beschäftigten angestellt. In keiner anderen Region des Landes kommt den Kleinbetrieben eine derart dominierende Stellung zu. Über dem ohnehin schon relativ hohen Landesdurchschnitt liegt schließlich auch der Beschäftigtenanteil der mittleren Betriebe (20-99 Beschäftigte) mit fast 32%. Das große Gewicht dieser mittleren Betriebsgröße trägt wesentlich zum hohen positiven Betriebsgrößeneffekt (+0,97 Prozentpunkte) der Region bei. Lediglich in einem westdeutschen Kreis wirkt der Betriebsgrößeneffekt noch expansiver auf die Beschäftigung (Lüchow-Danneberg: +1,04 Prozentpunkte).

Günstig wirkt sich auch die Branchenstruktur Nordfrieslands auf das Beschäftigungswachstum aus. Der Brancheneffekt beträgt +0,16 Prozentpunkte. In diesem Zusammenhang profitiert der Kreis zum einen davon, dass in der Region keinerlei Spezialisierung auf Branchen des Verarbeitenden Gewerbes besteht, da von fast allen entsprechenden Wirtschaftszweigen negative Impulse auf die Beschäftigungsentwicklung ausgehen. Zudem besitzt der Kreis mit dem Gastgewerbe sowie dem Gesundheits-

und Sozialwesen Schwerpunkte in zwei expandierenden Wirtschaftszweigen. Diese Effekte überwiegen die negativen Beschäftigungswirkungen, die von der vergleichsweise großen Bedeutung des Baugewerbes, des Handels und der öffentlichen Dienstleistungen ausgehen.

Von den nicht spezifisch im Modell erfassten Standortbedingungen des Kreises geht eine negative Beschäftigungswirkung aus. Im Rahmen der Analyse wird für Nordfriesland ein Standorteffect von - 0,12 Prozentpunkten ermittelt. Von der Größenordnung her sollte der negative Standorteffect nicht überschätzt werden. Die mangelnde Humankapitalausstattung hat eine stärkere Wirkung auf das Beschäftigungswachstum der Region. Im negativen Standorteffect dürften sich zum einen die periphere Lage abseits der deutschen und europäischen Wirtschaftszentren sowie die geringe Besiedlungsdichte der Region widerspiegeln. Große Absatz- und Beschaffungsmärkte sind daher vergleichsweise schwer zu erreichen. Aufgrund der geringen Verdichtung und dem Fehlen eines größeren Ballungszentrums lassen sich zudem keine nennenswerten Agglomerationsvorteile realisieren. Außerdem existiert auch auf der anderen Seite der deutsch-dänischen Grenze keine größere Stadtregion von deren Wachstumsimpulsen der Kreis Nordfriesland profitieren könnte. Schließlich dürfte auch der Status als Grenzregion nach wie vor als ein Standortnachteil auszulegen sein, weil grenzüberschreitenden Aktivitäten in den meisten europäischen Grenzregionen immer noch ausbaufähig sind – auch in Gebieten mit einer relativ langen Integrationsgeschichte wie dem deutsch-dänischen Grenzraum. Herrmann/Schack (2004) argumentieren, dass es aber offenbar nicht so sehr die Staatsgrenze selbst ist, die grenzüberschreitende Interaktion behindert. Vielmehr verleihen die unterschiedlichen Sozialstrukturen beiderseits der Grenze und die bestehenden Sprach- und Mentalitätsunterschiede der Grenze ihren trennenden Charakter.

7 Zusammenfassung

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahrzehnten tief greifende strukturelle Veränderungen durchlaufen. Der Strukturwandel war mit einer umfassenden Modernisierung der Wirtschaftsstruktur des Landes verbunden. Dennoch ist die Region nach wie vor durch einen Mangel an exportorientierten, forschungs- und wissensintensiven Unternehmen gekennzeichnet. Diese Defizite dürften sich auch in der aktuellen Beschäftigungsentwicklung des Landes niederschlagen. Im Untersuchungszeitraum der Regressionsanalyse nahm Schleswig-Holstein in der Wachstumshierarchie der westdeutschen Regionen eine Position im unteren Mittelfeld ein. Am aktuellen Rand ist das Land weiter zurückgefallen. Zwischen 2001 und 2004 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 4,8% gesunken. Damit hatte Schleswig-Holstein einen deutlich stärkeren Rückgang zu verkraften als die westdeutschen Länder im Mittel (-3,8%).

Den Resultaten der Analyse zufolge profitiert das Beschäftigungswachstum in Schleswig-Holstein von einem relativ niedrigen Lohnniveau. Allerdings sollte die Bedeutung dieses Standortvorteils nicht überschätzt werden. Günstig wirkt sich in begrenztem Umfang auch die Branchenstruktur des Landes auf das Beschäftigungswachstum aus. Die regionale Wirtschaft wird in starkem Maße durch Dienstleistungsbranchen geprägt, die sich im Allgemeinen was die Arbeitsplatzentwicklung betrifft durch eine größere Dynamik auszeichnen als Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes. Alles in allem überwiegen für Schleswig-Holstein positive Beschäftigungswirkungen der sektoralen Wirtschaftsstruktur. Dieses Resultat steht im Einklang mit den Ergebnissen einer Analyse von Herrmann (1992), der zu der Einschätzung gelangt, dass die Branchenstruktur Schleswig-Holsteins nach umfangreichen strukturellen Anpassungsprozessen relativ ausgewogen ist – und damit auch die Anfälligkeit gegenüber strukturellen Krisen einzelner Branchen abgenommen hat. Bedeutender im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Land ist die positive Wirkung der Betriebsgrößenstruktur. Kein anderes westdeutsches Bundesland realisiert stärkere Impulse aufgrund einer wesentlich durch Betriebe mittlerer Größe gekennzeichneten Wirtschaft.

Ausgangspunkt für eine Beschäftigungsförderung im Lande können den Ergebnissen der Analyse folgend vor allem die Betriebe mittlere Größe sein, von denen expansive Impulse auf das Beschäftigungswachstum zu erwarten sind. Da diese Betriebe die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins wesentlich prägen, besitzt eine Förderung, die etwa auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für diese Betriebsgrößenklasse abzielt, ein breites Fundament. Eine ausschließliche Konzentration auf die mittleren Betriebe würde aber möglicherweise ein wichtiges Entwicklungspotential des Landes – die Kleinbetriebe – vernachlässigen. Gerade die Kleinstbetriebe werden häufig durch vielfältige Entwicklungshemmnisse behindert. Diese Hemmnisse können eine Expansion der Kleinbetriebe und das Hineinwachsen in die dynamische mittlere Betriebsgröße verhindern.

Die Ergebnisse der Untersuchung weisen darauf hin, dass die Entwicklungshemmnisse des Landes weniger in der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur liegen als vielmehr in den geringen FuE-Aktivitäten und der schwachen Exportorientierung der Wirtschaft. Die positiven Beschäftigungseffekte der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur sollten nicht über diese Defizite der regionalen Wirtschaft hinwegtäuschen, die sich vermutlich im negativen Standorteffekt widerspiegeln, der für das Land ermittelt wird. Der Standorteffekt impliziert auch, dass Schleswig-Holstein bislang nicht von bedeutenden dauerhaften Impulsen der Wiedervereinigung sowie der Ost- und Norderweiterung der EU profitieren kann. Vom schärferen internationalen Wettbewerb im Zuge der Globalisierung und des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses ist auch die Wirtschaft in Schleswig-Holstein

betroffen. Der Standorteffekt des Landes deutet darauf hin, dass die Potentiale der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung bisher nicht ausgeschöpft wurden. Dies spiegelt sich zumindest teilweise auch in der Entwicklung der Außenhandelsverflechtung Schleswig-Holsteins wider. Ergebnisse einer Analyse von Schrader/Laaser (2005) zeigen zwar, dass die Bedeutung der Absatzmärkte in den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Ländern für die schleswig-holsteinischen Exporteure zunimmt. Das Gewicht der neuen EU-Mitgliedsstaaten ist nach Ansicht der Autoren aber weitaus geringer als erwartet. Auch der Stellenwert des Ostseehandels hat sich seit Anfang der 90er Jahre trotz der EU-Erweiterung um Schweden und Finnland 1995 kaum verändert.

Wiedervereinigung und EU-Erweiterungen haben offenbar nicht zu einer signifikanten Verbesserung der großräumigen Lagegunst des Landes geführt. Vielmehr dürften in bestimmten Bereichen der Wirtschaft Auswirkungen eines verstärkten Wettbewerbs durch Standorte im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern oder in Osteuropa überwiegen. Dies deutet beispielsweise die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein an. Insbesondere Mecklenburg-Vorpommern ist im Hinblick auf den Tourismus mit ähnlichen natürlichen Standortvorteilen ausgestattet wie Schleswig-Holstein. Dies spiegelt sich in der Entwicklung des Gastgewerbes in Schleswig-Holstein seit Anfang der 90er Jahre recht deutlich wider. So hat sich der Anteil des Landes an allen Erwerbstätigen im deutschen Gastgewerbe seit Anfang der 90er Jahre von 4,2% auf 3,9% im Jahr 2003 reduziert. Eine vergleichsweise ungünstige Entwicklung ist auch in anderen für das Land wichtigen Bereichen wie etwa der Medizintechnik zu beobachten, wo zwischen 1999 und 2004 mehr als 7% der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein abgebaut wurden, während sich die Branche bundesweit durch eine deutliche Expansion auszeichnete. Im Rahmen der vorliegenden Studie lässt sich allerdings nicht beantworten, inwieweit diese Veränderungen unmittelbar auf die zunehmende Konkurrenz ostdeutscher und osteuropäischer Standorte zurückzuführen sind.

Problematisch ist darüber hinaus vor allem der für Schleswig-Holstein ermittelte negative Qualifikationseffekt zu beurteilen, der auf ein schwerwiegendes Defizit in der Humankapitalausstattung hinweist. Der recht ausgeprägte negative Qualifikationseffekt, der Schleswig-Holstein insgesamt und fast alle Regionen des Landes kennzeichnet, ist insbesondere angesichts des anstehenden demographischen Wandels als äußerst problematisch einzuschätzen. Schon heute wird das Land den Regressionsergebnissen zufolge in seiner Wachstumsdynamik durch das Defizit in der Humankapitalausstattung behindert. Auch in den letzten Jahren konnte Schleswig-Holstein hier im westdeutschen Vergleich keinen Boden gut machen. Zwar nahm zwischen 2001 und 2004 die Zahl der hoch qualifizierten Arbeitskräfte im Land um 2,2% zu. Im Mittel fiel das Beschäftigungswachstum dieser Qualifikationsgruppe aber in Westdeutschland um zwei Prozentpunkte höher aus. Lediglich in Hessen und Rheinland-Pfalz war die Veränderungsrate niedriger. Es steht zu befürchten, dass diese Situation durch die anstehenden demographischen Veränderungen verschärft wird.

Zwar weisen die Resultate der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein darauf hin, dass die Einwohnerzahl im Land vermutlich erst ab 2020 sinken wird. Aber schon ab 2013 ist mit einer Abnahme der Erwerbspersonen zu rechnen. Zudem ist schon gegenwärtig eine Alterung der Bevölkerung zu beobachten, die insbesondere auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrifft. Darüber hinaus wird für Schleswig-Holstein eine unzureichende Attrahierung und Bindung hoch qualifizierter Fachkräfte festgestellt (vgl. Bröcker et al. 2004). Es müssen daher frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um zunehmenden Wachstumseinbußen infolge eines sich vertiefenden Humankapitaldefizits entgegenzuwirken. Um einem Fachkräftemangel zu begegnen sind zum einen aus rein quantitativer Sicht Maßnahmen geeignet, die auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und die Zuwande-

rung qualifizierter Arbeitskräfte abzielen. Zur Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials sind Politikinstrumente geeignet, welche z.B. auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit etwa durch eine Verkürzung der Ausbildungs- und Studienzeiten ausgerichtet sind. Bei Reformen im Bildungswesen ist allerdings dem Aspekt Rechnung zu tragen, dass eine kürzere Ausbildungsdauer zu keinem Rückgang des Qualifikationsniveaus führen darf. Dies wäre durch entsprechende Angebote zur Nachqualifizierung und Weiterbildung zu gewährleisten. Ein Ausbau der Weiterbildungsangebote ist auch aufgrund der Notwendigkeit erforderlich, ältere Arbeitskräfte länger im Berufsleben zu halten und ihre Kenntnisse den sich ständig wandelnden Anforderungen anzupassen. In diesem Zusammenhang ist aber auch sicherzustellen, dass sich die beruflichen Perspektiven älterer Erwerbspersonen verbessern.²⁹

Die Resultate der Analysen auf der regionalen Ebene weisen auf Unterschiede hin, die seit langem den räumlichen Strukturwandel in Schleswig-Holstein prägen. Auf der einen Seite ist zu erkennen, dass sich insbesondere die kreisfreien Städte deutlich ungünstiger entwickelt haben als alle anderen Gebiete des Landes. Unterdurchschnittlich ist daneben auch die Beschäftigungsentwicklung in den westlichen Regionen an der Nordseeküste. Durch eine hohe Wachstumsdynamik zeichnen sich auf der anderen Seite vor allem die Kreise im Hamburger Rand aus. Ein Prozess, der wesentlich zur Erklärung dieser Disparitäten beiträgt ist die Suburbanisierung der Beschäftigung. Die Suburbanisierung hat sich allerdings in den vergangenen Jahren deutlich abgeschwächt. Zwischen 2001 und 2004 sind keine signifikanten Unterschiede zwischen der Beschäftigungsentwicklung der kreisfreien Städte und der Landkreise mehr festzustellen. Inwieweit dieser Befund auf ein vorübergehendes Phänomen oder eine dauerhafte Veränderung hinweist, lässt sich zurzeit nicht abschließend beantworten. Herrmann/Riekhoff (2004) vermuten, dass die Abschwächung der Suburbanisierung zum Teil darauf beruht, dass sich Wachstumsimpulse von Technologieschüben (z.B. IuK-Technologie, Biotechnologie, Luftfahrt) zunächst in den Agglomerationszentren manifestieren, da diese Regionen für die neu entstehenden Unternehmen besonders günstige Standortbedingungen bieten (FuE-Kapazitäten, hoch qualifizierte Arbeitskräfte, Agglomerationsvorteile). Weiterhin seien hochwertige Dienstleistungsangebote (Finanz- und Unternehmensdienstleistungen) durch räumliche Konzentrationsprozesse gekennzeichnet. Zentrale Dienstleistungsstandorte wie Hamburg profitierten von dieser Entwicklung, während Städte geringerer Zentralität, wie die kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, oder geringer verdichtete, ländliche Regionen auf der Verliererseite stünden. Für Schleswig-Holstein insgesamt könnte dies eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik nach sich ziehen.

Die Unterschiede in den Standorteffekten auf der regionalen Ebene deuten aber eher auf eine Fortsetzung des Suburbanisierungsprozesses hin. Die Standorteffekte lassen einen Stadt-Land-Gegensatz in der Form erkennen, dass die kreisfreien Städte des Landes durchweg negative Standorteffekte zeigen, während außerhalb der Städte positive Effekte dominieren. Dieses Ergebnis deutet auf das Vorhandensein negativer Ballungseffekte hin, die als eine wesentliche Triebfeder der Suburbanisierungstendenzen gelten. Neben den Stadt-Land-Unterschieden ist ein gewisses Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. Vor allem die Regionen im Umland der Agglomeration Hamburg weisen ausgeprägte positive Standorteffekte auf. Diese Struktur der Standorteffekte lässt erwarten, dass die Entwicklung des Landes auch in Zukunft wesentlich von der wirtschaftlichen Dynamik des Hamburger Umlands getragen wird. Unabhängig von bestehenden Suburbanisierungstendenzen ist für das Wachstum im Hamburger Rand, aber auch im Land insgesamt aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen, die zukünftige Entwicklung und die Kooperation mit der Metropole Hamburg von wesentlicher Bedeutung. Im Rahmen des regionalen Entwicklungskonzepts für die Metropolregion bemühen sich Hamburg und

²⁹ Vgl. auch Brenke/Zimmermann (2005).

Schleswig-Holstein um eine enge, Ländergrenzen überschreitende Zusammenarbeit. Dennoch weisen Analysen darauf hin, dass die Landesgrenzen nach wie vor ein Hemmnis für die Entwicklung gemeinsamer norddeutscher Strategien und Kooperationen darstellen können.³⁰ Gerade im Hinblick auf die für Schleswig-Holstein charakteristischen Defizite im Innovationsbereich und der Humankapitalausstattung sind enge Kooperationsbeziehungen mit der Stadt Hamburg wünschenswert. Für das Erreichen einer kritischen Masse und den Aufbau tragfähiger Clusterstrukturen in wichtigen Branchen und Technologiebereichen, hat eine reibungslose Zusammenarbeit aller im norddeutschen Raum ansässigen Akteure einen zentralen Stellenwert.

³⁰ Vgl. hierzu die Ergebnisse von wmp consult (2003) für den Bereich Medizintechnik in Norddeutschland.

Anhang

Ergebnisse des VALA-Modells nach Bundesländern und Kreisen in Schleswig-Holstein

Bundesland	Beobachtetes Beschäftigungswachstum	Projektion des Beschäftigungswachstums durch das Modell	Lohneffekt	Brancheneffekt	Betriebsgrößeneffekt	Qualifikationseffekt	Standorteffekt
Schleswig-Holstein	-0,22	-0,26	0,05	0,08	0,37	-0,14	-0,33
Hamburg	-0,38	-0,49	-0,24	0,81	-0,33	0,25	-0,70
Niedersachsen	-0,13	-0,44	0,15	-0,03	0,16	-0,13	-0,32
Bremen	-1,00	-1,49	0,22	0,41	-0,25	0,13	-1,72
Nordrhein-Westfalen	-0,37	-0,44	0,08	-0,12	-0,07	0,02	-0,07
Hessen	-0,19	-0,22	-0,05	0,29	-0,11	0,18	-0,25
Rheinland-Pfalz	-0,24	-0,46	0,13	-0,25	0,10	-0,11	-0,05
Baden-Württemberg	-0,21	-0,26	-0,14	-0,07	-0,05	0,09	0,18
Bayern	0,15	0,19	-0,07	-0,04	0,00	0,03	0,53
Saarland	0,07	0,28	0,61	-0,17	-0,18	-0,10	0,40

Kreis							
1001 Flensburg	-0,65	-0,75	-0,01	0,30	0,05	-0,21	-0,26
1002 Kiel	-1,11	-1,28	0,10	0,62	-0,25	0,08	-1,21
1003 Lübeck	-0,98	-1,01	0,21	0,34	-0,09	-0,07	-0,79
1004 Neumünster	-0,95	-0,90	0,17	-0,07	0,12	-0,19	-0,31
1051 Dithmarschen	-0,10	-0,29	-0,29	-0,33	0,60	-0,31	0,65
1053 Herzogtum Lauenburg	0,24	0,15	-0,02	-0,07	0,67	-0,13	0,31
1054 Nordfriesland	0,05	-0,07	-0,15	0,16	0,97	-0,32	-0,12
1055 Ostholstein	-0,42	-0,42	0,36	0,26	0,70	-0,23	-0,90
1056 Pinneberg	0,19	0,57	0,16	-0,08	0,49	-0,06	0,67
1057 Plön	0,27	0,48	0,05	0,04	0,88	-0,25	0,37
1058 Rendsburg-Eckernförde	0,46	0,10	0,19	0,03	0,57	-0,20	0,13
1059 Schleswig-Flensburg	0,26	0,60	0,28	-0,13	0,79	-0,30	0,57
1060 Segeberg	0,42	0,79	-0,14	-0,15	0,36	-0,19	1,52
1061 Steinburg	-0,49	-1,02	-0,11	-0,25	0,45	-0,16	-0,33
1062 Stormarn	0,12	-0,28	-0,27	-0,23	0,43	-0,09	0,49
Schleswig-Holstein	-0,22	-0,26	0,05	0,08	0,37	-0,14	-0,33

Literatur

- Almus, M.; Nerlinger, E.A. (1999): Zum Zusammenhang zwischen Größe und Wachstum bei Gründungen – Empirische Ergebnisse für West-Deutschland. In: Bellmann, L.; Steiner, V. (Hrsg.), Panelanalysen zu Lohnstruktur, Qualifikation und Beschäftigungsdynamik, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 229, S. 177-195.
- Amt für Wirtschaft, Verkehr, Stadt- und Regionalentwicklung (2004): Struktur und Entwicklungskonzept für den Wirtschaftsstandort Kiel, Kiel.
- Bähr, J.; Kortum, G. (1987): Schleswig-Holstein – Eine landeskundliche Einführung. In: Bähr, J.; Kortum, G. (Hrsg.), Schleswig-Holstein, Sammlung Geographischer Führer, Berlin, Stuttgart, S. 1-54.
- Baldwin, R. E.; Forslid, R. (2000): The Core-periphery Model and Endogenous Growth: Stabilizing and Destabilizing Integration. In: *Economica* 67, S. 307-324.
- Baudissin-Zinzendorf, U. (1988): Freizeitverkehr an der Lübecker Bucht. Eine gruppen- und regionspezifische Analyse der Nachfrageseite, Geographisches Institut der Universität Kiel (Kieler geographische Schriften, Bd. 69), Kiel.
- Bode, E.; Lammers, K. (1994): Die Wirtschaft im nördlichen Hamburger Umland. Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftsentwicklung und Verflechtungen mit Hamburg. Gutachten im Auftrag der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel, Kiel.
- Börsch-Supan, A. (2003): Labour Market Effects of Population Aging. In: *Labour* 17, S. 5-44.
- Brenke, K.; Zimmermann, K. F. (2005): Demographischer Wandel erfordert Bildungsreformen und lebenslanges Lernen, DIW Wochenbericht, Nr. 19/2005, Berlin.
- Bröcker, J.; Geenen, E.; Fischer, C.; Herrmann, H. (2004): Qualifikation und Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein und Hamburg. Aktuelle und künftige Potentiale und Engpässe, Technologiestiftung Schleswig-Holstein (Hrsg.), Kiel.
- Brühlhart, M.; Crozet, M.; Koenig, P. (2004): Enlargement and the EU Periphery: The Impact of Changing Market Potential, HWWA Discussion Paper No. 270, Hamburg.
- Buettner, T.; Rincke, J. (2004): Labor Market Effects of Economic Integration – The Impact of Reunification in German Border Regions, CESifo Working Paper, Nr. 1179, München.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2000): Raumordnungsbericht 2000, Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005), www.bbr.de
- Buscher, H.; Falk, M.; Göggelmann, K.; Ludsteck, J.; Steiner, V.; Zwick, T. (2000): Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 48, Nomos, Baden-Baden.
- Cnotka, M.; Herrmann, H.; Jensen-Butler, C.; Kristiansen, E.; Madsen, B.; Niebuhr, A.; Radtke, G. P.; Rich, L.; Rupp, K.; Ziesemer, K. (1994): Sozioökonomische Analyse von Storstrøms Amt und des Kreises Ostholstein, AKF Forlaget, Kopenhagen.
- Commission of the European Communities (2002): Commission's Action Plan for skills and mobility, COM(2002)72 final, Brüssel.
- DSN (2004): Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Kiel.

- Europäische Kommission (2004): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Brüssel.
- Fertig, C. M. Schmidt (2003): Gerontocracy in Motion? - European Cross-Country Evidence on the Labor Market Consequences of Population Ageing, RWI Discussion Paper Nr. 8/2003, Essen.
- Gans, P. (1991): Die Entwicklung der deutschen Agglomeration: Städtebauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur am Beispiel Kiel, in: Herman Achenbach (Hg): Beiträge zur regionalen Geographie von Schleswig-Holstein, Kieler Geographische Schriften, Band 80, Kiel, Geographisches Institut.
- Gedeon, E.; Herrmann, H.; Meyer, R.; Schneekloth, N. Schulz, A.-C. (2004): IAB-Betriebspanel Report 2003. Arbeitgeberbefragung Schleswig-Holstein, Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 39, Kiel.
- Hansen, C. L.; Nahrstedt, B. (2000): Cross-border Commuting: Research Issues, and a Case Study for the Danish-German Border Region: In: Van der Velde, M., van Houtum, H. (Hrsg.), Borders, Regions and People, European Research in Regional Science No. 10, Pion, London, S. 69-84.
- Head, K.; Mayer, T. (2004): The Empirics of Agglomeration and Trade. In: Henderson, J. V.; Thisse, J.-F. (Hrsg.), Cities and Geography. Handbook of Regional and Urban Economics, Bd. 4, Amsterdam, Elsevier, S. 2609-2669.
- Herrmann, H. (1992): Das Wirtschaftsprofil Schleswig-Holsteins. In: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.), Schleswig-Holstein. Eine politische Landeskunde, Kiel.
- Herrmann, H.; Riekhof, M.-C. (2004): Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2003, Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 38, Kiel.
- Hirschfeld, M. (1995): Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 19, Kiel.
- HSH Nordbank (2004): Die 100 größten Unternehmen in Schleswig-Holstein, Hamburg/Kiel.
- Industrie- und Handelskammer zu Lübeck (IHK) (2003): Chancen nutzen: Standorteffekte im Kreis Segeberg optimieren. – Kurzfassung -, Lübeck, www.ihk-luebeck.de
- Innenministerium Schleswig-Holstein (Hg) (2004): Regionalplan 2004 für den Planungsraum II, Kiel.
- Keller, D.; Niebuhr, A.; Stiller, S. (2004): Die deutsche Forschungslandschaft - starke regionale Disparitäten. In: Wirtschaftsdienst, 84, S. 121-125.
- Klodt, H. (1987): Wettlauf um die Zukunft : Technologiepolitik im internationalen Vergleich, Kieler Studien, Nr. 206, Tübingen.
- Kreis Segeberg (2005): Bevölkerungsforschung Kreis Segeberg 2004, Bad Segeberg, www.kreis-segeberg.de
- Maier, G.; Tödtling, F. (2001): Regional- und Stadtökonomik 1. Standorttheorie und Raumstruktur, Springer, Wien, New York.
- Maier, G.; Tödtling, F. (2002): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik, Springer, Wien, New York.
- Martin, P.; Ottaviano, G.I.P. (2001): Growth and Agglomeration. In: International Economic Review 42, S. 947-968.

- Niebuhr, A.; Stiller, S. (2004): Zur Bedeutung von Standortfaktoren - Was macht einen Standort attraktiv für qualifizierte Arbeitsmärkte und Kapital? In: E. Hönekopp, R. Jungnickel, T. Straubhaar (Hrsg.), Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 282, Nürnberg, S. 233-257.
- Niebuhr, A.; Stiller, S. (2003): Standortqualität Norddeutschlands auf dem Prüfstand. In: Wirtschaftsdienst, 83, S. 265-269.
- Ordnungs- und Bürgeramt der Stadt Kiel (2005), www.kiel.de
- Raum & Energie, Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement Wedel GmbH im Auftrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH Husum (2003): Regionales Entwicklungskonzept Nordfriesland, Wedel, www.nordfriesland.de
- Regionaldirektion Nord (2005): Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein Mai 2005, Presseinformation vom 31.05.2005, Kiel.
- Schönert, M. (2003): 20 Jahre Suburbanisierung der Bevölkerung. Zur Stadt-Umland-Wanderung in westdeutschen Großstadtreionen, in: „Raumforschung und Raumordnung, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg), Bonn, 6/2003, S. 457-471.
- Schrader, K.; Laaser, C.-F. (2005): Schleswig-Holstein auf den Weltmärkten: Exporterfolge auf schmalen Fundament, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 418, Kiel.
- Stäglin, R.; Gaulke, K.-P.; Gornig, M.; Ring, P. (2000): Produzierendes Gewerbe in Hamburg. Profile, Trends, Strategische Bedeutung, Freie und Hansestadt Hamburg, Wirtschaftsbehörde (Hrsg.), Hamburg.
- Statistikamt Nord (2004a): Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 2004, Hamburg, Kiel.
- Statistikamt Nord (2004b): Annahmen der Bevölkerungsvorausrechnung für die 15 Kreise/Kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins der Jahre 2004 bis 2020, Kiel, www.landesregierung.schleswig-holstein.de/
- Statistikamt Nord (2005): Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreise und Kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins bis 2020 auf Basis der 10. KBV, Statistischer Bericht A I 8 – 2005 S, Kiel.
- Walwei, U. (2002): Labour market effects of employment protection. IAB Labour Market Research Topics, Nr. 48, Nürnberg.
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH (2002): Die Wirtschaft in Nordfriesland, Husum, www.wfg-nf.de
- wmp consult (2003): Medizintechnik in Norddeutschland. Strukturmerkmale, Initiativen und Perspektiven der Beschäftigung, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Hamburg.
- Wolf, J.; Haberstroh, M.; Rohrlack, C. (2004): Schleswig-Holstein und die Standortwahl und Standortkriterien deutscher Großunternehmen, Manuskripte aus den Instituten der Betriebswirtschaftslehre der Universität Kiel, Nr. 580, Kiel.

Statistische Datenquellen

- Bundesagentur für Arbeit: Daten aus der Beschäftigten- und Arbeitslosenstatistik, Nürnberg (2005), www.arbeitsagentur.de

Statistisches Bundesamt: Gemeinsames Neues Statistisches Informations-System, GENESIS-Online, Wiesbaden (2005), www.genesis.destatis.de/genesis/online/logon und GENESIS-Online-Regional www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis_VGR/

Impressum

IAB regional. IAB Nord

Nr. 2 / 2005

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

http://doku.iab.de/regional/N/2005/regional_n_0205.pdf

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Annekatriin Niebuhr, Tel. 0431/3395-3921
oder e-Mail: Annekatriin.Niebuhr@iab.de

ISSN 1861-051X